DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@t-online.de

273 24. JAHRGANG Juni 2007 4,50 €

AUS DEM INHALT:

STADTTEILGENOSSENSCHAFTEN

»Was Menschen zum Leben brauchen«

– soziale und wirtschaftliche Teilhabe auf lokaler Ebene sichern

Gesellschaftliche Teilhabe aller, Nachhaltigkeit, Demokratie und Selbstorganisation sind die Kernideen der Gemeinwesenökonomie. Für die zukunftsfähige Organisation des Sozialen können sie als verallgemeinerbar angesehen werden. Welche Organisationsform vor Ort aber kommt diesen Anforderungen im Idealfall am nächsten? Genossenschaften und zwar Stadtteilgenossenschaften drängen sich hier als Dach, Rahmen bzw. Trägerschaft geradezu auf. In ihnen steckt alles, was für die Umsetzung einer konsequenten Gemeinwesenökonomie wesentlich ist. Der Schwerpunkt veranschaulicht dies durch konzeptionelle und praktische Beispiele.

Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg: Mitglieder tragen sich in die Gründungsurkunde ein Foto: Winfried Haas

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● »Gemeinwesenökonomie dient der Erhaltung der materiellen und nicht-materiellen Lebensgrundlagen des Gemeinwesens und soll den Zugang aller Gesellschaftsmitglieder, insbesondere der benachteiligten, an diesen Lebensgrundlagen gewähren,« betont Susanne Elsen, Professorin an der Fachhochschule München, immer wieder in ihren verschiedenen Ausführungen zu den Perspektiven der sozialen Arbeit. »Sie sichert die sozialen und ökonomischen Teilhaberechte auf lokaler Ebene, die den Benachteiligten unter den Folgen der neoliberalen Globalisierung ... zunehmend vorenthalten werden. Es geht um die selbstbestimmte Nutzung der Potentiale der Bevölkerung, die Erhaltung des Sozialen Kapitals und die Sicherung, Nutzung und Schaffung dessen, was Menschen zum Leben brauchen. Dazu gehören ein Dach über dem Kopf, Grund und Boden, eine existenzsichernde Arbeit, eine angemessene Infrastruktur, sauberes Wasser etc.«

Stützender Rahmen

Kooperation und Vernetzung auf lokaler Ebene, zumal wenn neben sozialen Aspekten auch wirtschaftliche Aktivitäten eine zentrale Rolle spielen, benötigen für die Trägerschaft einen rechtlichen Rahmen. Die Organisationsform der Genossenschaft mit ihrer Bedarfsorientierung (Förderprinzip), der Übereinstimmung von EigentümerInnen und Nutzenden (Identitätsprinzip), der Ausrichtung auf Personen (Demokratieprinzip) und der Berücksichtigung der Gemeinschaft (Solidaritätsprinzip) stellt hierfür einen Rahmen zur Verfügung. Dieser erleichtert, die hohen Ansprüche umzusetzen, die sich meist nur mit vielen Abstrichen und Schwierigkeiten verwirklichen lassen.

Wie wichtig ein solcher Rahmen ist, verdeutlicht der einleitende Beitrag, der die Vielfalt von Interessen unter einem Dach als besonderes Kennzeichen von Stadtteilgenossenschaften herausarbeitet. Entsprechend werden am Ende des Artikels strukturelle Hilfen für die Satzungsgestaltung formuliert, um so den unterschiedlichen Anforderungen Rechnung zu tragen. Als Ausblick des Schwerpunkts erfolgt die Ankündigung einer Tagung, die vom 06. und 07. Juli 2007 in Chemnitz stattfindet. Auf dieser erfolgt eine Verortung der Stadtteilgenossenschaften im Rahmen der Kooperativen Stadtumbau- und der gemeinschaftlichen Stadtentwicklung. Sie wird einen umfassenden aktuellen Überblick über die gegenwärtige Praxis von Stadtteilgenossenschaften geben.

Mühen der Ebenen

Diese Praxis von den aufwendigen Schritten zur Gründung bis zum schwierigen Alltag – Mühen der Ebenen – wird im Schwerpunkt anhand von drei Beispielen erläutert. Der Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg eG als einer der wichtigen Akteure im Stadtumbau in Chemnitz ist es bisher gelungen, sowohl bei den Wohnungsunternehmen, bei der Stadtverwaltung als auch bei anderen Partnern die erforderliche Akzeptanz zu erwerben. Sehr viel engagierte Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit war dafür notwendig. Wie unterschiedlich die Entwicklungswege von Stadtteilgenossenschaften sein können, zeigen die anderen beiden Beispiele. Während der SBS, Sozialer Betrieb Sulzbach, vor allem auf die Einbindung lokaler Organisationen aus dem sozialen Bereich wie Diakonie und Caritas setzt, stehen beim Netzwerk Wehlheiden Handwerker und KleinunternehmerInnen als Akteure im Vordergrund. Sie hoffen, durch Provisionsgeschäfte bei der Auftragsvermittlung die eigenkapitalschwache Stadtteilgenossenschaft behutsam »aufzurichten«.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

SCHWERPUNKTTHEMA

Stärke in der Vielfalt – Stadtteilgenossenschaften bündeln Engagement vieler Interessengruppen Seite 7
Sonnenberg eG Bürgerarbeit aktivieren Seite 8
Sozialer Betrieb Sulzbach eG Genossenschaft schafft Arbeitsplätze
Netzwerk Wehlheiden Energisch regional! Seite 9
Buchbesprechung, Tagungshinweis: »Stadtteilgenossenschaften und Stadtumbau« Seite 10

REPRESSION

Am 9. Mai 2007 veranlasste die Bundesanwaltschaft (BAW) die Durchsuchung von mindestens 40 linken und alternativen Betrieben, Projekten und Wohnungen in Berlin, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Brandenburg. Dabei wurden Unmengen von Computerdaten, Akten und Unterlagen beschlagnahmt. Die Willkür dieser Maßnahme zeigte sich schon in der Auswahl der durchsuchten Objekte. Unter dem Vorwand des Verdachts auf »Bildung einer terroristischen Vereinigung« (§129a) wurde so versucht, die gesamte Protestbewegung gegen den G8-Gipfel und andere (system-)kritische Gruppen und Einzelpersonen zu durchleuchten und einzuschüchtern. Dies entlarvt das Zitat eines Ermittlers der BAW am selben Tag gegenüber Spiegel Online: »Wir haben in den Busch geschossen, nun sehen wir, was und wer sich dort bewegt.« Seite 3 und 4

MONDRAGÓN

Im Norden Spaniens, im Baskenland, gibt es ein Örtchen Namens Mondragón: 25.000 Einwohner, keine Hochhäuser, schwarzweiß-gefleckte Kühe und größere Flachbauten. Hier sitzt die Zentrale der wohl größten Genossenschaft der Welt. Rund 120 Genossenschaften umfasst der Verbund. Die Genossenschaften beschäftigen 70.000 Arbeitnehmer in der Region. Seite 6

SOLIDARITÄT GMBH

Vor etwa sechs Jahren verabschiedete die damalige rot-grüne Koalition die Agenda 2010, von der sich heute zusammenfassend sagen lässt: »Operation gelungen, Patient tot.« Gelöst wurden mit der Agenda keine Probleme, die meisten sind größer geworden. Anders Wirtschaften und Anders Leben ist eine Alternative. Einige dieser Initiativen, die noch weitgehend im Verborgenen gedeihen, sind die sogenannten Solidaritäts GmbHs. Autor Gunter Kramp hatte die Gelegenheit, mit einer der BegründerInnen dieser interessanten Gesellschaften zu sprechen. Seite 11

GELD ODER LEBEN

Am Freitag, 27. April, sprangen vier AktivistInnen in den Plenarsaal des Bundestages und der Slogan des Bundestages »dem deutschen Volke« wurde durch ein Banner von weiteren AktivistInnen mit der Aufschrift »der deutschen Wirtschaft« überdeckt. Die AktivistInnen der Gruppe »Geld oder Leben« warben für eine Bewegung für eine radikale Demokratie, da der Bundestag und damit der Parlamentarismus gescheitert sei, was sich besonders in der von den Parteien gepredigten Alternativlosigkeit zum Kapitalismus zeige. Nach der Räumung des Bundestages kam es zu lautem Jubel durch die Bundestagstouristen für die AktivistInnen. Ein Interview mit einer Aktivistin und die Dokumentation der Forderungen der Gruppe »Geld oder Leben« auf Seite 12.

www.contraste.org

D 8008

FRANKREICH: ESPACE AUTOGÉRÉ DES TANNERIES IN DIJON BLEIBT

Erfolgreicher Protest

Mobilisierungen und Aktionen waren erfolgreich: Das selbstverwaltete Zentrum »Les Tanneries« hat einen Verlängerungsvertrag für die Zeit bis 2011 bekommen. Das Zentrum wurde im Laufe der vergangenen zehn Jahre zu einem der wichtigsten autonomen Zentren in Frankreich und ist ein Knotenpunkt in der europäischen Vernetzung vieler politischer Initiativen. Nach zehnjähriger Existenz war das Zentrum durch den geplanten Verkauf des Geländes für den Bau eines privaten Klinikum-Komplexes bedroht.

Redaktion Heidelberg ● Das 1997 besetzte Gerbereigelände wurde 2002 mit einer Vereinbarung zur kostenlosen Nutzung legalisiert. »Les Tanneries« ist nicht nur ein Veranstaltungsort, im Haus gibt es ein Wohnkollektiv, einen Raum für autonome Informationstechnik für die Entwicklung freier Programme und die Wartung unabhängiger Server, einen Umsonstladen, eine Auto- und Fahrradwerkstatt, einen Theaterraum, eine Siebdruckwerkstatt, einen Gemüsegarten, ein Büro zur Erstellung alternativer Printmedien, ein Büro für Rechts- und Sozialberatungen für Menschen ohne Rechte und Aufenthaltsstatus, eine Bibliothek, eine Umwelt- und Projektwerkstatt und Dutzende Gruppen, Kollektive und lokale Netzwerke, die das Zentrum nutzen, um Abende, Aktionen, Ausstellungen und Wissensaustausch, Versammlungen und Projekte zu organisieren.

Anfang März 2007 gab es erste Gerüchte darüber, dass die Stadtverwaltung dem privaten Krankenhaus-Unternehmen Générale de Santé einen Vorschlag unterbreitete, ein Grundstück mit einer Fläche von zehn Hektar zu verkaufen, um den Bau eines privaten Klinikums zu ermöglichen. Auf einem Teil dieser Fläche befindet sich »Les Tanneries«. Ende März bestätigten sich die Gerüchte um die geheimen Verhandlungen der Stadt mit dem Unternehmen.

Am 19. Mai 2007 fand eine Demonstration zur Unterstützung des selbstverwalteten Freiraums des »Les Tanneries« durch etwa 400 Personen durch die Innenstadt von Dijon statt. Kurz vor seiner Auflösung zieht der Demonstrationszug zum Platz hinter dem Rathaus. Vor Ort seilen sich Kletterer an und ziehen sich mit Hängematten, Verpflegung, Planen und Transparenten in kurzer Zeit in die Gipfel der Bäume, während ein Flugblatt mit dem Titel »Die Kirsche auf der Linde« verteilt wird. Es wird – in Erwartung eines standhaften Engagements des Bürgermeisters für die Zukunft des Zentrums – eine permanente Luftbesetzung des Parks mit der Unterstützung durch diverse Aktivitäten am Boden angekündigt.

Große Transparente werden zwischen den Bäumen gespannt, während weiter unten ein »Do It Yourself«-Pommesstand und Pressetische aufgebaut werden. Zeitgleich werden Plakate und Fotos, die zehn Jahre Erinnerung an die »Tanneries« repräsentieren, auf der ganzen Länge des Zauns um den Platz aufgehängt.

Am Abend verlangt der Bürgermeister das Eingreifen der Polizei, um den Park zu räumen und die Baumbesetzungen zu beenden, aber die Präfektur will die dafür notwendigen Kräfte nicht zur Verfügung stellen. Die Direktorin des Büros des Bürgermeisters und einige Abgeordnete begeben sich daraufhin nach Einbruch der Dunkelheit vor Ort und verlangen das Ende der Besetzung. Nach Ablehnung des Ultimatums wird das Versprechen abgegeben, dass die Nutzungsvereinbarung bis 2011 verlängert wird. Mangels eines unterzeichneten Papiers bleiben die BesetzerInnen in den Bäumen und verbringen eine erste Nacht in der Höhe, um den Druck aufrechtzuerhalten.

Die BesetzerInnen beraten und akzeptieren schließlich, den Park unter einer Bedingung zu verlassen: Dass die unterzeichnete Vereinbarung nicht aufgehoben wird, falls »La Générale de Santé« das im Moment von »Les Tanneries« genutzte Gelände erwerben sollte. Am darauffolgenden Sonntagmittag gab es die vom Bürgermeister unterschriebene Verlängerung der Vereinbarung und die Besetzung fand ein Ende.

Am 9. und 10. Juni sollen zehn Jahre selbstverwaltete Freiräume auf dem Gelände des Zentrums gefeiert werden und alle FreundInnen des Zentrums sind herzlichst dazu eingeladen!●

www.squat.net/tanneries

Quelle:
Autonomes Medienkollektiv Freiburg

Ticker Repression und Rechtsfälle

Imker setzt sich gegen Monsanto-Maisanbau durch

Das Augsburger Verwaltungsgericht verpflichtete mit einem Eilentscheid den Freistaat Bayern, Honig vor Pollen von genmanipuliertem Mais MON 810 zu schützen. Geklagt hatte ein Imker in dessen Nähe auf einem staatlichen Versuchsgut der umstrittene Mais angebaut werden soll. Das Gericht sah erhebliche Defizite bei der Zulassung und in der Sicherheit des genmanipulierten Maises. Es stellte auch fest, dass Imker und Verbraucher das Recht auf Honig ohne das Gen-Konstrukt haben. Aus diesem Grund soll der bereits ausgesäte Mais umgepflügt oder aber der Pollen in der Blüte unschädliche gemacht werden. In einem ähnlichen Prozess in Brandenburg lehnte ein Gericht den Schutz des Honigs ab. Weitere Informationen unter www.bienen-gentechnik.de zu Klageschrift und Urteilen.

§129a-Konstrukt im großen Stil

Es ging durch die gesamte Presse: Bundesanwaltschaft und Bundesgerichtshof legitimierten einen umfangreichen Angriff auf »linke« Zentren, aber auch auf Privatwohnungen. Die Aktion wirkte ziemlich ziellos, mitgenommen wurden vor allem Festplatten, Kalender und Adressenlisten (*siehe auch Seite 3/4 in dieser Ausgabe*). Das ist typisch für den verwendeten Paragraphen der Bildung einer terroristischen Vereinigung. Dieses absurde Rechtskonstrukt, Folge eines wahnhaften Sicherheitsbedürfnisses bei den Mächtigen dieses Landes in der Phase des bewaffneten Widerstandes (deutscher Herbst usw.), erlaubt es, Menschen zu Straftätern zu machen, ohne dass diese jemals etwas Verbotenes gemacht haben (oder es dem Staat zumindest nicht bekannt ist). Der Verdacht, irgendwie einer solchen Gruppe, die noch nicht einmal benannt werden muss, anzugehören, erlaubt umfangreichste Überwachungsmaßnahmen. So geschah es jetzt. Warum sich die Landespolizeien z.B. in Berlin mal wieder für so etwas hergaben, wäre auch mal interessant zu überprüfen.

Eine juristische Verteidigung gegen den Vorwurf des §129a ist kaum möglich, weil dieser Paragraph Verfolgungen ohne Begründungen möglich macht – es muss nicht einmal etwas erfunden werden wie sonst oft üblich! Daher wäre auch das Bestehen auf Recht und Ordnung die falsche Antwort auf die Polizeirazzien im Mai 2007. Der Angriff muss auf den Paragraphen als Ganzes und die dahinterstehende politische Idee gehen. Das der Paragraph jede und jeden treffen kann, könnte auch durch ein überspitztes Benutzen der Legende um den Paragraphen gelingen, wie es z.B. mit der Gründung des Bundesverbandes krimineller Vereinigungen versucht wurde (www.projektwerkstatt.de/bkv).

Anklageerhebung gegen FeldbefreierInnen in Gießen

Die spektakuläre Teilzerstörung des Gengerste-Versuchsfeldes der Uni Gießen an Pfingsten 2006 soll jetzt vor Gericht kommen. Die Staatsanwaltschaft, in politischen Verfahren mittlerweile geübt, hat eine umfangreiche Anklageschrift erhoben. Dabei wird auch die Versuchsleitung als ZeugInnen geladen. Das bietet eine erhebliche Chance, den Prozess zu einem umfangreichen Schlagabtausch über die Rechtmäßigkeit der Gentechnik zu machen. Denn einerseits stecken im Gießener Versuch (wie anderswo auch) viele kleine Vertuschungen und Skandale in Details, andererseits wartet auch die übergreifende Frage immer noch auf eine Antwort: Wie kann Gentechnik legal sein, wenn das Gentechnikgesetz die unbeschadete Weiterexistenz einer gentechnikfreien Landwirtschaft (einschließlich Imkerei) vorschreibt, dieses aber nicht funktioniert?

Anklageschrift, Hintergründe und auch Berichte von der Aktion 2006 finden sich unter www.gendreck-giessen.de.vu. Ginge es nach der Staatsanwaltschaft, würde im Prozess auch noch überprüft, ob der hessische Innenminister ein Rechtsbrecher ist. Die Angeklagten rechnen allerdings nicht damit, dass das Gericht ihnen den Gefallen tut und diese Anklage auch zulässt. Schließlich müsste dann die hessische Sicherheitspolitik und das Wirken der Anwaltskanzlei des Volker Bouffiers (www.im-namen-des-volkers.de.vu) durchleuchtet werden. Schön wärs ...

Einknicken in Halle

In der letzten Ausgabe ging es hier um die Zweitauflage eines Gerichtsverfahrens in Halle, welches wegen Nichtgewährung von Akteneinsicht für den Angeklagten und dessen resolute Gegenwehr erst mit fünf Tagen Ordnungshaft für den Angeklagten und dann mit dem Rückzug des Richters aus dem Prozess einen bemerkenswerten Verlauf zeigte. Nun wurde eine Wiederholung angesetzt – aber bevor der Termin tatsächlich kam, sagte das Amtsgericht Halle die ganze Veranstaltung komplett und auf Staatskosten ab. Nachzulesen auf www.projektwerkstatt.de/halle.●

Gentechnikfeld in Gießen zerstört

Redaktion Umweltschutz von Unten ● Das Gentechnik-Maisfeld in Gießen ist Geschichte. In der Nacht auf den 21.5.2007 wurde es zerstört. Dort wollten Forscher der Universität bis zum Herbst auf rund 700 Quadratmetern 60 Maissorten wachsen lassen, darunter acht gentechnisch veränderte Saaten, um deren Anbau- und Verwertungseigenschaften zu testen. Einen Tag später hat der Auftraggeber, das Bundessortenamt angewiesen, den Versuch zu beenden. Die Behörde verantwortet die Zulassung von Pflanzensorten, ohne die es nicht möglich ist, das jeweilige Saatgut in Deutschland zu vertreiben.

Die nun zwangsweise abgebrochene Wertprüfung in Gießen war einer von drei Feldversuchen mit gentechnisch veränderten Getreidesorten in Hessen. Ziel war, Maissorten deutscher Hersteller zu untersuchen, die ein von dem amerikanischen Unternehmen Monsanto entwickeltes Gen gegen den Schädling Maiszünsler enthalten: Diese Pflanzen erzeugen ein Gift und wehren sich damit gegen den Maiszünsler, einem bräunlichen Falter, dem Mais sonst als Nahrungsquelle dient. Der Freilandversuch war von verschiedener Seite, so von Imkern und auch anderen Forschern, kritisiert worden.

Aus, Schluss, vorbei. Damit fehlen auch Monsanto und Unterfirmen acht Sortenprüfungen für den Mon810-Mais. Etliche weitere Maisfelder in D-Land, das Gerstenfeldversuchsfeld in Gießen und viele, viele Gentechnikfelder und -versuchslabore weltweit haben den 21.5.2007 aber leider überlebt. Noch viel zu tun ...

BekennerInnenschreiben scheint es bislang nicht zu geben. Deshalb hier der Auszug aus der Polizeipresseinfo vom 21.5.2007, 16.20 Uhr): »Unbekannte Täter zerstörten in der Nacht zum Montag, dem 21.5.07 einen Großteil des Gen-Mais-Feldes der Uni Gießen, Gemarkung Weilburger Grenze. Sie zerschnitten den Zaun des Grundstücks und hackten einen Großteil der Pflanzen aus. Die Kriminalpolizei ermittelt wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch. Der Sachschaden ist bisher nicht zu beziffern. Ein Tatverdacht besteht nicht, die Ermittlungen dauern an.«

Alle Informationen, Links, Berichte und Fotos unter www.gendreck-giessen.de.vu.●

Quellen: faz.net 21.5.2007, Polizeipresseinfo 21.5.2007

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2007: ES FEHLEN NOCH 222 X 20 EUR

CONTRASTE-Plenum in Berlin

Bei unserem nächsten CONTRASTE-Plenum, dass vom 13. bis 15. Juli 2007 in Berlin stattfindet, steht das Thema Aboentwicklung und Finanzen wieder ganz oben auf der Tagesordnung. Im ersten Halbjahr 2007 ist die Aboentwicklung erstmals positiv. Bereinigt haben wir immerhin elf neue Abos hinzugewonnen, d.h. wir benötigen nun noch 151+ Abos, die es uns ermöglichen würden, kostendeckend zu produzieren. Na ja, angefangen hatten wir diese Aktion vor Jahren mit 100+...

Redaktion Heidelberg ● Dank neuer Spenden und einem neuen Förderabonnement sind es nun noch 222 x 20 EUR, genauer 4.481,50 EUR, die wir für die Fremdkosten in diesem Jahr, d.h. Postkosten, Telefon, Internet, Vertrieb, Druck- und Layoutkosten, noch benötigen.

Aber nicht nur die Finanzen werden uns an diesem Wochenende beschäftigen, die Jahresplanung unserer Schwerpunktthemen, eine kritische Bestandsaufnahme der letzten Ausgaben, mögliche Verbesserungen an der Struktur der Zeitung und die Planung einer CD-ROM mit den Adressen der Bunten Seiten, dem Medienverzeichnis und den CONTRASTE-Ausgaben der vergangenen drei Jahre werden Diskussionspunkte sein.

Zu diesem Ereignis möchten wir natürlich diejenigen unserer LeserInnen einladen, die sich dafür interessieren, an unserem Projekt mitzuarbeiten. Bei Interesse bitte unter contraste@t-online melden. Wir freuen uns grundsätzlich über neue MitstreiterInnen!

Gefreut haben wir uns über weitere Spenden:

- Gabriele Sonns, Stuttgart (28 EUR)
- Frank Meyer, Norden (25 EUR)

Herzlichen Dank!

In diesem Monat gab es keine Kündigungen. Zwei neue Abos und eine neue Fördermitgliedschaft verbessern unsere Statistik (s.o.):

- Martin Gräther, Freiburg (70 EUR)

An dieser Stelle auch herzlichen Dank an unsere Fördermitglieder, die helfen, unser Projekt zu stabilisieren!

PORTOKOSTEN EINSPAREN

AbonnentInnen, die über eine E-Mail-Anschrift verfügen und regelmäßig in ihr Postfach schauen, können wir ihre Rechnungen auch auf diesem Wege zukommen lassen. Einfach eine Mail an contraste@t-online.de mit dem Betreff: »E-Mail Rechnung, Name und Ort« senden. Dies gilt nicht für TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren, es sei denn, es wird zusätzlich eine Rechnung benötigt.

Kosten werden auch über eine Einzugsermächtigung für die Aboverlängerung eingespart. Wichtig ist, dass uns eine Änderung der Bankverbindung immer rechtzeitig mitgeteilt wird, da sonst unnötige Gebühren der Banken entstehen. Die Banken berechnen jeweils eine Gebühr für geplatzte Lastschriften, die zusammen 5,50 EUR und mehr betragen kann. Eine Einzugsermächtigung könnt Ihr formlos an unsere Postanschrift schicken.

ADRESSENÄNDERUNGEN

Bitte schickt uns bei einem Umzug Eure neue Anschrift! Zeitungen im Postvertrieb werden trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt, sondern kommen meist mit dem Vermerk »Empfänger unbekannt« zurück. Auf diese Weise haben wir schon manches Abo verloren. Wenn der Postbote guter Laune ist, vermerkt er auch schon mal die neue Anschrift, aber eben nur dann.

Die TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei einer Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@t-online.de●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2007

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2007: 4.481,50 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 151+ Neuabos

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

V.A.: Lieder und Gesänge Vol. 1 (Rocking Ape)

Hinter dem klangvollen Namen des Samplers »Lieder und Gesänge« verbirgt sich ein leider nur sehr mittelmäßiges Doppelalbum mit 46 Songs aus dem »Underground«, was auch immer heutzutage der musikalische »Underground« sein mag. Musikalisch ist dieser Sampler bunt durcheinander gewürfelt und so finden sich neben den düsteren Gothic-Klängen von den Bloodflowers, die unterschiedlichsten Punkfraktionen – von Melodicpunk (Turbo AC's) bis hin zu stumpfen Deutschpunk a la Staatspunkrott oder Saint Koppschuss –, über Metalcombos wie Stimpack bis hin zu NDW-Pop im Stile Nenas verkörpert durch Sandra Zynda Band sowie Skacombos wie The Skalls alle möglichen Stile der Rockmusik. Trotz der breitgefächerten Spannbreite der Musikstile und mehr oder weniger szeneintern-bekannten Bands muss mensch leider feststellen, dass in Hinblick auf die musikalischen Qualitäten weitgehendst ein ähnliches Mittelmaß vorherrscht.

Nur wenige der hier vertretenen Bands haben wirklich Innovatives zu bieten und diese sind zudem keine unbekannten Gesichter mehr. Der Vogel wird allerdings abgeschossen, wenn es verschwörerisch im umfangreichen Booklet bezogen auf die Metalcombo Bionic Angel heißt : »Aufgrund ihrer extremen Bühnenshow und der provokanten Texte sind sie immer wieder zur Zielscheibe von Presse, politischer und religiöser Gruppierung geworden.« Auch Provokationen sind nicht unbedingt ein Faktor für emanzipatorische Politik und in dieser Wischiwaschiformulierung kann ziemlich viel stekken – von tolerierbar bis hin zu jenseits des linken Kontextes.

Allgemein sind aufgrund der Fülle von vertretenen Bands die Informationen über die einzelnen Bands sehr mickrig ausgefallen und verweisen ausnahmslos auf die jeweiligen Bandhomepages. Insgesamt ist bei diesem Sampler nichts besonders Gutes herausgekommen. Einer von vielen Samplern, die den Underground-Gedanken mit dem Postulat der Mittelmäßigkeit verwechseln. Scheinbar konzeptlos wurden die unterschiedlichen Bands und ihre jeweiligen Stile aneinandergereiht und unter dem verkausfördernden Label »Underground« subsumiert. Ob die Breite an Musikstilen, die auf dem Album vereint sind, einen großen Anreiz bieten, sich das Album zuzulegen, mag dahin gestellt sein. Hierbei hätte ich mir ein bisschen mehr Fingerspitzengefühl bei der Zusammenstellung gewünscht. In der vorliegenden Weise neige ich persönlich eher dazu regelmäßig, einzelne Songs zu überspringen, weil der jeweils darauffolgende Song musikalisch nicht mit dem vorhergehenden harmoniert.

Ungeachtet dessen, sollte mensch aber die interessanten Bands auf diesem Album kurz erwähnen, die größtenteils bereits auf anderen Labels mindestens eine LP oder gar Album veröffentlicht haben. Darunter fallen u.a. die junge und sehr im Antifa-Bereich engagierte Skatepunkband ZSK (»Gestorben wird später«), die bereits in einer CONTRASTE-Ausgabe vorgestellten Ahead to the Sea (»Life«) und die Comic-Pop-Heroen The Popzillas (»Timebomb«). Alle drei Bands dürften bereits einen einigermaßen weitreichenden Ruf haben, dass ihnen der Sampler auch nicht zu viel mehr Popularität führen dürfte. Diese Tracks lohnen auf jeden Fall gehört zu werden und können auch auf der Homepage des Labels – www.rockingape.de – als mp3s heruntergeladen werden. Wer sich dennoch für das komplette Doppelalbum mit dem umfangreichen Booklet und dem netten Cover interessiert, kann es über: The Rocking Ape GmbH, Leubeweg 91, 89134 Blaustein oder unter www.rockingape.de für den Preis von 11,99 EUR (+ RP) bestellen. Eine Fortsetzung der Reihe ist zwar geplant, aber sollte mit ein bisschen mehr Fingerspitzengefühl umgesetzt werden.●

DJ Chaoz

BUNDESWEITE GROSSRAZZIEN BEI SELBSTVERWALTETEN BETRIEBEN UND PROJEKTEN

Alles auf Heiligendamm

Das Transparent »G8 und ASEM angreifen – Repression zurückschlagen« an der wenige Stunden zuvor noch von Polizei umstellten Roten Flora war gut sichtbar, eine Sprecherin rief dazu auf, »sich diesen Angriff der Staatsmacht auf die Strukturen der Gipfelgegner nicht gefallen zu lassen«. Im Hamburger Schanzenviertel wurde wie in Berlin und anderswo am 9. Mai entschlossen gegen die Großrazzia von Bundesanwaltschaft und BKA protestiert. An den spontanen Protesten beteiligten sich in Berlin, Hamburg und zahlreichen anderen Städten 10.000 Leute, die über die autonome Szene mobilisiert wurden. Die radikale Linke erhofft sich nach den Razzien einen Schub für ihre Mobilisierung zum G8-Gipfel.

Gaston Kirsche (gruppe bricolage) ● Einen Monat vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm an der Ostsee hatten 900 PolizistInnen insgesamt 40 Wohnungen, Wohnprojekte, Büros und linke Zentren in Berlin, Hamburg, Bremen, Brandenburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein durchsucht. Die Bundesanwaltschaft (BAW) erklärte, dass 21 namentlich bekannte Personen im Verdacht stünden, eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben, um mit Brandanschlägen und anderen gewalttätigen Aktionen den Gipfel zu stören. Die Ermittlungen richten sich nach Angaben der Karlsruher Behörde gegen »18 namentlich bekannte und weitere, unbekannte Personen« aus dem »militanten linksextremen Spektrum«. Den Beschuldigten wird unter anderem vorgeworfen, in den vergangenen Jahren an politisch motivierten Brandanschlägen auf Autos und Gebäude beteiligt gewesen zu sein. Es wurden dutzende Computer, Drucker, Diskussionspapiere, Adressverteiler, Akten beschlagnahmt.

Den Anlass zu den Durchsuchungen ergaben Ermittlungen wegen der »Häufung« von Brandanschlägen in den vergangenen Jahren in Hamburg. Im Bekennerschreiben zur Brandstiftung an dem Mercedes des Vorstandsvorsitzenden der Norddeutschen Affinerie, Walter Marnette, vom 28. Juli 2005 wurde zu einer *»breiten, auch militanten Kampagne gegen den G-8-Gipfel«* aufgerufen. In den Bekennerschreiben zu 12 weiteren Farbbeutelwürfen und Autoanzündungen wurde seitdem von anderen Gruppen auf diese »militante Kampagne« positiv Bezug genommen: 2006 hiess es im April im BekennerInnenschreiben zum Autoanzünden beim Privathaus des Direktors des Hamburger Weltwirtschaftsinstitutes, Thomas Straubhar: *»Wir positionieren unsere Aktionen in einen internationalen Kontext und in die Kampagne gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Die G8-Schweine planen nicht nur die Vernutzung von Abermillionen Menschen in den drei Kontinenten, sondern auch die sozialen Angriffe gegen Proletariat und Prekariat in den Zentren. WIR WOLLEN ALLES! fight 4 revolution crews«*. In weiteren BekennerInnenschreiben hiess es im Mai: *»Fight Law + Order – Smash G8«*, im September: *»G8 Treffen fluten!«*, im Oktober wurde die *»laufende militante Kampagne gegrüßt«*, und im Dezember: *»Wenn sich in 6 Monaten der Tross der politischen Klasse aus den G8-Staaten im mondänen Ostseebad Heiligendamm ein Stelldichein gibt, um dort sein jährliches Sommerspektakel imperialistischer Weltherrschaft zu inszenieren, wird auch Staatssekretär Mirow mit von der Partie sein – sofern nicht 10.000e wütende Widerständige mit Blockaden der Zufahrten, mit Angriffen auf die rote Zone, auf die Tagungsorte, Hotels etc. dieses Treffen vorzeitig beenden. AG Kolonialismus und Krieg in der militanten Anti-G8-Kampagne«*. Unbekannte hatten vor dem Wohnhaus den Mini Cooper der Ehefrau des Finanzstaatssekretärs Thomas Mirow (SPD) angezündet, während die Familie im Skiurlaub weilte.

Dass solche kraftmeiernden Aktionen und großmäuligen Erklärungen auf den gesamten radikalen Flügel der Anti-G8-Bewegung ausstrahlen und Reaktionen der Gegenseite heraufbeschwören würden, war kalkuliert oder wurde zumindest in Kauf genommen. Die Hamburger Morgenpost titelte: »Wer sind die Terroristen?«, in zahlreichen Kommentaren wurde beklagt, dass nie jemand von den TäterInnen gefasst worden sei. Hamburgs Polizeipräsident erklärte: »Ermittlungen in diesem Bereich brauchen einen langen Atem, da sich die Täter sehr konspirativ verhalten«, und gab die Gründung einer Sonderkommission gegen die »militante Kampagne« bekannt. Zusätzlich zog Generalbundesanwältin Monika Harms unmittelbar nachdem der Mini Cooper von Frau Mirow ausgebrannt war, das Verfahren nach Paragraf 129a StGB – Bildung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung – bereits im Dezember an sich.

Dabei setzte die Polizei Telefon-, Mail- und Handy-Überwachung sowie die Ortung von Handys und GPS-angezapften Autos als Mittel ein. Auch Schnüffelhunde kamen zum Einsatz, die Geruchsspuren an den Tatorten mit den Körpergerüchen von Verdächtigten vergleichen sollen. Ende April verkündete Hamburgs Innensenator Udo Nagel: Er sei sicher, bald Ermittlungsergebnisse präsentieren zu können. Die Razzia jetzt ist Teil dieses mittlerweile ausgeweiteten Verfahrens. Um gegen ein möglichst breites Spektrum der linken Szene vorgehen zu können, nannte die BAW nun insgesamt neun Brandanschläge in Hamburg sowie drei weitere in Berlin. Laut BAW-Sprecherin Petra Kneuer haben die Verdächtigen als Vereinigung das Ziel, mit »gewalttätigen Aktionen« den Gipfel vom 6. bis 8. Juni in Heiligendamm »erheblich zu stören oder zu verhindern«. Ein zweites Verfahren begründet die BAW mit Brandstiftungen der »militanten gruppe« in Berlin.

Nach den Razzien ist nun die Erleichterung groß, dass niemand verhaftet wurde. Dabei ist die bisherige Ermittlungstätigkeit aber längerfristig angelegt und die BAW wird sicher mit dem beschlagnahmten Material vom 9. Mai einiges vorhaben.

Woher kommt der Zweckoptimismus in der autonomen Szene? Auf der Berliner Spontandemo war eine beliebte Parole: *»BKA, macht euch nichts vor, die Razzia war ein Eigentor«*. Die Campinski Pressegruppe jubelte: *»Die Razzien haben sich als kompletter Schlag ins Wasser erwiesen. Die beabsichtigte Einschüchterung der linken Szene und des gesamten G8-Protestspektrums ist misslungen ... Die Repressionswelle hat einen ungeheuren Mobilisierungsschub bewirkt. Danke Frau Harms, das war ein Eigentor!«*

Ein Sprecher der Hamburger Roten Flora wertete die Durchsuchung als Schlag ins Wasser: *»Sie werden bei uns nichts finden, sie haben heute morgen nur unnütz die Mäuse geweckt.«* Die Staatsschutzaktion, ist er überzeugt, diene der Einschüchterung: *»Wir sehen darin den Versuch der Staatsmacht, die auf breiter Basis organisierte Kampagne gegen die menschenverachtende Politik der G-8-Staaten zu kriminalisieren und zu diffamieren.«* Schließlich soll Ende Mai in der Roten Flora das Convergence Center Hamburg eröffnen, das als Anlaufpunkt und Plattform für G-8-kritische AktivistInnen aus der ganzen Welt dienen soll. »Hier werden Vernetzungstreffen und Workshops stattfinden, und es wird über Hintergründe der Proteste in Hamburg und Heiligendamm informiert.« Auch in Berlin wird es ein Convergence Center geben, auch dort waren die Vorbereitungen dafür von der Razzia betroffen.

Die Berliner Campinski Pressegruppe sah sich am Wochenende schon kurz vor dem Sieg: *»Die Ankündigung der Bundesregierung, den G8 Gipfel in Heiligendamm im Juni diesen Jahres nur noch an 1,5 Tagen stattfinden zu lassen, zeigt, dass die geplanten Proteste bereits erste Erfolge verbuchen können,«* so Lotta Kemper, Sprecherin der Campinski Pressegruppe. Und die Razzia wird nicht als Beeinträchtigung gesehen: *»Da müssen wir uns ja schon fast beim BKA bedanken,«* sagte Lotta Kemper munter und leichtsinnig. *»Wir sind voller Zuversicht, dass wir den Rest des Gipfels auch noch verhindern,«* so Kemper. *»Es muss endlich Schluss sein mit diesen illegitimen Kaffeekränzchen, bei dem die reichsten Staaten der Welt unter sich auskungeln, wie sie weiter die Profite ihrer Wirtschaft sichern können und sich nebenbei einen humanitären Anschein geben. Wir setzen viel daran, dass der Gipfel in Heiligendamm als letzter dieser Art in die Geschichte eingehen wird.«*

Fortsetzung auf Seite 4

Rote Flora Hamburg am 9.5.2007 vormittags

Presseerklärung der Roten Flora Hamburg

Heute morgen wurden in Hamburg, ebenso wie in anderen Bundesländern insgesamt mindestens 60 politische Projekte, Privatwohnungen und Arbeitsstellen von der Polizei auf Anordnung der Bundesanwaltschaft durchsucht.

Begründet wurde dieses Vorgehen mit dem §129a StGB, also der »Bildung einer terroristischen Vereinigung« in Zusammenhang mit den geplanten Protesten gegen den G8 Gipfel in Heiligendamm Anfang Juni diesen Jahres.

Wir sehen darin den Versuch der Staatsmacht, die auf breiter Basis organisierte Kampagne gegen die menschenverachtende Politik der G8 u.a. in der Energie-, Gentechnik- und Migrationspolitik zu kriminalisieren und zu diffamieren.

Das »Convergence Center Hamburg«, das Ende Mai / Anfang Juni in der Flora stattfindet, soll im Rahmen der Proteste einen Anlaufpunkt und eine Plattform für AktivistInnen aus der ganzen Welt bieten. Hier werden Vernetzungstreffen und Workshops stattfinden und es wird über die Hintergründe der Proteste und Aktionen in Hamburg und Heiligendamm informiert. Die Rote Flora versteht sich als unkommerzielles autonomes Stadtteilzentrum, in dem seit mehr als 15 Jahren vielfältige politische und kulturelle Projekte und Gruppen ihren Platz finden.

Wir werten das massive Vorgehen der Polizei gegen unsere Räume als Angriff auf die gesamte Protestbewegung und als einen Versuch der Einschüchterung aller AktivistInnen, die sich gegen den G8 und darüber hinaus aktiv aussprechen. Wie zuletzt geschehen in der öffentlichen Auseinandersetzung um die Begnadigung Christian Klars, zeigt sich auch hier mal wieder, dass systemkritische Meinungen an sich zunehmend als Straftat dargestellt werden.

Mit welcher Form der Repression in den nächsten Wochen seitens der Polizei zu rechnen sein wird, zeigte sich bereits heute vormittag, als es bei der gewaltsamen Auflösung einer Spontandemo »Für mehr Freiräume« in Hamburg zu mehreren Verletzten und vorläufigen Festnahmen kam. Diese dreisten Übergriffe werden die weitere Mobilisierung nicht aufhalten können. Wir rufen alle dazu auf, sich aktiv zu beteiligen und den Protest auf die Straße zu tragen.●

Rote Flora, am 09.05.2007

Auszug aus dem Grundgesetz

Artikel
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Rote Flora Hamburg am 9.5.2007 vormittags

Bundesweite Razzien gegen Anti-G8-Strukturen

Absurde Ausweitung des Terrorismus-Vorwurfs

In den Morgenstunden des 09.05.2007 sind 900 Polizisten auf Anweisung der Bundesanwaltschaft bundesweit in 40 Wohnungen, linke Projekte und Büros eingedrungen, haben sie durchsucht und ungeheure Mengen von Akten, Computern und anderen Unterlagen beschlagnahmt. Betroffen waren in erster Linie öffentlich arbeitende linke Projekte wie das Bethanien und der Buchladen Schwarze Risse in Berlin oder die Rote Flora in Hamburg. Razzien fanden neben Berlin und Hamburg auch in Bremen, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Niedersachsen statt.

Als Vorwand wurde der Verdacht auf »Bildung einer terroristischen Vereinigung« (§129a) benutzt, die sich gegründet habe, um Aktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm zu planen. Zur Begründung wurden gleich zwei angebliche terroristische Vereinigungen konstruiert. Zum einen die »militante gruppe«, zum anderen eine nicht näher definierte Vereinigung, die »unter wechselnden Gruppenbezeichnungen« Brandanschläge auf geparkte Kraftfahrzeuge verübt habe.

Die denkbar nebulös gehaltene Begründung, die Auswahl der durchsuchten Objekte und der gewählte Zeitpunkt zeigen überdeutlich, dass die mit großer Brutalität durchgeführten Razzien in erster Linie der Einschüchterung, Ausforschung und Kriminalisierung des sich bundesweit und international formierenden Protestes gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm richten. Inwiefern sich terroristische Vereinigungen mit Buchhandlungen oder soziokulturellen Zentren in Verbindung bringen lassen, bleibt das Geheiminis der Bundesanwaltschaft. Auch die beschlagnahmten Gegenstände (in erster Linie Computer, Akten, Unterlagen etc.) deuten darauf hin, dass der angebliche Terrorismus, gegen den die Bundesanwaltschaft vorzugehen behauptet, in erster Linie in öffentlichem und legalem Protest gegen den G8-Gipfel besteht.

Der Terrorismusvorwurf dient seit der Einführung des §129a, die 1976 im Zuge der RAF-Prozesse durchgepeitscht wurde, als Vorwand, der den Ermittlungsbehörden nahezu jedes Mittel der Ausforschung und Kriminalisierung linker Gruppen ermöglicht. Nur die wenigsten Ermittlungsverfahren wegen 129a führen jemals überhaupt zu Anklagen. Sie werden in erster Linie eingeleitet, um der Polizei und der Staatsanwaltschaft schwerwiegende Eingriffe in die Grundrechte zu ermöglichen, die sich in der Öffentlichkeit mit dem tatsächlichen Ziel der politischen Einschüchterung und der Ausforschung legal arbeitender linker Strukturen niemals rechtfertigen ließen.

Zugleich wird mit der Konstruktion angeblicher terroristischer Vereinigungen medienwirksam ein Bedrohungsszenario erzeugt, das weiteren gesetzlich abgesegneten Einschränkungen von Menschen- und Bürgerrechten Vorschub leistet.

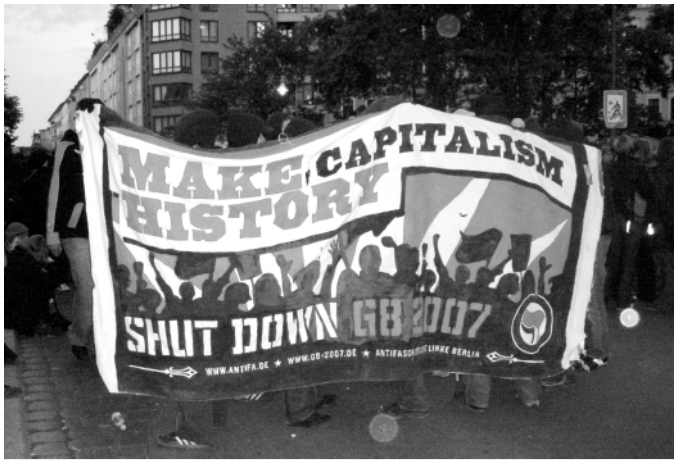
Die Rote Hilfe e.V. protestiert gegen diesen Versuch, den legitimen Widerstand gegen das Treffen der Regierungen reichsten Industrienationen in Heiligendamm zu kriminalisieren. Sie fordert die sofortige Einstellung der Ermittlungsverfahren und die unverzügliche Rückgabe der beschlagnahmten Gegenstände. Sie wird sich weiter für die Abschaffung des Kollektivschuld-Paragraphen 129a einsetzen.●

Mathias Krause
für den Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.

BUNDESANWALTSCHAFT ERMITTELT WEGEN BILDUNG EINER TERRORISTISCHEN VEREINIGUNG

Gezielte Einschüchterungen

Unter Führung des Bundeskriminalamtes (BKA) und der Bundesanwaltschaft (BAW) wurden am 9. Mai 2007 zahlreiche Objekte in Berlin, Hamburg und Bremen durchsucht. Vorwurf der Behörden: Bildung einer terroristischen Vereinigung nach §129a. Anlass sind 12 Anschläge auf verschiedene Einrichtungen in Hamburg, Berlin und Brandenburg. Gesucht wurden elektronische Verbindungsdaten sowie Beweise zur Finanzierung einer militanten Kampagne gegen den G8-Gipfel. Beschuldigt werden 18 Personen. Zur Datensicherung spiegelte das BKA gigantische Datenmengen, darunter einen kompletten Server, sowie die Daten der Bürogemeinschaft »W37« in Berlin-Kreuzberg. Besonderes Augenmerk legt das BKA auf den alternativen Server S036.net. Viele linke und alternative Projekte haben ihre Webseiten, Mailinglisten und Mailadressen dort abgelegt. Damit soll die Kommunikationsstruktur der Anti-G8-Bewegung empfindlich gestört werden. Nachfolgend Erklärungen betroffener Objekte zu den Repressionen.



Demobeginn am Abend des 9. Mai in Berlin Foto: Elisabeth Voß

Umbruch-Bildarchiv Berlin

»Buchläden, Verlage und Archive sind gefährliche Brutstätten des Geistes« – besonders vor dem G8-Gipfel im Juni in Heiligendamm.

Dieser variierte Satz aus den siebziger Jahren scheint aus der Perspektive der Staatsschutzorgane nichts von seiner Aktualität verloren zu haben.

Auf der Suche nach den Verfassern des von »AG Grauwacke« herausgegebenen Geschichts-Buches: »Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren« – erschienen bereits 2004 im Verlag Assoziation A (ISBN 3-9359 36 133) – wurden am Mittwoch, den 9. Mai ab 8.00 Uhr morgens bis in die Abendstunden auch die Räume und Computer des Umbruch-Bildarchiv e.V. durchsucht und blockiert.

(...) Bei Umbruch wurden CDs mit dem Layout des Autonomen-Buches mitgenommen, zwei Telefonadressbücher entwendet sowie Festplatten mit Fotos aus über zwanzig Jahren Bewegungsgeschichte gespiegelt. Wir fordern, dass dieses Material unverzüglich gelöscht wird.

Wir werten die Durchsuchungen als eklatanten Angriff auf die grundgesetzlich geschützte Pressefreiheit und betrachten sie als plumpen Versuch der staatlichen Organe, im Vorfeld des G8-Gipfels Informationen über die vielfältige Infrastruktur der GipfelgegnerInnen zu sammeln, diese gesellschaftliche Bewegung einzuschüchtern und in ihrer politischen Arbeit gegen den G8-Gipfel zu behindern. Dieser Versuch ist gescheitert. Im Gegenteil zeichnete sich bereits nach den ersten Stunden ein deutlicher Mobilisierungsschub ab. Am Abend des 9. Mai protestierten zehntausend Menschen in vielen Städten gegen die Durchsuchungen. Die Bewegung ist nicht bereit, solche aus der Endphase der DDR bekannten Einschüchterungsmethoden des Staates kritik- und widerstandslos hinzunehmen. Auch der sattsam bekannte Versuch, im Vorfeld von Aktionen, die beteiligten Gruppen in friedfertige und militante zu spalten, sowie über die Konstruktion von Paragraph-129a-Vorwürfen in eine Terror- und Gewaltdiskussion zu verstricken, ist misslungen.

Wir fordern
die Abschaffung des Paragraphen 129a StGB.

Verlag Assoziation A Berlin/Hamburg

Liebe Freundinnen und Freunde,
werte Kolleginnen und Kollegen,
leider können wir Euch/Sie nicht wie an dieser Stelle üblich auf die Neuerscheinung eines weiteren Titels von Assoziation A hinweisen, sondern müssen Euch/Sie über die Vorkommnisse vom 9. Mai 2007 unterrichten. Dies weil u.a. auch ihr/Sie durch die Durchsuchung unseres Verlagsbüros ungewollt betroffen seid/sind, denn die Rechner und sämtliche Datenträger mit Euren/Ihren Adressen und Geschäftspost wurden beschlagnahmt und kopiert, alle Aktenordner und Papiere über Stunden hinweg durchgesehen.

Die Durchsuchung unseres Verlagsraums im Mehringhof sowie des Buchladens Schwarze Risse (als wichtige Verkaufsstelle des Buches) und des Umbruch Bildarchivs (das den Band layoutet hat) wurde von der Bundesanwaltschaft damit begründet, dass die vermuteten Autoren der Herausgebergruppe AG Grauwacke des Buches »Autonome in Bewegung, Aus den ersten 23 Jahren« sich zu »Brandanschlägen mit Molotowcocktails und Brandsätzen mit Zeitzündern bekennen« würden, die sie »schon während der Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank im September 1988 in Berlin [verübt]« hätten. Weiter heißt es: *»Diesem Vorbild entsprechend bereiten sie seit geraumer Zeit eine 'militante Kampagne' im Hinblick auf den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm vor. Des weiteren werden sie beschuldigt eine »terroristische Vereinigung gemäß Paragraf 129a Abs. 2 StGB gegründet zu haben«.*

Dieser »terroristischen Vereinigung« werden 12 Brandanschläge aus den letzten zwei Jahren zur Last gelegt, die sie »unter wechselnden Gruppenbezeichnungen« begangen haben soll. Die BAW erhoffte sich durch die Durchsuchung unserer Räume die *»Sicherstellung von Beweismitteln, die die Autorenschaft der Beschuldigten belegten«* sollen, und wollte *»unveröffentlichtes Textmaterial sicherstellen ... welches weiteren Erkenntnisgewinn im Hinblick auf die Struktur der terroristischen Vereinigung, ihrer Ziele und Betätigungshandlungen zulässt.«* (Das Buch ist nunmehr seit vier Jahren in 3. Auflage frei im Buchhandel erhältlich. Schon im Jahr 2006 war es Objekt der Begierde von Frau von der Leyen, die einen Indizierungsantrag wegen angeblicher »Jugendgefährdung« gestellt hatte, der allerdings von der zuständigen Indizierungskommission vorbehaltlos abgelehnt wurde, und der nun sinnigerweise von der Polizei gleich mit beschlagnahmt worden ist.)

Als Beweis ihrer Anschuldigungen gibt die BAW, abgesehen von der Unterstellung, die in einem Geschichtsbuch beschriebenen – hier u.a. auch militanten – Auseinandersetzungen, wären als Bekenntnis eigener Taten zu lesen, folgendes an: die Beschuldigten hätten *»schon Anfang 2005 konspirative Treffen in Berlin [abgehalten], in denen das Vorgehen im Einzelnen besprochen wurde«. »Außerdem«,* heißt es weiter, *»unternahmen es die Beschuldigten, unter anderem über das BUKO-Treffen vom 5. bis 8. Mai 2005 in Hamburg (28. Bundeskongress der »Bundeskoordination Internationalismus«), weitere Teile der linken Szene gegen den G8-Gipfel zu mobilisieren«,* sich *»detailliertes Kartenmaterial beschafft«* zu haben sowie teilweise am *»bundesweiten Treffen zur Vorbereitung der militanten Gipfelproteste ... im Januar 2006 im Mehringhof in Berlin«* teilgenommen zu haben.

Der in einigen Presseerklärungen und Kommentaren politischer BeobachterInnen geäußerten Einschätzung, die Durchsuchungen dienten nicht konkreten Tatnachweisen und/oder Dingfestmachung vermuteter Täter (es wurden keine Festnahmen, ja nicht einmal bei allen »Beschuldigten« Hausdurchsuchungen durchgeführt und kein Haftbefehl ausgesprochen), sondern der Einschüchterung, Verunsicherung, des Ausspähens der linken und linksradikalen Szene und ihrer Strukturen, und des »auf den Busch Klopfens« stimmen wir zu. Genauso wie der Einschätzung, dass das Vorgehen der BAW und der dahinterstehenden politischen Instanzen als »Eigentor« zu bewerten ist, dass die ebenfalls beabsichtigte Entsolidarisierung und Spaltung einer kritischen Bewegung zumindest vorläufig nicht erreichen konnte, sondern im Gegenteil weitere auch linksliberale gesellschaftliche Schichten an den Wert vormals verbriefter Grundrechte erinnert, die u.a. ein wirkliches Demonstrationsrecht ebenso sicher(t)en, wie ein Postgeheimnis oder persönliche Daten vor willkürlichem behördlichem Zugriff schützten.

MAUS e.V., Bremen

Im Rahmen der bundesweiten Hausdurchsuchungen im Auftrag des Generalbundesanwalts durch das BKA und LKA an etwa 40 Objekten in Hamburg, Berlin, Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Brandenburg am 9. Mai wurden auch die Räume der Bremer Messstelle für Arbeits- und Umweltschutz (MAUS), sowie einige im selben Haus befindliche Wohnräume verschiedener BewohnerInnen durchsucht. Die Durchsuchung dauerte von 8.00 bis 21.45 Uhr.

Gegenüber einem Vertreter aus dem Vorstand der MAUS und einer hinzugezogenen Anwältin weigerte sich der die Durchsuchung leitende Staatsanwalt mehrfach ausdrücklich, einen Durchsuchungsbeschluss vorzulegen.

Beschlagnahmt wurden alle Computer der MAUS, fast sämtliche Disketten und CDs und viele, auch gerade handschriftliche Unterlagen zu laufenden Arbeiten. Ebenfalls beschlagnahmt wurden alle Adressenverzeichnisse aus dem Büro und dem Archiv, weiter TeilnehmerInnenlisten und Arbeitsmaterialien eines Seminars an der Universität Bremen.

Die inzwischen zurückerhaltenen Computer wurden geöffnet, die Festplatten kopiert und die Arbeitsspeicher ausgelesen. Erklärtes Ziel der Durchsuchungen war die Sicherstellung von Dateien oder Unterlagen zur Organisation der Kampagne gegen den G8-Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm, sowie von Kommunikationsplänen und -nachweisen, von Personen- und Adressenverzeichnissen, die Auskunft über weitere Kontaktpersonen geben sollen, von Tatmitteln wie Zündvorrichtungen, Zeitschaltuhren und Werkzeugen (nach dem Durchsuchungsbeschluss gegen einen Mitarbeiter der MAUS für seine Wohnung).

Mit dem Gesinnungs- und Schnüffelparagraphen 129a (Bildung oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) – mit dem die Durchsuchungen juristisch »legitimiert« wurden – ist es der Justiz heute wieder möglich, Oppositionelle, wie z.B. Menschen, die sich gegen den bevorstehenden G8-Gipfel in Heiligendamm engagieren, massiv anzugreifen und die laufende Arbeit zu behindern.

Offiziell und öffentlich wurde die Suche nach anschlagsrelevantem Material vorgeführt. Mitgenommen wurden jedoch vor allem Adressenlisten, Computer, Mobiltelefone, Faxgeräte, schriftliche Arbeitsmaterialien, um Einblick in die Gesinnung, Arbeitsweise und Strukturen zu erhalten. Die an anderer Stelle angeblich gefundenen Brandsätze und gefälschten Papiere entpuppten sich als Sylvesterböller, Wecker und abgelaufene Schülerausweise. Peinlich für das BKA, wenn es der Öffentlichkeit – trotz des immensen Aufwandes – nichts »besseres« zu präsentieren hat.

Der Paragraf 129a ist bisher nur in 2% der Fälle zur Aufklärung von »Straftaten« dienlich gewesen. Alle restlichen Verfahren wurden sang- und klanglos eingestellt. Was bleibt, ist jedoch z.B. die Stigmatisierung bestimmter politischer Zusammenhänge und einiger von dem Verfahren unmittelbar betroffener und durch die Presse herausgehobener Personen.

Dieses macht einmal mehr den eigentlichen Charakter des Paragraf 129a deutlich: Es geht darum, Strukturen auszuleuchten und auszuforschen und Menschen, die sich z.B. gegen Umweltzerstörung, Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Krieg im Inneren und Äußeren engagieren, einzuschüchtern und in ihrer Arbeit zu behindern. Die zudem augenscheinlich eher willkürlich ausgewählten Betroffenen sowie die fadenscheinige Begründungslage in den Durchsuchungsbeschlüssen zeigen, in welcher Not sich die Bundesregierung befindet, den bevorstehenden G8-Gipfel reibungslos ablaufen zu lassen.

Um dieses Ziel zu erreichen, scheint jedes Mittel recht. Vor nicht allzu langer Zeit wurden Menschen in Gefängnisse oder Lager gesperrt, wenn sie systemkritische Flugblätter verteilten. Heute reicht dieser »Tatbestand« scheinbar immerhin schon wieder aus, um Hausdurchsuchungen damit zu begründen. Überraschen tut dies uns nicht.

Die Generalbundesanwältin Monika Harms ließ erklären, es sei nicht darum gegangen, Anschläge zu verhindern, sondern darum, Informationen über Strukturen zu erlangen. Laut Hamburger Innensenator Nagel sollen die Durchsuchungen zeigen, dass »die Sicherheitsbehörden im Kampf gegen Extremisten nicht wehrlos sind«. Polizeipräsident Jantosch hat dies mit den Worten auf den Punkt gebracht: *»Heute haben wir richtig durchgeatmet. Für den in Hamburg stattfindenden ASEM-Gipfel und die nachfolgenden Veranstaltungen ist die Polizei gerüstet.«*

»Wir haben in den Busch geschossen, nun sehen wir, was und wer sich dort bewegt« hat ein Fahnder des BKA auf Spiegel-Online erklärt.

Doch dieser Schuss ist eindeutig nach hinten losgegangen. Eine bessere Mobilisierung für den Widerstand gegen den G8-Gipfel – auch weltweit – konnten wir uns gar nicht wünschen. Vielen Menschen wurden die Augen über diese herrschenden Verhältnisse geöffnet. Denn angeklagt sind wenige, gemeint sind wir alle.

Die Massivität mit der die Herrschenden ihr Bollwerk errichten, Bewegungsfreiheit einschränken, Grundrechte außer Kraft setzen und Strukturen ausspionieren, zeigt das wahre Gesicht der »freiheitlich-demokratischen Grundordnung«, die viele immer noch mit »Freiheit« und »Demokratie« verbinden. Die Auseinandersetzungen um den G8-Gipfel wird viele Menschen auf die Strasse holen und vielen Menschen, die sich nicht länger mit den herrschenden Zuständen in dieser Welt abfinden wollen, die Augen öffnen.

Wir erklären allen, die von den Durchsuchungen und Verfolgungen nach Paragraf 129a betroffen sind, unsere volle Solidarität!
Wir fordern die Einstellung aller Verfahren und die Rückgabe aller beschlagnahmten Materialien!
Auf zur internationalen Demonstration gegen den ASEM-Gipfel am 28.5. in Hamburg! und dann: G8-Gipfel stilllegen!

FORTSETZUNG VON SEITE 3

Bei so viel Jubel droht nicht nur die Mobilisierung nach Heiligendamm zur sinnentleerten Farce zu werden, sondern auch die Kritik der Repression wird unernst. Alles für den Erfolg der Kampagne gegen ein Kaffeekränzchen? In den eilig rausgehauenen Erklärungen zur Mairazzia dominiert eine verkürzte Kapitalismuskritik, wenn es denn überhaupt noch um Inhalte geht: Sprechblasen von »gerechter Globalisierung« und »undemokratischer Weltregierung«.

Und viele der Erklärungen, die jetzt als einmütige Solidarität mit den von der Razzia Betroffenen abgefeiert werden, sind alles andere als dass: Sie enthalten auch eine Akzeptanz staatlicher Repression, wenn's denn gegen StraftäterInnen geht. So hebt Claudia Roth, Grünenvorsitzende, darauf ab, dass die Razzia undifferenziert gewesen sei: *»Die breit angelegten Durchsuchungsaktionen von Wohnungen und Büros von G8-Gegnern und Globalisierungskritikern sind offenbar unverhältnismäßig, willkürlich und undifferenziert. Es darf keine Kriminalisierung und keine gezielte Einschüchterung von G8-Gegnern geben, die ihren Protest gewaltfrei organisieren wollen.«* Militante ausgenommen.

Ganz ähnlich bei einer Organisation der Friedensbewegung: *»pax christi distanziert sich von allen Formen der Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele. Die Bundesanwaltschaft verfolgt mit Recht rund 40 Anschläge zwischen 2005 und 2007. Aber wir fragen nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel und haben Sorge, dass hier mit der Keule des Terrorismusvorwurfs die gesamte Protestbewegung getroffen werden soll.«*

Auch die Jusos sind etwas kritisch, aber nicht zu sehr: *»Diese Durchsuchungen stehen allzu offensichtlich im Zusammenhang mit den Protesten für eine gerechte Globalisierung anlässlich des G8-Gipfels. Proteste gegen das Vorantreiben einer marktradikalen Globalisierung sind nötig, nicht kriminell. Eine Kriminalisierung der Proteste darf es nicht geben. Straftaten müssen wirksam begegnet werden, offensichtliche Einschüchterungen sind zu unterlassen.«* Und für Attac erklärte Peter Wahl: *»Wir werden uns nicht einschüchtern lassen und weiterhin mit aller Kraft zu unseren friedlichen Protesten gegen den G8-Gipfel mobilisieren.«*

Alle diese Verlautbarungen gelten als Solidaritätserklärungen – ob sie offene Distanzierungen beeinhalten, scheint für die radikalen Linken, die sich am Protest gegen den G8-Gipfel beteiligen, unerheblich zu sein. Das Beste, was sich über die Erklärungen von Claudia Roth, Pax Christi, der Jusos und Attac sagen lässt, ist, dass sie sich an die erfolgreichen linksradikalen Aufrufe zum Protest gegen die Mai-Razzia drangehängt haben, um ihren braven, nicht nur nicht militanten, sondern auch in keiner Weise radikalen Protest zu promoten. Das sie konsequent solidarisch sind, wenn sich die Berichte vom Wochenende bestätigen und einigen Betroffenen der Mairazzia konkret Dokumentenfälschung, Besitz von Anleitungen zum Bombenbau und von angeblichem Material zur Sprengsatzherstellung mit Zeitzündern zur Last gelegt wird von der BAW, darf bezweifelt werden. Dann geht der Repressionstango richtig los.●

GESCHEITERTE GENFELD-BESETZUNG IN GROß LÜSEWITZ (BEI ROSTOCK)

Wir sind turmhoch dageGEN

Mitte April trafen sich etwa zwei Dutzend Gentechnik-GegnerInnen im »Convergence-Center« in Rostock um Aktionen gegen die Gen-Versuchsfelder in Groß Lüsewitz zu starten.

Von Florian, Redaktion Umweltschutz von Unten ● 12. April 2007. Die Sonne geht auf über Groß Lüsewitz. Dort wo das größte Gentechnik-Forschungsinstitut Deutschlands steht. Dort wo aber sonst nie etwas passiert, wo ein geklautes Fahrrad für ein par Monate Dorfgespräch ausreicht. Wie jeden Tag fahren die Mitarbeiter des Agro-Gentechnik-Institut auf der Bundesstraße 110 zur Arbeit, direkt an den Versuchsfeldern vorbei, auf denen in wenigen Tagen gentechnisch veränderte Kartoffeln ausgepflanzt werden sollen. Doch heute ist nicht alles wie immer. Heute steht mitten auf dem Feld ein 18 Meter hoher Turm, an dem ein Transparent mit der Aufschrift: »Cholera-Gene in Kartoffeln? Wir sind turmhoch dageGEN!« hängt. Daneben steht ein Bauwagen, der mit abgeschraubten Rädern im Boden versenkt wurde. Am Straßenrand steht ein weiterer Bauwagen, in dem gerade das Frühstück vorbereitet wird. Die ersten Journalisten kommen, machen Photos und interviewen die Aktivisten,...

Soweit, so gut. Das war der Traum. Die Aktion sollte durch verschiedenste Blockade-Techniken die Aussaat der gefährlichen Gen-Pflanzen verhindern. Leider schaffte die Polizei es nach Stunden der Suche und dann per Zufall das Ganze zu verhindern. Zwei bunte Lastwägen, die den Turm später hochziehen sollten, wurden unweit des Feldes abgestellt. Eine Anwohnerin wurde misstrauisch und rief die Polizei. Diese verfolgte die beiden Wägen erst in Zivil, später wurden sie von Uniformierten durchsucht. Diese fanden unter anderem Flugblätter, die am nächsten Tag verteilt werden sollten, auf denen mitgeteilt wurde, dass ein Genfeld besetzt worden sei. Die dadurch alarmierte Polizei fuhr nun planlos durch die Gegend, weil sie nicht wussten, wo sich die Genfelder befinden – und weil es in der Gegend so viele Genfelder gibt.

Einer der Uniformierten musste pinkeln gehen. So hielt ein Streifenwagen zufällig genau dort, wo ein Spaten die Stelle markierte, an der die Lastwägen den Turm hochziehen sollten.

Vielleicht eine der erfolgreichsten gescheiterten Aktionen aller Zeiten

Am nächsten Tag berichtete die Bild-Zeitung überraschend neutral auf Seite 3 über die Aktion.

Bei den Aktivisten war schnell klar, dass es weiter gehen sollte. Schon am nächsten Tag erkletterten Aktivisten einen etwa 30 Meter hohen Funkturm, der direkt auf dem Gelände des Agro-Gentechnik-Institut steht, und entrollten das Transparent, das eigentlich für den Besetzungsturm gedacht war. Andere Aktivisten malten mit Kreide Sprüche auf die Straße oder klingelten bei den Leuten im Dorf und stellten sich als die Aktivisten der gescheiterten Aktion vor. Die Leute wussten bereits Bescheid und die Stimmung war erstaunlich positiv.

In den nächsten Tagen fanden mehrere Aktionen im Dorf statt. So gab es zum Beispiel einen Bastel-Nachmittag, an dem gemeinsam Anti-Gentechnik-Schilder gebastelt wurden, die die Bewohner sich in den Garten stellen sollten, oder ein Fußballspiel fand auf dem Gentechnik-Acker statt.

Heute ist nicht alle Tage – Wir kommen wieder keine Frage

Fünf Tage nach dem ersten Besetzungsversuch starteten die Aktivisten den 2. Versuch. In mehreren Gruppen wurde versucht, auf das Feld zu kommen. Außer zwei Gruppen wurden aber alle von den Bullen abgefangen – zum Teil per Straßenkontrollstelle – wodurch auch dieser Versuch scheiterte.

Der 30 Meter hohe Funkturm auf dem Gelände des Agro-Gentechnik-Instituts mit dem Transparent

In der darauffolgenden Nacht wurde eins der frisch ausgesäten Felder zerstört. Die Polizei behauptete zuerst, dass vielleicht Wildschweine das Feld durchwühlt hätten. Zeitgleich wurden Gentechnik-kritische Parolen gefunden, die an das Agro-Gentechnik-Institut geschrieben wurden. Ob das wohl auch Wildschweine waren?

Fazit: Mit dieser gescheiterten Aktion hatte es eine kleine Gruppen von Aktivisten geschafft, lokal einen Kommunikationsprozess über Gentechnik in Gang zu bringen, sowie überregionale Aufmerksamkeit zu bekommen. Kaum auszumalen, wie groß die Außenwirkung gewesen wäre, hätte die Aktion geklappt. Also: Lieber gut geplante, kreative Aktionen in Kleingruppen, als die heute üblichen Großdemonstrationen.●

INTERVIEW MIT EINEM DER BESETZER

Weniger Bündnis, mehr Widerstand

Frage: *Was wollt Ihr erreichen?*

Wir sind sehr unterschiedliche Menschen, vertreten keine Verbände und sprechen immer nur für uns. Manche von uns kritisieren die Gentechnik vorrangig wegen ihrer Auswirkungen auf die Strukturen im Lebensmittelbereich, andere benennen die Stärkung von Herrschaftsstrukturen. Die meisten haben viele Gründe – und sagen das auch. Unsere konkrete Aktion soll eine Art Erregungskorridor schaffen, in dem die Debatte um Gefahren intensiv geführt werden kann. Nur mit Flugblättern oder Infotischen ist das nicht zu machen. Wir hängen da der Idee von »Direct Action« an, nach der symbolstarke Aktionen eine Aufmerksamkeit erzeugen können, die dann genutzt wird für Diskussionen, Alternativen und Projekte.

Wie ist Euer Kontakt zu den Menschen, die in der Umgebung wohnen?

Schon in den zurückliegenden Tagen haben wir viele Gespräche geführt und immer neue, kleine Aktionen gemacht. Der direkte Kontakt war uns wichtig. Das alles hat viel Spaß gemacht, es waren viele intensive Gespräche dabei, auch mit Menschen, die anders als wir denken, über die Gentechnik. Nur ganz wenige haben gepöbelt, meistens mit ganz flachen Sprüchen, zum Beispiel dass wir arbeiten gehen sollen. Die Gentechnik hat bislang kaum jemand verteidigt, nur eine Person hat wortwörtlich gesagt: »Wes Brot ich ess, des Lied ich sing« und sogar noch ein »100%ig« hinzugefügt. Daher sei es ein Hohn, dass hier viel Geld der SteuerzahlerInnen verprasst werde, die Gemeinde das Ganze einseitig unterstütze und etwas politisch gefördert wird, was nur ganz Wenigen etwas nützt, aber viel riskiert.

Wie habt Ihr es geschafft, nach dem Scheitern eine zweite Besetzung zu organisieren?

Wir waren nach der gescheiterten Nacht völlig erledigt, aber trotzdem motiviert, uns nicht so schnell klein kriegen zu lassen. Wir hatten fast ein Jahr vorbereitet und das meiste hatte auch geklappt. Zunächst haben wir mit kleineren Aktionen und vielen direkten Gesprächen in den Orten der Umgebung unsere Idee verfolgt, Gegenwind zur Gentech-Lobby zu machen. Das war zum Teil sehr motivierend. Es dauerte eigentlich nur kurz, dann kam in der abendlichen Diskussionsrunde die Idee auf: Wir geben auch die Hauptaktion nicht auf. Seitdem hatten wir das Gelände neu erkundet, neue Zugangswege herausgefunden und einen neuen Aktionsplan aufgestellt. Schließlich haben wir bei der gescheiterten Besetzung all unser Material verloren und mussten nun auf Schrottplätzen und bei befreundeten Personen suchen, sägen, schweißen und mehr. Gegenüber der Polizei wollten wir den Eindruck erwecken, dass wir nun nur noch einige Aktionen am Tag machen. Dieser Plan ging auf. Wir haben bei unseren öffentlichen Aktionen in Groß Lüsewitz zwar deutlich unsere Meinung gesagt, aber den Anschein erweckt, ganz harmlos zu sein und jedes Mal weniger zu werden. Wir hofften, dass die Polizei langsam ihre Überwachung verringert. Das hat offenbar nicht geklappt. Es ist beeindruckend, wie viel Geld und Macht der Staat in die Förderung profitorientierter Wirtschaftsforschung steckt. Das ist nichts Neues, aber jede offensichtliche Dokumentation kann der Demaskierung dienen.

Wie ist überhaupt Euer Verhältnis zur Streitmacht des Staates?

Es gibt da keine einheitliche Meinung außer der einen: Die Polizei handelt im Interesse der Mächtigen. Sie hat in diesem Fall die Gentechniklobby zu unterstützen. Es gibt etliche Menschen unter uns, die ständig in sehr intensiven Kontakt mit den eingesetzten BeamtInnen kommen, um sie als Personen mit eigener Meinung anzusprechen und das konkrete Tun als BefehlsempfängerInnen mächtigerer Interessen zu hinterfragen. Dabei wurde deutlich, dass die meisten Uniformierten auch GegnerInnen der Gentechnik sind, aber hier die Gentechnik mit allen Mitteln durchzusetzen haben. Wir wollen die Rolle der Polizei bei der Durchsetzung der Interessen weniger Konzerne und gesellschaftlicher Eliten deutlich benennen, das ist Teil der Aktion.

Und zu Euren GegnerInnen in der Sache, z.B. dem AgroBioTechnikum oder Hauptprotagonistin Inge Broer?

Das ist richtig lustig. Offensichtlich hat das AgroBioTechnikum – wir schreiben das ja nur noch mit zwei »gg« – einen guten Propagandastab. Inge Broer mit ihrem dubiosen Verein gehört da sicher zu. Bisher hat Broer vor allem gegenüber Dritten immer betont, dass sie gesprächsbereit wäre und es schade findet, dass ihre KritikerInnen nicht zu Gesprächen kommen. Jetzt, wo sich mal stärkerer Gegenwind entfaltet, entpuppt sich alles als Lüge und platteste Propaganda. Als nämlich am 16.4. zwei Menschen mal das AgroBioTechnikum zu normalen Öffnungszeiten besuchen wollten, stürzte ein Mann von innen an die Tür und hielt den Türdrücker hoch. Er schrie nach innen und kurz darauf kam eine Frau, die abschloss. Soweit zur sogenannten Gesprächsbereitschaft herrschender Klasse.

Seid Ihr bei Eurem Protest recht allein oder kooperiert Ihr mit anderen Gruppen?

Das ist nicht einheitlich. Vieles verläuft aber wenig erfreulich. Erwartungsgemäß gehen die NGOs und bürgerlichen Gruppen auf Distanz, wenn es etwas widerständiger wird. Schließlich sind sie sehr auf ihr Image im gehobenen BürgerInnentum bedacht, wo Mitglieder und Spenden herkommen. Das führt vor allem in Deutschland zu einem ungeheuer langweiligen Politikstil der Appelle, Unterschriftensammlungen, Postkarten- und Luftballonaktionen, ebenso zu einer totalen Labelisierung des Protestes, wo die inhaltlichen Ziele in einem Konkurrenzkampf der Marken untergehen – wie zwischen Konzernen. Der Unterschied ist, dass hier Verbandslogos im Vordergrund stehen. Ganz ähnliches Denken herrscht auch in radikalen Kreisen vor, was angesichts der Abhängigkeit auch solcher Gruppen von Staatsknete und der Orientierung auf bildungsbürgerliche Karrieren wenig verwundert. Schön war, dass wir nach der missglückten ersten Besetzung in der Rostocker Ehm-Welk-Schule aufgenommen und so unterstützt wurden. Da sind Räume entstanden, die sehr offen wirken und sich der einengenden Kontrolle von BewegungsführerInnen entziehen. Ich hoffe, dass das nicht nur so bleibt, sondern diese Räume auch endlich von mehr konkreten Aktionen gefüllt werden. Weniger Bündnis, mehr Widerstand – davon würde ich träumen.●

Wie alle der BesetzerInnen spricht die Person nur für sich. Der Name ist ohne Bedeutung.

AKTIONSWOCHENENDE DER FREIWILLIGEN FELDBEFREIER AUCH IM JULI 2007

Wird Horst Seehofer zum Feldbefreier?

Am 27. April 2007 verbot Landwirtschafts- und Verbraucherminister Seehofer dem Gentechnikkonzern Monsanto seinen Genmais »Mon 810« (der einzige Genmais, der derzeit hierzulande kommerziell angebaut wird) als Saatgut zu verkaufen. Das Ministerium findet klare Worte über die Gefahren, die vom Genmais ausgehen.

Redaktion Heidelberg ● Der Haken an der Sache: Der Genmais ist bereits seit Mitte April auf über 3.000 Hektar ausgesät. Seehofer wusste, dass sein Verbot »zu spät kommen« würde. Umso dringender fragen sich kritische Köpfe im ganzen Land jetzt, wie mit dem illegal wachsenden Mais umzugehen ist.

Agraringenieur und Berufsimker Michael Grolm aus Thüringen engagiert sich seit Jahren gegen die Agro-Gentechnik und kündigte schon 2005 und 2006 an, Genmaisfelder von den manipulierten Pflanzen zu befreien. Jetzt kündigt die Initiativgruppe »Gendreck-weg – Freiwillige Feldbefreiung« erneut ein Aktionswochenende vom 20. bis 22. Juli im Oderbruch an.

Michael Grolm: »Der Handlungsbedarf ist groß. 2007 sind noch mehr Genfelder angemeldet worden, als in den Vorjahren – und das obwohl die Gefahr von niemandem mehr heruntergespielt werden kann. Es war Bärbel Höhn, ehemalige Umweltministerin Nordrhein-Westfalens, die dazu im Spiegel online sagte: »Mir kann niemand erklären, warum die jetzt vom Ministerium geäußerten Risiken und Bedenken erst im nächsten Jahr Konsequenzen haben sollen. Wenn man den Mais für bedenklich hält, dann muss jetzt gehandelt und der Genmais von den Feldern geholt werden.« Michael Grolm weiter: »Frau Höhn hat sehr Recht! Was Horst Seehofer da fabriziert, ist nicht nur halbherzig, sondern gefährlich!«

Der Berufsimker teilt mit, dass in den letzten Wochen bereits über 130 Menschen ihre Absicht erklärt hatten, am 22. Juli im Oderbruch östlich von Berlin eine Feldbefreiungsaktion durchzuführen. Unterstützt werden die Gentechnik-GegnerInnen dabei von den »Friedensreitern«, die als gemischte Gruppe mit Reitern und Fahrradfahrern seit vielen Jahren Orte wichtiger gesellschaftlicher Konflikte aufsuchen und Aktionen dort mitgestalten.

Die Initiative der Feldbefreier hofft jedoch, dass an vielen Orten Feldbefreiungen überflüssig werden: »Die Landwirte können jetzt noch den Mais umpflügen. Sie sollten sich überlegen, ob sie das Risiko eingehen wollen, Mais, den selbst Seehofer als gefährlich bezeichnet, wachsen zu lassen.«

Noch Ende April fanden vor dem Amtsgericht Zehdenick mehrere Prozesse gegen Feldbefreier statt. Allen fünf Angeklagten wurde die Teilnahme an einer Aktion gegen Genmais im vergangenen Sommer vorgeworfen. Der Imker Fabian Lahres erläuterte als erstes sein Engagement gegen Gentechnik. Er klagt seinerseits derzeit gegen das Amt für Verbraucherschutz. Nach dem Gesetz müsse dieses Amt die »Koexistenz« von gentechnisch manipulierten und gentechnikfreien Pflanzen sichern. Es lässt aber Agrogentechnik im Freien zu. Weil Koexistenz draußen auf den Feldern nicht funktioniere, wie das in den USA und Kanada zu sehen ist, gefährde das Amt gesetzeswidrig die Existenz allen gentechnikfreien Anbaus und der Imker. Dennoch folgte der Richter der Argumentation des Imkers, dass er in Notwehr gehandelt habe, nicht. Zehn Tagessätze a 10 Euro lautete die Geldstrafe, die der Amtsrichter schließlich verkündete.

Auch die übrigen Angeklagten bekamen zehn Tagessätze.

Der Monat Mai begann hoffnungsvoll. Das Verwaltungsgericht Augsburg gab einem Imker recht, der gegen den Genmaisanbau in seiner Nähe geklagt hatte. Der Genmais-Anbauer wurde verpflichtet, den Mais nicht zur Blüte kommen zu lassen.●

Im Internet: www.Gendreck-weg.de

BASKENLAND: MONDRAGÓN CORPORACIÓN COOPERATIVA

Die bescheidenen Ackermänner von Mondragon

Im fernen Norden Spaniens, im Baskenland, gibt es ein Örtchen namens Mondragón. Dort gibt es rund 25.000 Einwohner, keine Hochhäuser, schwarzweiß-gefleckte Kühe und größere Flachbauten. Und diese Fabrikationsgebäude sind auch der Grund, warum der Name Mondragón überhaupt jenseits der baskischen Berge bekannt ist: Sie beherbergen die Genossenschaft Fagor, die sogenannte Weiße Ware herstellt – also Kühlschränke, Herde, Waschmaschinen und dergleichen. Fagor ist nur ein Teil eines rund 120 Genossenschaften umfassenden Verbundes, der weltweit unter dem Namen Mondragón firmiert.

Von Rudolf Stumberger, Pressebüro München ● Und was bei uns kaum bekannt ist: Mondragón ist mit fast 70.000 Mitarbeitern die größte Industriegenossenschaft der Welt, sie stellt neben der *Weißen Ware* ebenso Autoteile her wie ganze Press-Straßen oder Elektroteile. Mondragón ist sehr erfolgreich und in Spanien mittlerweile zum achtgrößten Unternehmen aufgestiegen. Und Mondragón »gehört« den Arbeitern und ist basisdemokratisch organisiert.

Ortswechsel: Frankfurt am Main. Dort gibt es eine Buchmesse, Alt-Spontis, die »Grüne Soße« und etliche wirkliche Hochhäuser wie das der Deutschen Bank. 155 Meter recken sich die Türme der Zentrale in den hessischen Himmel und auch das Salär von Josef Ackermann, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, strebt in die Höhe. Um 18 Prozent hat sich seine Gesamtvergütung im vergangenen Jahr erhöht und wird derzeit mit 11,9 Millionen Euro pro Jahr beziffert – ein Gehaltsniveau also in den höheren Regionen.

Drunten, in den Niederungen der sozialen Welt, verdienen Buchhändler, Monteure und Politessinnen rund 2.500 Euro (Brutto) im Monat, wenn's gut geht. Um auf das jährliche Bruttogehalt von Herrn Ackermann zu kommen, müsste ein Buchhändler allerdings sehr viele Bücher verkaufen – und das 400 Jahre lang. Und dies auch nur dann, wenn sich der Trend der vergangenen Jahre bei den Löhnen nicht fortsetzt – denn seit Jahren fallen in Deutschland die Reallöhne, zwischen 1995 und 2004 um 0,9 Prozent. Wenn unser Buchhändler also heute seine Zutaten für die »Grüne Soße« kauft – Dill, Petersilie, Schnittlauch und mehr – hat er weniger in der Tasche als zuvor.

In Frankfurt, so kann man sehen, sind also nicht nur die Hochhäuser hoch, sondern auch die sogenannte Spreizung der Gehälter, sie liegt bei einem »Normalverdiener« wie bei unserem kochenden Buchhändler und im Fall des Herrn Ackermann bei 1:400. Wäre unser Buchhändler länger als ein Jahr arbeitslos und Hartz IV-Empfänger, dann läge die Spreizung der Einkommen bei 1:1.200 (der durchschnittliche Hartz-IV-Leistungsbezug liegt bei 841 Euro pro Monat). Manche sagen, so was spaltet die Gesellschaft und schadet der öffentlichen Moral. Herr Ackermann sagt, so was braucht's, weil er ja die Verantwortung für Tausende von Menschen und viele Milliarden Euro habe. Wobei der Zusammenhang der ist, dass die Menschen bei der Deutschen Bank immer weniger und die Milliarden immer mehr werden.

> Die Lohnspreizung bei der Deutschen Bank liegt bei 1:400, aber es geht auch anders

Ortswechsel: Zurück nach Mondragón. Über die Spreizung der Gehälter dort kann Purificacion Garbine Auskunft geben. Arbeitet doch die Mutter zweier Söhne seit 25 Jahren bei Fagor. Mit ihrem blauen Arbeitskittel kontrolliert sie die Einstellung von Maschinen und fungiert als eine Art Gruppenleiterin. In der Halle werden Kühlschrankteile gefertigt und endmontiert, 3.500 Stück pro Tag produziert und man arbeitet Just-In-Time mit einem Zwei-Stunden-Puffer. Die unfertigen Kühlschränke wandern auf Fließbändern durch die weite Halle. Und es ist laut, ziemlich laut sogar. »Alles im Bereich der EU-Norm«, winkt Personalmanager Labayen Jauregui ab, der auf den gottesfürchtigen Vornamen Jesus Maria hört. Auch Frau Garbine stört der Lärm wenig: »Man gewöhnt sich daran, außerdem gibt es Ohrenschützer.« Sie ist zufrieden mit ihrem Job, bei dem sie nach Abzug der Steuern und Sozialversicherung an die 1.000 Euro pro Monat nach Hause trägt.

Mondragón

Die Mitarbeiter haben das Sagen

Vielleicht trägt zu ihrer Zufriedenheit bei, dass bei Mondragón Frauen für die gleiche Arbeit das gleiche Gehalt wie Männer bekommen – in Deutschland noch lange nicht selbstverständlich. Vielleicht trägt aber auch einfach zu dieser Zufriedenheit bei, dass sie de facto Miteigentümerin des ganzen Unternehmens ist – hier gilt das Prinzip der Gleichheit und Mitbestimmung als auch die Pflicht der Verantwortung. Anders als bei einer Aktiengesellschaft gilt hier: Ein Mann (respektive Frau) – eine Stimme. Und anders als bei normalen »kapitalistischen« Betrieben haben hier die Mitarbeiter das Sagen. Jedenfalls bei der jährlichen Hauptversammlung aller Kooperationsmitglieder, auf der über alle wesentlichen Entscheidungen abgestimmt werden. Zum Beispiel über die Wahl des Vorstandes, der auf vier Jahre gewählt wird. Dieser Vorstand bestimmt den Betriebsdirektor und das Management.

Das Verhältnis zwischen Arbeitern und Management ist geprägt zum einen durch den Sozialrat, einem Gremium, das ebenfalls von der Generalversammlung gewählt wird und das die Entscheidungen in Sachen Arbeitszeit, Löhne und Arbeitsbedingungen fällt. Und das Verhältnis ist vor allem dadurch geprägt, dass das Management ja praktisch im Dienste derer steht, die selbst am Fließband stehen. Die Schizophrenie des Mitarbeiteraktienmodells entfällt, bei der die Arbeitnehmer am besten sich selbst feuern, um den Aktienkurs zu erhöhen oder andersherum bei Lohnerhöhungen den Aktienwert schwinden sehen. Das Management ist einerseits unabhängig genug, um wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen und abhängig genug, um für wirtschaftlichen Erfolg nicht die Belange der Belegschaft zu opfern. Wo ansonsten der ferne Shareholder droht, steht hier der Stakeholder bei Fuß. Denn wer bei Mondragón arbeitet, ist (meist) auch ein Mitglied der Kooperative und somit stimmberechtigt. Die Balance zwischen wirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen zu halten, ist wohl die Kunst, aus der sich nicht zuletzt der wirtschaftliche Erfolg von Mondragón erklären lässt.

Aber vielleicht liegt die Ursache des Erfolges auch darin, dass 90 Prozent der Erlöse wieder in die Kooperativen gesteckt werden. Die einen 45 Prozent davon sind reine Investitionen (2003: 847 Millionen Euro), die anderen 45 Prozent stehen für das soziale Kapital der Mitglieder, sind als Gewinnbeteiligung zu sehen. Oder sie liegt eben in dem Lohngefälle von heute 1:6, in dem die untersten Lohngruppen mehr, die oberen hingegen weniger als branchenüblich verdienen. Das Management zum Beispiel – also die »Ackermänner« bei Mondragón – verdient etwa 70 Prozent dessen, was die Kollegen aus der »normalen« heimischen Wirtschaft heimtragen.

Man sieht: Frankfurt hat hohe Häuser, wirtschaftlich erfolgreiche Banken und eine Spreizung der Einkommen von 1:400. Mondragón hat flache Bauten, erfolgreiche Genossenschaften und eine Lohnspreizung von 1:6. Die Deutsche Bank baut übrigens Arbeitsplätze ab, bei Mondragón werden Mitarbeiter eingestellt. Wie bunt und vielfältig kann doch das Wirtschaftsleben sein.●

Links:
www.mcc.es/
CONTRASTE (Wandelsblatt) Oktober 1984:
www.contraste.org/Archiv/mondrago.htm
Vortrag/Podiumsdiskussion, Graz 2006 (mp3-Audiodateien):
http://brennstoff.gea.at/mp3.html
SWR-Sendung 10.12.2005 (Mitschnittdienst – Nr. 28279):
www.daserste.de/europmagazin/sendung_dyn~uid,lmcauxlatimxumvp512c4q6j~cm.asp
Telepolis Artikel-URL 26.3.2006:
www.heise.de/tp/r4/artikel/22/22328/1.html

Copyright: Heise Zeitschriften Verlag 26.03.2006

Mondragón Corporación Cooperativa

Im nachfolgend dokumentierten Text von Wikipedia findet sich Widersprüchliches zum oben abgedruckten Beitrag von Rudolf Stumberger. Leider lassen sich diese Widersprüche nicht so ohne weiteres nachrecherchieren. Hier der Text:

»Die Mondragón Corporación Cooperativa (MCC) ist die weltgrößte Genossenschaft. Sie hat ihren Sitz in Mondragón im spanischen Baskenland und ist global tätig. Zur MCC gehören Unternehmen verschiedenster Sektoren wie Maschinenbau, Automobilindustrie, Haushaltsgeräte, Maschinenbau, Bauindustrie, Einzelhandel (Supermarktketten), Banken und Versicherungen.

Die Genossenschaft wurde in der Kleinstadt Mondragón in der baskischen Provinz Gipuzkoa gegründet, wo sie bis zum heutigen Tage ihren Hauptsitz hat. Im Spanischen Bürgerkrieg litt die Stadt unter Massenarbeitslosigkeit. Ein junger Priester José María Arizmendiarrieta beschloss, das Elend der Bevölkerung mit genossenschaftlichen Strukturen der Selbsthilfe mindern zu wollen.

1943 baute Arizmendiarrieta eine demokratisch organisierte Fachhochschule auf, die eine Schlüsselrolle des späteren Genossenschaftswesens im Baskenland spielte. 1959 wurde von fünf Absolventen der Fachhochschule die Caja Laboral Popular gegründet, eine Sparkasse, die Genossenschaften und genossenschaftliche Neugründungen finanzierte. Daraufhin entstanden neue genossenschaftliche Betriebe in Region und Stadt.

Die Genossenschaften zeichnen sich durch Solidarität unter den Arbeitnehmern aus, die gleichzeitig auch Anteilnehmer des Betriebes sind und in die Entscheidungen des Führungspersonals eingebunden werden. Die baskischen Genossenschaften der Mondragón Corporación Cooperativa (MCC) haben einen personenorientierten Charakter, der die Arbeit und nicht das Kapital in den Vordergrund stellen soll. Dies solle zu einem positiven Klima beitragen, welche Motivation und Produktivität der Betriebe erhöht. Die Arbeitnehmer werden am Gewinn beteiligt. Befindet sich ein Betrieb in finanziellen Schwierigkeiten, können sie mit Zustimmung der Arbeitnehmer durch Lohneinbußen aufgefangen werden. Bei großen betriebswirtschaftlichen Problemen oder Auftragsspitzen arbeiten Arbeitnehmer kurzzeitig in anderen Genossenschaften. Beinahe alle erwirtschafteten Erlöse werden reinvestiert. Großer Bedeutung kommt auch der (Weiter-)Bildung zu. Damit möchte die Genossenschaft nicht nur betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern auch ihrer sozialen Verantwortung nachkommen.

Der souveräne Körper ist der genossenschaftliche Kongress mit 650 Mitgliedern, der sich aus Delegierten aus den individuellen Genossenschaften zusammensetzt. Die Jahreshauptversammlung wählt den regierenden Rat, der die Verantwortung über das Tagesgeschäft trägt. Jede Einzelgenossenschaft hat ebenfalls einen Betriebsrat, der einen Präsidenten wählt, welcher das Management des Betriebes berät.

Die Größe hat Spannungen zwischen den traditionellen Werten und Idealen und der betriebswirtschaftlichen Wirklichkeit hervorgebracht. So gab es Vorwürfe, dass Fabriken verlagert wurden und dort den Arbeitnehmern nicht die gleichen Rechte zugestanden würden. 2004 waren, nach Schätzungen, nur noch die Hälfte der 70.000 Arbeitnehmer Vollmitglieder der Genossenschaften. MCC wurde ebenfalls vorgeworfen, sie missbräuchten die genossenschaftlichen Ideale als Werbemittel.

Unruhe erzeugte ebenfalls die gefühlte zunehmende Distanz zwischen Management und Arbeitnehmern. Zwar besteht immer noch die Regelung, dass das Führungspersonal maximal das achtfache des Arbeiterlohnes verdienen darf. Dennoch fühlen sich viele Arbeitnehmer nicht mehr in die Entscheidungsprozesse eingebunden. Einige Genossenschaften haben sich bereits abgespalten, da sie mehr betriebliche Demokratie in ihren Genossenschaften durchsetzen möchten.

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

2.500 KM ZU FUSS VON KASSEL NACH TARRAGONA

Wie viel Gemeinschaft braucht der Mensch?

Uwe Ciesla, Red. Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ● »Ich bin dann mal weg« sagte sich Hape Kerkeling und wanderte 2001 auf dem Jakobsweg nach Santiago de Compostela um 2006 mit einem Buch über eben diese Wanderung die Bestsellerliste zu stürmen. Mit einer recht ähnlichen aber doch anders gelagerten Geschichte wartet nun Steffen Andreae aus Kassel auf. Auch er ging auf eine Wanderung nach Spanien. Etwas später als Kerkeling, aber noch deutlich vor Erscheinen von dessen Buch machte sich Andreae im Jahre 2004 auf den Weg von seinem Wohnort Kassel nach Tarragona in Spanien.

Sein Ziel hatte er nicht aufgrund einer Jahrhunderte alten Pilgertradition ausgewählt sondern aus persönlichen Gründen: In Tarragona wohnt ein alter Schulfreund, zu dessen vierzigsten Geburtstag sich Andreae auf den Weg machte. Aber dennoch ist Andreaes Wanderung nicht weniger ambitioniert, als die vieler anderer Pilgerer. »Wie viel Gemeinschaft braucht der Mensch?«, ist sowohl das Motto seiner Reise, als auch der Titel des darüber erschienen Buches. Denn auf seiner Reise besuchte Andreae 14 verschiedene Lebensgemeinschaften, vom Suchthilfeprojekt, über klösterliche oder spirituell-indianische Gemeinschaften bis hin zur Politkommune. So unterschiedlich die Zielsetzungen dieser Gemeinschaften sind, so eint sie doch die Überzeugung, dass der Traum vom besseren Leben nicht in einer Kleinfamilie oder einem Singlehaushalt zu realisieren ist, sondern nur zusammen mit anderen gleich gesinnten Menschen.

Steffen Andreae wohnt selbst in einer solchen Gemeinschaft, der Stadtkommune »Villa Lokomuna« in Kassel. Seine Erfahrungen daraus bringt er in die Schilderungen seiner Besuche bei den Gemeinschaften mit ein, die, wie er selbst zugesteht, aufgrund seiner kurzen Verweildauer, nicht mehr als einen kleinen subjektiven Einblick vermitteln. Und zwischendrin schildert er seine Erlebnisse mit den Menschen auf der Straße, philosophiert über Politik, die Gesellschaft, das Leben, die Liebe aber auch darüber wo er die aktuellen Spielergebnisse des SC Freiburg oder das letzte Bier vor dem Besuch des Suchthilfeprojektes herbekommt.

Aber über allem steht für ihn die Frage, wie er selbst leben möchte und ob seine Heimatkommune in Kassel weiterhin der richtige Ort für ihn ist. Mit der Hoffnung, die Antwort auf diese Frage zu finden, strebt er seinem Ziel in Spanien entgegen. Nach Kilometern (2.500 zu 600) und Tagen (290 zu 42) hat er dabei Kerkeling letztendlich lokker überrundet. Mit den Verkaufszahlen wird er es wohl kaum schaffen, denn Andreae ist weder TV-Entertainer noch ein berühmter Schriftsteller und hat keinen großen Verlag im Rücken, sondern bringt seine Erzählung im Selbstvertrieb in den Buchhandel.

Dort ist es unter ISBN 9783833491009 zu bestellen oder übers Internet direkt bei Steffen Andreae unter www.kommunetour.de/buch.html zu beziehen.●

Anzeige

5. LINKEBUCH TAGEBERLIN

22. bis 24. Juni 2007 in Berlin
Mehringhof, Gneisenaustr. 2a
http://linkebuchtage.de

STADTTEILGENOSSENSCHAFTEN

Multistakeholdergenossenschaften

Stärke in der Vielfalt

– Stadtteilgenossenschaften bündeln Engagement vieler Interessengruppen

Im Unterschied zu anderen Genossenschaftstypen sind unter dem Dach einer Stadtteilgenossenschaft viele sehr unterschiedliche Akteure zusammengeschlossen. Kunden, Förderer, Beschäftigte, Unternehmer, Kommunalvertreter etc. versuchen gemeinsam den Stadtteil, in dem sie leben, wirtschaftlich und sozial attraktiver zu gestalten. Dies erhöht aufgrund der verschiedenen Interessen die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, bietet aber durch das Zusammenführen sehr unterschiedlicher Fähigkeiten und Kompetenzen auch die Chance, etwas zu bewegen, wo ansonsten oft schon seit Jahren Stillstand oder gar Niedergang das Bild prägte.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Stadtteilgenossenschaften können ideale Organisationsformen bei der Umsetzung der gemeinsamen Ziele zur Umsetzung integrierter Stadtentwicklungskonzepte sein. In ihnen liegen Chancen, Beschäftigungswirkungen zu erzielen und durch ein hohes Identifikationspotenzial der Mitglieder mit ihrem Stadtteil Anstöße zu sozialen Veränderungen und wirtschaftlichen Entwicklungen zu geben. Im Unterschied zu anderen Genossenschaftsformen liegt bei Stadtteilgenossenschaften eine größere Heterogenität der Mitglieder vor. Sie können deshalb auch als Multistakeholdergenossenschaften bezeichnet werden. Ihre Besonderheit ist: Zwei oder mehr Gruppen mit unterschiedlichen, wenn nicht sogar zumindest teilweise gegensätzlichen Förderinteressen agieren unter einem organisatorischen Dach. Keine der beteiligten Gruppen gibt dabei ihre Identität auf.

Was steckt dahinter?

In Verbindung mit dem § 1 des Genossenschaftsgesetzes lassen sich Stadtteilgenossenschaften charakterisieren als stadtteilorientierte »Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb fördern«. Sie erbringen (Dienst-)Leistungen für Mitglieder oftmals auch der Allgemeinheit und sind gekennzeichnet durch eine unabhängige Unternehmensführung mit demokratischen Entscheidungsstrukturen. In Stadtteilgenossenschaften schließen sich zwei oder auch mehr Gruppen mit unterschiedlichen Förderinteressen in einem überschaubaren Raum (Gemeinwesen) zusammen zur nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort. Kennzeichen sind die Verbindung von:

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

- Gemeinwesenarbeit mit lokaler Ökonomie
- Wirtschaftliche Tätigkeiten mit sozialen Funktionen
- Bürgerengagement mit wirtschaftlicher Selbsthilfe
- Gemeinnütziger Charakter mit Ertragsorientierung
- Umsetzung integrierter Stadtteilkonzepte mit Interesseneinbindungen
- Nutzung und Erweiterung sozialen Kapitals mit externer Unterstützung

Besondere Chancen

Die Entwicklung von Multistakeholdergenossenschaften stellt keine Ausnahmesituation dar. Sie kann sowohl auf EU-Ebene und als auch in Deutschland verstärkt beobachtet werden. Sie verkörpern ein erheblich breiteres Spektrum von Interessen als die herkömmlichen (mitgliederorientierten) Genossenschaften oder die (investororientierten) Kapitalgesellschaften. Damit verbunden sind zahlreiche Probleme und Chancen. Folge der Interessenvielfalt kann eine Verschärfung möglicher Konfliktmuster sein. Für die wirtschaftliche Kooperation größerer gleichberechtigter Gruppen sind Konflikte insbesondere in der Aufbau- und Entwicklungsphase oftmals »typisch«.

Gleichzeitig sind mit solchen Kooperationsansätzen aber auch Chancen auf besondere Synergien verbunden. Zwei oder mehr Gruppen mit unterschiedlichen Fähigkeiten oder Kompetenzen arbeiten eng innerhalb einer Organisationsstruktur zusammen. Indem klassische »sozialarbeiterische Klientelgruppen« als gleichberechtigte Partner anerkannt werden und damit eine persönliche Aufwertung erfahren, können bei diesen Engagement und Einsatzbereitschaft freigesetzt werden, die in anderen Formen der individuellen Betreuung weniger wahrscheinlich sind. Allerdings ist festzuhalten, dass über die besonderen Chancen und Schwierigkeiten dieses Genossenschaftsansatzes bisher vergleichsweise nur wenig Wissen vorliegt, da erst etwa zehn bis fünfzehn Gründungen realisiert wurden und diese alle neueren Datums sind.

Projektgruppentreffen der Sonnenberg eG Foto: Sonnenberg eG

Wirtschafts- und Sozialorganisation

Der Doppelcharakter einer Genossenschaft beinhaltet, dass jede Genossenschaft Sozial- und Wirtschaftsorganisation zugleich ist. Dies ist im Hinblick auf den Förderauftrag mit Konsequenzen verbunden. Als Wirtschaftsorganisation muss eine Genossenschaft wie jedes andere Unternehmen am Markt agieren: wirtschaftlich handeln. Die Mitglieder als Kapitaleigentümer haben in dieser Rolle andere Interessen, als wenn sie ihre Rolle als Beschäftigte, Gewerbetreibende, Bewohner oder PolitikerInnen ausfüllen. Eine Berücksichtigung dieser Interessen erfolgt in der Sozialorganisation, in der sie ihre Berücksichtigung unter dem spezifischen zu fördernden Mitgliederblickwinkel und nicht als Eigentümer erfahren sollten. Das erfordert eine Präzisierung des Förderauftrags für die relevanten Mitgliedergruppen in jeder Stadtteilgenossenschaft, indem die unterschiedlichen Anforderungen beachtet werden:

● Sind die Mitglieder BewohnerInnen eines Stadtteils, so besteht der Nutzen in der Aufwertung des Stadtteils und der Schaffung von Kommunikationsmöglichkeiten.
● Sind die Mitglieder Kleingewerbetreibende und EinzelhändlerInnen, so erfahren diese einen Nutzen durch Verbesserung der Kaufkraft und der Vermittlung von Aufträgen, also der Stärkung der lokalen Ökonomie.
● Sind die Mitglieder ehemals Arbeitslose und nun Beschäftigte der Genossenschaft so erfahren sie ihre Förderung durch die Schaffung von Arbeitsplätzen, der Beteiligung an der Leitung ihres Unternehmens und in einer adäquaten Vergütung ihrer Arbeitsleistungen.
● Sind die Mitglieder soziale Institutionen und Politiker, so werden diese gefördert, wenn sie einen Imagegewinn durch die Umsetzung erfolgreicher Modellprojekte erfahren.

Interessensvielfalt beachten

Diese unterschiedlichen Förderungsaufgaben lassen mögliche Schwachpunkte erkennen, durch die das Engagement der verschiedenen Mitglieder in Stadtteilgenossenschaften auf Dauer negativ tangiert sein könnte. Trotz der demokratischen Struktur bleibt die Einschätzungsmöglichkeit, in welchem Maße die Interessen und Bedürfnisse der verschiedenen Mitgliedergruppen erfüllt werden, oftmals eine subjektive Ermessensfrage. Denn bei der Überprüfung der Verwirklichung förderwirtschaftlicher Aufgaben gab es schon immer Schwierigkeiten. Entsprechend besteht die Gefahr, dass sich nach der Anfangseuphorie ein großer Teil der Mitglieder zurückzieht.

Ein »légerer« Umgang mit den genossenschaftlichen Grundsätzen wie dem der Förderung der Mitglieder ist in der Gründungs- und Aufbauphase von Stadtteilgenossenschaften legitim. Dies gilt nicht zuletzt aufgrund des politischen nach außen gerichteten Selbstverständnisses, der faktischen Überforderung der GründerInnengruppe und der Eigendynamik solcher Gründungen. Je früher allerdings die Promotoren der Genossenschaft sich darüber im Klaren sind, dass darin eine gewisse Sprengkraft steckt, desto schneller können sie entsprechend vorbeugend handeln.

Gegensteuern lässt sich unter anderem durch ein gemeinsames Leitbild, in dem sich alle Mitgliedergruppen wiederfinden. Die Leitbilderarbeitung und dessen Verabschiedung als verbindliche Ergänzung der Satzung verhindert, einen zu komplexen Förderauftrag verfolgen zu müssen. Durch gemeinsam entwickelte ideelle Förderziele werden Gegensätze überbrückt oder zumindest relativiert. Indem das Schaffen von Arbeit, die Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil oder andere soziale Ziele als Selbstverständnis verfolgt werden, lassen sich ökonomisch divergierende Interessen leichter unter ein gemeinsames genossenschaftliches Dach zusammenhalten.

Stabilisierende Regelungen

In Frankreich wurden 2001 mit der *Genossenschaft für Gemeininteressen* Regelungen für diese in das allgemeine Rahmengesetz für Genossenschaften von 1947 eingefügt. Diese Erweiterung zeigt, wie die Entwicklung von Stadtteilgenossenschaften weitergedacht werden kann. Eine Mustersatzung, in der nachfolgende Vorschläge eingearbeitet sind, könnte Stadtteilgenossenschaften helfen, strukturelle Fehler zu vermeiden. Neugründungen würde damit ein Handwerkszeug zur Verfügung gestellt, dass ihre Gründung erleichtert und sie gleichzeitig für Problempunkte der Unterschiedlichkeit der Mitglieder sensibilisiert. Ihnen kann es so leichter gelingen, sich als Symbol für Bürgerengagement und Selbsthilfe in einer Region dauerhaft zu etablieren. Dazu gehören:

● Zweckerweiterung über die wirtschaftliche Förderung der Mitglieder hinaus, indem Stadtentwicklung oder die Schaffung von Arbeitplätzen gleichberechtigte Zwecke werden.
● Erweiterung des Mitgliederkreises auf nicht nutzende, insbesondere fördernde Mitglieder und bei Interesse an einem stärkeren Wachstum auch auf Investorenmitglieder.
● Gemeinnütziger Charakter dieser Genossenschaften, ohne die Gemeinnützigkeit im steuerlichen Sinne tatsächlich zu beantragen, da dies bürokratischen Aufwand bedeutet.
● Besondere Regelungen der Überschussverwendung und Reservenbildung, die das Einhalten einer beschränkten Gewinnverteilung sichern und nach außen dokumentieren.
● Erweiterung des Kreises der Mitglieder um ehrenamtliche Helfer, Begünstigte, Arbeitnehmer der Genossenschaft und Vertreter von privaten und öffentlichen Fördereinrichtungen (Multistakeholder-Genossenschaft).
● Eine Regelung über die Stimmrechte, die einen Interessenausgleich zwischen den unterschiedlichen Mitgliederkategorien ermöglicht.
● Regelungen über die Wählbarkeit der Vertreter der verschiedenen Mitgliederkategorien für Ämter in der Genossenschaft und über die Vereinbarkeit von Mandat und Arbeits- bzw. Dienstvertrag.
● Sicherung der periodischen Prüfung nicht nur der Finanzen und Geschäftsführung, sondern auch der Erreichung der öko-sozialen Zwecke, beispielsweise durch ein Öko- oder Sozial-Audit bzw. einen Förderplan und eine Förderbilanz.●

Politisches Engagement als Unternehmensaufgabe *

Strategien und Perspektiven der Stadtteilgenossenschaft Wedding in Berlin

Gegenwärtig die älteste und erfahrenste Stadtteilgenossenschaft in Deutschland ist die Stadtteilgenossenschaft Wedding. Sie wurde am 18.10.2000 von 37 Bewohnern, Arbeitslosen, gemeinnützigen Organisationen und lokalen Betrieben als "soziales Unternehmen" gegründet. Im Januar 2006 hatte die Genossenschaft 90 Mitglieder, im Wirtschaftsnetzwerk kooperieren 19 Mitgliedsbetriebe und im Stadtteil werden mehrere Partnerschaftsprojekte zur nachhaltigen Quartiersentwicklung durchgeführt. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen und um für die Zukunft eine stabilere Struktur zu bekommen agiert die Stadtteilgenossenschaft gegenwärtig in folgenden für sie unternehmenspolitisch wichtigen Bereichen:

● Die Stadtteilgenossenschaft Wedding eG beteiligt sich an Diskussionen, wie z.B. die Bereitstellung von Praktika, die Einrichtung von Ausbildungsplätzen, die Einstellungen von Langzeitarbeitslosen, die Förderung der lokalen Ökonomie oder die Kooperation mit gemeinnützigen Trägern vor Ort bei öffentlichen Ausschreibungen berücksichtigt werden können. Grundlage hierfür bietet die EU-Richtlinie 2004/18/EG vom 31.03.2004, Artikel 26: »Die öffentlichen Auftraggeber können zusätzliche Bedingungen für die Ausführung des Auftrags vorschreiben, sofern diese mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar sind und in der Bekanntmachung oder den Verdingungsunterlagen angegeben werden. Die Bedingungen für die Ausführung eines Auftrages können insbesondere soziale und umweltbezogene Aspekte betreffen.«
● Das SprengelHaus ist ein »interkulturelles Gemeinwesenzentrum mit Gesundheitsförderung« im Sprengelkiez. Mit dem genossenschaftlichen Erwerb sollen im Zusammenwirken mit dem Quartiersmanagement Sparrplatz zum einen die gemeinwohlorientierten Aktivitäten für das Quartier nachhaltig gesichert werden. Zum anderen soll der Erwerb das entstandene Unterstützungsnetzwerk stabilisieren, in dem Übergänge zwischen Bürgerschaftlichem Engagement, Beschäftigungs- und Berufsintegrationsmaßnahmen und Arbeit in den lokalen Wirtschaftsunternehmen begleitet werden. Maßgebliche Partner in diesem Netzwerk sind die Organisationen Gemeinsam im Stadtteil e.V., Kommunales Forum Wedding e.V., Aktiv im Kiez e.V. und die Stadtteilgenossenschaft Wedding eG.
● Umsetzung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors: Die Stadtteilgenossenschaft hat im Zusammenwirken mit dem Unterstützungsnetzwerk im SprengelHaus beispielhafte Methoden und Instrumente (Integrationsstufenmodell) entwickelt, um vor Ort Langzeitarbeitslose gezielt in sinnvolle Beschäftigungsfelder zu vermitteln. Hier ist eine Trägerstruktur entstanden, die durch einen Finanzierungsmix aus wirtschaftlicher und gemeinwohlorientierter Tätigkeit dauerhafte Arbeitsplätze in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor organisieren könnte. Die Stadtteilgenossenschaft wird sich daher mit Vorschlägen an den Diskussionen zur Umsetzung der Koalitionsvereinbarung in Berlin beteiligen.
● Die Höhe der Geschäftsanteile der Stadtteilgenossenschaft Wedding wurde bei der Gründung auf 50 Euro pro Anteil festgelegt, um allen Interessierten die Mitgliedschaft zu ermöglichen. Dies hat in der Folge zu strukturellen Liquiditätsproblemen geführt, die insbesondere durch die Strukturen des Bausektors mit hohen Risiken verbunden sind. Die Stadtteilgenossenschaft sucht in Berlin daher dringend verlässliche Partner aus der Wohnungswirtschaft und bundesweit fördernde Mitglieder, die die Ziele der Stadtteilgenossenschaft unterstützen wollen.●

Kontakt: Willy Achter, Stadtteilgenossenschaft Wedding eG, Sprengelstr. 15 in 13353 Berlin
Tel. (0 30) 45 49 04 44, Fax 45 49 04 44
info@stadtteilgenossenschaft-wedding.de
www.stadtteilgenossenschaft-wedding.de

* Ausschnitte aus dem Vortrag von Willy Achter zur Jahrestagung Stadtteilarbeit in Hannover 2006

STADTTEILGENOSSENSCHAFT SONNENBERG

Multistakeholdergenossenschaften

Bürgerarbeit aktivieren

– Netzwerk für bessere Lebensqualität

Die Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg eG konnte sich als einer der wichtigen Akteure im Stadtumbau in Chemnitz sowohl bei den Wohnungsunternehmen, bei der Stadtverwaltung als auch bei anderen Partnern eine große Akzeptanz erwerben. Nach nunmehr eineinhalbjähriger Geschäftstätigkeit zieht das Unternehmen bereits eine erste positive wirtschaftliche Bilanz. Damit verbessern sich wiederum – dem Zweck der Stadtteilgenossenschaft entsprechend – die Möglichkeiten für kulturelle und soziale Projekte und Aktivitäten.

Winfried Haas / Elke Koch, Red. Genossenschaften ● Der Stadtteil Sonnenberg in Chemnitz ist ein in der Gründerzeit entstandenes und zentrumsnah gelegenes Stadtviertel mit etwa 14.500 Einwohnern. Mittlerweile sind etwa drei Viertel der in der Gründerzeit errichteten Wohnhäuser saniert. Gleichzeitig ist nicht zu übersehen, dass von wachsenden Wohnungsleerständen auch dieser Stadtteil betroffen ist. Etwa jede dritte Wohnung steht leer. Verschiedene Untersuchungen verdeutlichen für den Stadtteil Sonnenberg einen erheblichen Entwicklungsrückstand gegenüber anderen Stadtteilen und der Gesamtstadt.

Für die Perspektive des Sonnenbergs ist das fest verwurzelte Negativ-Image in der Chemnitzer Bevölkerung ein Entwicklungshemmnis. Vor diesem Hintergrund entstand ein Aktionsbündnis sehr unterschiedlicher Akteure zur Stabilisierung und Aufwertung des Sonnenbergs: Stadtverwaltung, Wohnungsunternehmen, die Chemnitzer Agenda 21 und viele Akteure aus dem Stadtteil. Entscheidend war die Erkenntnis, dass bei der Entwicklung und Umsetzung einer neuen Handlungsstrategie für mehr Wohn- und Lebensqualität die Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden müssen.

Längerer Vorbereitungsprozess

Auf dem Sonnenberg sind gemäß dem beschlossenen aktualisierten Stadtentwicklungsprogramm in den kommenden Jahren umfangreiche Stadtumbaumaßnahmen zu erwarten. In diesem Zusammenhang wurde deutlich, dass – ungeachtet der bereits vorhandenen vielgestaltigen Gemeinwesenaktivitäten – ein kompetenter Akteur im Stadtteil fehlt. Wichtige Anforderung an diesen ist, sich den vielfältigen Herausforderungen des Stadtteilmanagements und Stadtteilmarketings in den anstehenden Veränderungsprozessen zu stellen und den vorhandenen Defiziten durch ein wirtschaftlich tragfähiges Dienstleistungsangebot entgegenzuwirken.

Aus der Frage, wer dieser kompetente Akteur sein könnte, entwickelten die Chemnitzer Agenda 21, Stadtverwaltung und innova eG im Herbst 2004 gemeinsam die Idee für eine Stadtteilgenossenschaft. Sie soll Arbeitsplätze schaffen und gleichzeitig wirtschaftlich und sozial engagiert auf dem Sonnenberg arbeiten. Die Initiatorengruppe favorisierte von Beginn an die genossenschaftliche Rechtsform. Ausschlaggebend dafür waren folgende Argumente: Die Genossenschaft ermöglicht eine zukunftsweisende Perspektive für die Förderung gemeinschaftlicher Interessen und für die Chancengleichheit der sehr unterschiedlichen Mitglieder. Zudem stärkt diese Rechtsform zugleich die Motivation der Beteiligten als Miteigentümer und deren Selbstverantwortung.

Von der Idee zur Umsetzung

Für diesen Ansatz war es ein Glücksfall, dass die Unterstützungsmöglichkeiten der innova eG im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL zur Verfügung standen. Die Idee wurde als Modellprojekt der innova – Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften – aufgenommen. Die innova eG war bereits bei einer Reihe von Genossenschaften Partner im Vorbereitungs- und Gründungsprozess und unterstützte das Vorhaben in Chemnitz mit einem erfahrenen genossenschaftlichen Projektentwickler.
Am 30. September 2004 wurde das Genossenschaftsprojekt in einer öffentlichen Veranstaltung der Chemnitzer Agenda 21 den BürgerInnen im Stadtteil Sonnenberg vorgestellt. Die Resonanz war überwältigend. Im Rahmen einer moderierten Ideen-Werkstatt wurden im November 2004 unter breiter Beteiligung von Personen und Institutionen mögliche Geschäftsfelder für eine Stadtteilgenossenschaft identifiziert. Eine Projektgruppe begleitete den weiteren Umsetzungsprozess. Das Besondere an der Projektgruppe war das Netzwerk sehr verschiedener Akteure, die sich für das Vorhaben engagierten, u.a. verschiedene Ämter der Stadtverwaltung, Wohnungsunternehmen, Vertreter von Parteien, Vereinen, Kirchen sowie Gewerbetreibende im Stadtteil, MigrantInnen, BürgerInnen.

Mit Unterstützung der Agentur für Arbeit wurden zwölf zuvor arbeitslose Frauen und Männer in den Gründungsprozess eingebunden. In der von den Europäischen Sozialfonds (ESF) geförderten projektbegleitenden Fortbildung »Fit für die Genossenschaft« konnten sie das notwendige Know-how erwerben. Sie wurden beim finden von Geschäftsideen sowie der Erstellung des Unternehmenskonzeptes unterstützt und für eine Beschäftigung auf verschiedenen Geschäftsfeldern in der künftigen Genossenschaft vorbereitet. Parallel zur Fortbildung arbeiteten die TeilnehmerInnen an der Entwicklung der Geschäftsfelder sowie der Vorbereitung der Genossenschaftsgründung. Ergänzend unterstützten vielfältige öffentliche Aktionen und Maßnahmen den Gründungsprozess wie Stadtteilfest, Info-Veranstaltungen mit Vereinen, begleitende Pressearbeit.

Start der Genossenschaft

Die Gründung der Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg eG erfolgte am 29.06.2005. An diesem Tag unterzeichneten 26 Personen die Gründungsurkunde. Auf der Veranstaltung konnte man diejenigen treffen, die den Entwicklungsprozess der Stadtteilgenossenschaft begleitet haben und bis heute wichtige Partner sind: die großen Wohnungsunternehmen des Stadtteils – die Sächsische Wohnungsgenossenschaft Chemnitz eG und die städtische Gebäude- und Grundstücksgesellschaft mbH –, Vertreter der Kirchen, des DGB, der Parteien, der Chemnitzer Agenda 21, der innova eG, der Stadtverwaltung, des Mitteldeutschen Genossenschaftsverbandes, von Vereinen, sozialen Institutionen sowie Gewerbetreibende und engagierte Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils. Nicht alle wurden Mitglieder – aber Partner oder auch Auftraggeber der Stadtteilgenossenschaft blieben sie bis heute.

In der anlässlich der Gründungsversammlung beschlossenen Satzung sind die Ziele der Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg eG folgendermaßen formuliert:

● die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder durch einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb,
● die Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere für am Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen sowie
● eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil Sonnenberg, insbesondere durch die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und städtebaulichen Entwicklung.

Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg eG: Nachbarschaftsfest Mai 2005 Foto: Winfried Haas

Geschäftsfelder der Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg eG

Bürger-Service-Zentrum

- Bekanntmachung von Stadtteilaktivitäten
- Informationen zum Stadtumbau - Materialausgabe
- Sprechstunde des Sanierungsträgers
- Herausgabe von Veröffentlichungen – Stadtteilzeitung, Sozialatlas, Geschichts-CD…
- Offenes Büro – Ansprechpartner für Bürgerfragen
- Zusammenarbeit mit Partnern aus dem Stadtteil, Stadtteilrunde – u.a. Veranstaltungen, Aktionen
- Organisation von Bürgergesprächen zu aktuellen Themen
- Mitarbeit in der Lenkungsgruppe zu Leitprojekten des Stadtumbaus

Wohnungsnahe Dienstleistungen

- Hausmeistertätigkeiten
- Grünpflege
- Aus- und Umzugshilfe
- Umzugsbetreuung der Mieter
- Abrissvorbereitungsarbeiten
- Kleintransporte
- Haushaltshilfe
- Einkaufshilfe
- Kleinreparaturen

Ein wesentlicher Aspekt in der Gründungsphase ist die Zusammenarbeit mit einem gemeinnützigen Verein – dem Nachhall e.V. Durch gemeinsame Nutzung von Räumen und Technik wurden die Startbedingungen für die Stadtteilgenossenschaft erleichtert. Anders wären solche Kosten in der Startphase nicht zu finanzieren gewesen. Gleichzeitig wurden durch den Verein eigene Gemeinwesenaktivitäten gestartet.

Im Frühjahr 2005 nahm der Stadtteil erstmalig am Europäischen Nachbarschaftstag teil. Dieser wurde vor Ort mit der Chemnitzer Agenda 21 gemeinsam organisiert und gestaltet. Mittlerweile konnte er sich zum alljährlichen Ereignis im Stadtteil etablieren. Inzwischen knüpfen die Genossenschaftler vom Sonnenberg weitere Kontakte im Stadtteil und verbreitern die Aktionsbasis. Die genannte Stadtteilrunde – ein Netzwerk von Trägern der Jugendarbeit – ist einer der festen Partner bei Gemeinwesenaktivitäten.

Rolle beim Stadtumbau

Bei Fragen der Stadtteilentwicklung und des Stadtumbaus spielt die Stadtteilgenossenschaft inzwischen eine zentrale Rolle. Mit ihren auf der Grundlage fundierter Markt- und Bedarfsanalysen konzipierten Geschäftsfeldern entspricht die Genossenschaft wesentlichen Handlungsbedarfen für die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität im Quartier.

Die in der Graphik aufgeführten Geschäftsfelder dokumentieren die breite Palette des Arbeitsspektrums der Genossenschaft. Dabei ergeben sich aus der beschriebenen Akteursvielfalt mit den unterschiedlichen Kompetenzen und Qualifikationen der Mitglieder und der Mitarbeiter viele Vorteile. Hauptfelder im Dienstleistungsbereich sind die Abrissvorbereitungen im Rahmen der Stadtumbaumaßnahmen sowie Hausmeistertätigkeiten. Die Stadtteilgenossenschaft übernimmt im Zuge des Abrisses von leerstehendem Gebäude eine Reihe von Arbeiten von den Wohnungsunternehmen.

Eine positive Entwicklung zeichnet sich bei der Arbeit im Bürger- und Service-Zentrum ab. Die Problematik und die Chancen des Stadtumbaus werden hier durch Öffentlichkeitsarbeit den Bürgern bekannt gemacht. Mit Gesprächsangeboten und Veranstaltungen, organisiert von Stadtverwaltung und Stadtteilgenossenschaft sowie anderen Aktiven, werden Beteiligungschancen eröffnet. Diese Arbeit ist im Moment nicht rentierlich, sondern eher mit viel ehrenamtlichem Engagement verbunden. Ohne die Unterstützung durch den Nachhall e.V. bei den Gemeinwesenaktivitäten und den damit verbundenen organisatorischen Angelegenheiten wäre der Umfang an Arbeiten nicht zu bewältigen.

Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung

Zurzeit werden die Räume neben dem Nachhall e.V. vor allem von einem Verein russischsprechender Migranten sowie vom Sanierungsträger des Sonnenberges für Sprechstunden und Veranstaltungen genutzt. Weitere Vereine nutzen den integrierten Veranstaltungsraum für Projektarbeiten. So bildet sich um das Raumangebot herum ein Netz von Kontakten und Nutzern. Eine gute Öffentlichkeitsarbeit ist gerade für Identifizierungsmöglichkeiten und zur Verdeutlichung der Stärken des Stadtteils wichtig. Im Juni 2006 erschien eine erste Ausgabe der Stadtteilzeitung »Sonnenberger«, eine von der Stadtteilgenossenschaft herausgegebene Informationsplattform. Im September 2006 wurde ein Sozialatlas des Stadtteils veröffentlicht. Er bietet eine Übersicht über die in diesem Bereich vorhandenen Angebote und Kontaktstellen. Eine CD zur Veranschaulichung der Geschichte des Stadtteils vervollständigt die Palette der Veröffentlichungen.●

Kontakt: *Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg eG, Sonnenstraße 37, 09130 Chemnitz*
Tel.: (03 71) 433 16 69
genossenschaft@sonnenberg-chemnitz.de
www.sonnenberg-chemnitz.de

SBS SOZIALER BETRIEB SULZBACH

Multistakeholdergenossenschaften

Experiment in der sozialen Stadtentwicklung: Genossenschaft schafft Arbeitsplätze

In der saarländischen Kleinstadt Sulzbach gibt es aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit vielfältige Projekte und Maßnahmen der Beschäftigung, Qualifizierung und Fort- und Weiterbildung verschiedenster Träger. Neu ist nun ein kooperatives Unternehmen in der lokalen Ökonomie. Es versteht sich als ein Experiment in der sozialen Stadtentwicklung, als Not-wendiges Experiment in überschaubarem lokalem Raum.

Albert Ottenbreit, Red. Genossenschaft ● In der Stadt Sulzbach mit ca. 17.800 EinwohnerInnen ist die Arbeitslosigkeit mit fast 1.100 registrierten Arbeitslosen bzw. 18% überdurchschnittlich hoch. Die Motivation, ein eigenes Experiment in Form einer Genossenschaft zu starten, ergab sich aus der Erfahrung, dass Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte mangels Arbeitsplätze eine Integration in den »ersten Arbeitsmarkt« oftmals nicht erreichen.

Das Projekt SBS

Das Projekt »Sozialer Betrieb Sulzbach«, SBS, entstand im Rahmen der sozialen Stadtentwicklung (Programme »Soziale Stadt« und »Lokales Kapital für soziale Zwecke«). Eine im Sommer 2004 gegründete Projektgruppe erarbeitete ein Betriebskonzept. Parallel wurden eine »Bestandsaufnahme der Lokalen Ökonomie in der Stadt Sulzbach« sowie eine quantitative und qualitative »Analyse der Arbeitslosigkeit in der Stadt Sulzbach« im Rahmen der Sozialberichterstattung erarbeitet. Seit Februar 2005 begleitet und unterstützt Prof. Dr. Nicole Göler von Ravensburg von der Fachhochschule Frankfurt/Main den Entwicklungsprozess zum »Sozialen Betrieb Sulzbach«.

Ziel des Betriebes ist die zusätzliche Schaffung sozialversicherungspflichtiger Erwerbsarbeitsplätze. Dies soll durch Kooperation sowie Kompetenz- und Ressourcenbündelung innerhalb der Stadt Sulzbach erreicht werden. Arbeitslose werden in bereits bestehenden Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten oder auch im SBS selbst gezielt auf Tätigkeiten im sozialen Betrieb vorbereitet. Die ganze »Stadtgesellschaft« mit ihren unterschiedlichen Akteuren (Kommune, Agentur für Arbeit und ARGE, Wohlfahrtsverbände, Qualifizierungs- und Beschäftigungsträger, Betriebe, Gewerkschaften, bürgerschaftliche Organisationen, ...) stellen sich bei diesem lokalen Experiment in einem überschaubaren Sozial- und Wirtschaftsraum der Herausforderung: Ökonomie soll sozialkulturell im örtlichen Gemeinwesen verankert werden.

Betriebstätigkeit begonnen

Der soziale Betrieb will Arbeitsplätze für (langzeit-) arbeitslose Personen in der Stadt Sulzbach schaffen. Mittelfristig wird eine Zahl von 30 Arbeitsplätzen im sozialen Betrieb angestrebt. Die Beschäftigten des Betriebes und auch die KundInnen und AuftraggeberInnen sollen Mitglieder der Genossenschaft sein (können). Gegründet wurde das Unternehmen als Genossenschaft am 15. Mai 2006. Zu den Gründungsmitgliedern gehören die Stadt Sulzbach, Stadtwerke Sulzbach GmbH, Arbeiterwohlfahrt Landesverband Saarland e.V., Caritasverband für Saarbrücken und Umgebung e.V., Diakonisches Werk an der Saar, Dorfinteressengemeinschaft Altenwald e.V. sowie 19 Einzelpersonen. Inzwischen ist die Genossenschaft in das Genossenschaftsregister eingetragen und Mitglied im für das Saarland zuständigen Genossenschaftsverband Frankfurt e.V.

Über eine Qualifizierungsmaßnahme wurde die Personalgewinnung für den Betrieb im Oktober 2006 eingeleitet. Im Dezember 2006 erfolgte die Erarbeitung eines Geschäftsplans für die Startphase, der vom Genossenschaftsverband geprüft wurde. Als Einstiegsgeschäftsfelder identifizierten die Akteure die Bereiche »Gebäudereinigung«, »Landschaftspflege« und »haushaltsnahe Dienstleistungen«. Weitere Geschäftsfelder sollen in späteren Phasen entwickelt werden. Die Betriebstätigkeit startete im Januar 2007. Sie soll schrittweise ausgeweitet werden – abhängig vom Umfang der zu beschaffenden Aufträge. Zurzeit (Mai 2007) hat die SBS eG vier vollzeit- und eine teilzeitbeschäftigte MitarbeiterInnen.

Finanzielle Situation

Zur Entwicklung des sozialen Betriebes sind als Starthilfe sowohl das Know-how und Aufträge als auch Sach- und Geldkapital der beteiligten lokalen Akteure (Stadt, Stadtwerke, Wohlfahrtsverbände) erforderlich. Ebenso werden

Vorbereitende Qualifizierung für die Arbeit in der Genossenschaft Foto: SBS eG

Möglichkeiten der Wirtschaftsförderung für eine Betriebsgründung sowie die verfügbaren Fördermöglichkeiten zur Einstellung von (Langzeit-)Arbeitslosen durch die Agentur für Arbeit sowie die ARGE Saarbrücken genutzt.

Von den Gründungsmitgliedern der Genossenschaft konnten zum Zeitpunkt der Gründungsversammlung 8.650 Euro als Geschäftsanteile in die Genossenschaft eingebracht werden (Pflichtanteile: 50 Euro für Einzelpersonen, 500 Euro für juristische Personen). Eine wichtige Unterstützung war ein Betrag von 56.000 Euro, der über die Aktion Arbeit im Bistum Trier vom Saarbrücker Katholikentag im Mai 2006 zur Verfügung gestellt wurde. Darüber hinaus brachten die Stadtwerke 10.000 Euro Startkapital ein, sowie einige Mitglieder erste Aufträge und anderweitige Unterstützung.

Gemeinwirtschaftlicher Marktbetrieb

Da die »Schaffung von Arbeitsplätzen« nicht gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung ist, muss sich die Genossenschaft als gemeinwirtschaftlicher Marktbetrieb ohne Steuererleichterungen bewähren. Dieser Herausforderung will sich der Betrieb offensiv stellen. Die Genossenschaft »Sozialer Betrieb Sulzbach / SBS« versteht sich als ein kooperatives Unternehmen mit verschiedenen wichtigen Akteuren der Stadtgesellschaft. Sie will die Genossenschaftsidee als solidarische Organisations- und Rechtsform des Wirtschaftens beleben helfen und als genossenschaftliches Netzwerk soziale und wirtschaftliche Ziele verbinden. Die Sulzbacher Genossenschaft ist angesichts massenhafter struktureller Arbeitslosigkeit ein Not – wendiges Experiment in überschaubarem lokalem Raum. Eine Erfolgsgarantie gibt es nicht.●

Kontakt: *SBS – Sozialer Betrieb Sulzbach eG, Grubenstraße 10, 66280 Sulzbach*
Tel.: (0 68 97) 84 10 60
E-Mail: info@sbs-eg.de
Internet: www.sbs-eg.de

NETZWERK WEHLHEIDEN – STADTTEILGENOSSENSCHAFT SOLL HANDWERKSBETRIEBE UNTERSTÜTZEN

Energisch regional!

Keine Festanstellungen, Kostenvermeidung durch unbezahlte Eigenleistungen bei der Vorbereitung, Erträge durch Provisionsgeschäfte bei Auftragsvermittlung können wichtige Schritte sein, um eine eigenkapitalschwache Stadtteilgenossenschaft behutsam »aufzurichten«. In Wehlheiden gehen Handwerker diesen Weg mit dem Ziel, die Wirtschaft vor Ort zu fördern und selbst dabei die Energien im mehrdeutigen Sinne für sich, für den Stadtteil und zugunsten der Umwelt zu nutzen.

Sabine Conti, Red. Genossenschaften ● Die Region Nordhessen liegt wirtschaftlich gesehen an den untersten Rängen des Westens (Arbeitslosenquote ca. 10%), doch haben die Einwohner eine hohe Affinität dazu. Als Neueinsteiger wird man in Kassel genau definiert: Der Ureinwohner nennt sich Kasseläner; wer in Kassel geboren ist darf sich Kasselaner nennen und die Zugezogen heißen schlicht und einfach Kassler. Essen tut man jedoch grüne Soße und ahle Wurscht, beäugt in diesem Jahr die Besucher der Dokumenta und liegt seit der Wende genau im Herzen Deutschlands.

Auftragsvermittlung als Geschäftsfeld

Wehlheiden liegt in Kassel und Kassel war viele Jahre lang die Metropole Deutschlands bezogen auf die Kneipendichte und da wundert es nicht, dass die Idee für die Stadtteilgenossenschaft im Umfeld einer solchen entstanden ist. Es ging darum eine wirtschaftliche und soziale Heimat zu finden und zwar genau da, wo man lebt und bleiben möchte. Die Initiatoren der Genossenschaft sind Handwerker, Selbstständige, Arbeitssuchende und Menschen aus Kassel.

Ziel der Genossenschaft und in der Präambel festgeschrieben ist: »die Entwicklung gemeinsamer zukunftsorientierter Arbeitsweisen, sowie die Absicherung und Erweiterung des sozialen Umfeldes von Bewohnerinnen und Bewohnern im Stadtteil Wehlheiden, Kassel, sowie Umland.« Der genossenschaftliche Arbeitsauftrag, in der Satzung festgehalten, lautet: »Die Genossenschaft unterstützt ihre Mitglieder, insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen durch: die Vermittlung von Aufträgen, Verkauf von Produkten auf dem Gebiet der Bau-, Gartenbau und Haustechnik; Das Anbieten von Arbeiten im Bereich des Energiesparens und der Energietechnik; Durchführung eigener Projekte im Bau- und Sanierungsbereich und Bürodienstleistungen für Mitglieder.«

Vorstand Netzwerk Wehlheiden eG i.G.

Kostenvermeidung in der Startphase

Glücklicherweise konnte die Entwicklung der Genossenschaft durch eine quagenoqualifizierte (Multiplikatorenfortbildung der innova eG) Genossenschaftsexpertin von Anfang an professionell begleitet werden. Mit Unterstützung durch den ZdK (Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften) gelang es so binnen einen Jahres die Genossenschaftsgründung zu bewältigen. Der Geschäftsanteil beträgt 200 Euro. Das Gründungskapital beträgt 1.800 Euro. Derzeit steht die Genossenschaft kurz vor der Eintragung.

Die Theorie ist einfach und leicht lassen sich in der Satzung Geschäftsfelder definieren. Wie aber setzt man diese um, wenn kein bis fast kein Startkapital vorhanden ist? Nach einigem auf und ab entschlossen sich die Genossen für einen sachten und vorsichtigen Einstieg und Aufbau der Genossenschaft. Es wird daher im ersten Jahr keine Festanstellungen geben, sondern es wird auf Eigeninitiative und Eigenleistungen gesetzt. Auch bei einer 50%-igen Förderung eines Arbeitsplatzes durch die Arbeitsverwaltung ist das Risiko zu hoch, durch das anfangs fehlende Eigenkapital in die Insolvenzgefahr zu geraten.

Die abgespeckte Ausgabenseite im ersten Jahr soll durch zwei Maßnahmen erwirtschaftet werden:

1. Regelmäßige Risikobeiträge der Genossen, die nachträglich in zinslose, rückzahlbare Kredite umgemünzt werden, falls die Finanzlage dies zulässt.
2. Provisionen für Vermittlung von Aufträgen, die über die Tische der Genossenschaft wandern. Dabei erhält derjenige, der den Auftrag besorgt eine Provision und der ihn bekommt zahlt. Die Differenz verbleibt in der Genossenschaft.

Konfliktbehandlung durch Mediation

»Weil's zumehrt leichter geht!« und weil man in Nordhessen beständig und stur ist – baut die Genossenschaft auf ein stetiges Wachstum und die Menschen der Region »Unsere Genossenschaft ist ein verbindlicher Zusammenschluss von Handwerksunternehmen, Freiberuflern, Dienstleistern und Privatmenschen.« Weil's auch mal kracht und im Getriebe knartscht, wenn viele sich zusammentun hat es sich in der Vergangenheit als vorteilhaft erwiesen, dass ein Mitglied des Netzwerks Mediatorin ist. Ein moderierter Prozess, der mögliche Konflikte im Fokus hat, ist Gold wert, insbesondere wenn auf genossenschaftliche Selbsthilfe und Eigenleistungen gesetzt wird.●

Kontakt: *Netzwerk Wehlheiden eG i.G., Schönfelderstr. 10a, 34121 Kassel*
Tel.: (05 61) 202 80 75

BUCHBESPRECHUNG

Multistakeholdergenossenschaften

Stadt – Gemeinde – Genossenschaft

Der Rechtshistoriker Gerhard Dilcher hat sich besonders zur Rechtsgeschichte der Stadt einen Namen gemacht. Viele ihrer Grundlagen sieht er in frühen genossenschaftlichen Strukturen angelegt. Nach seiner Auffassung dient die Genossenschaft »meist zur Bezeichnung einer gleichheitlichen, horizontalen Rechts- und Sozialbeziehung im Gegensatz zur vertikalen, herrschaftlich-obrigkeitlichen« (S. 371). Entsprechend bietet der Sammelband »Stadt – Gemeinde – Genossenschaft« unter historischem Blickwinkel einige spannende Erkenntnisse über die Grundlagen des Rechts der Stadt in genossenschaftlichen statt herrschaftlichen Vorläufern.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Gemäß dem Titel der Festschrift erfasst diese drei Teile mit Themen, die den hauptsächlichen Forschungsbereich des Jubilars abdecken. Der erste Teil konzentriert sich auf das Städtewesen. Der zweite Teil befasst sich mit Aspekten von Gemeinde und Genossenschaft.

Historische Grundlegungen

Interessante historische Einsichten vermittelt hier Karl H. L. Welker, der auf »Mösers Genossenschaftsbegriff« eingeht. Möser interessierte die Genossenschaft weniger als Rechtsform, sondern als historisch gegebene Vereinigung von Landeigentümern. In Mösers Auffassung lassen sich die heute zumindest in Deutschland noch prägenden Überlegungen der Abwehr staatlicher Einmischung und die ausgeprägte Betonung der Selbsthilfe erkennen (S. 216). Für Mösers Gesamtauffassung und Denken prägend war die Markgenossenschaft als Nutzungsgemeinschaften (S.217). Sie erinnern an die Allmende, indem die autark wirtschaftenden Bauern sich zur gemeinsamen Nutzung bestimmter Landstriche, der Marken, von Anfang an über Art und Umfang des individuellen Zugriffs einigten (S. 218).

Unter soziologischem Blickwinkel erscheint das Verständnis von Max Weber als prägende Persönlichkeit der deutschen Soziologie zu diesem Thema von besonderem Interesse. Jürgen Weitzel untersucht dies in dem Artikel »Max Webers Genossenschaft«. Weber hat keine Genossenschafts-, sondern eine Herrschaftssoziologie geschrieben. Der Begriff Genossenschaft kommt nur selten bei ihm vor. In seinen »soziologischen Grundbegriffen« definiert er als Genossen den Beteiligten an einer geschlossenen sozialen Beziehung (S. 362). Als Genossenschaft erscheint damit ein Verband, eine Gemeinschaft oder eine Gesellschaft, deren Sinngehalt oder geltende Ordnung die Teilnahme ausschließen oder beschränken oder an Bedingungen knüpfen (362f.). Damit ist Webers Genossenschaftsbegriff so weit, dass er nur über wenig Aussagekraft verfügt.

Aktuelle Veränderungen

Ein die Genossenschaft sehr detailliert und fundiert aufarbeitender Artikel in dem Sammelband stammt von Reiner Schulze. Er macht deutlich, dass Schulze-Delitzsch schon sehr früh, aufbauend auf Beseler und Gierke, den Genossenschaftsgedanken als Rechts- bzw. Legalbegriff einsetzt (S.226). Seinen Genossenschaftsbegriff nutzt er vehement zur Abgrenzung gegenüber altruistischen und wohlfahrtsstaatlichen Vorstellungen, die besonders mit der Tradition der Handwerker- und Arbeiter-Assoziationen auf christlich-karikativer oder frühsozialistischer Grundlage verbunden waren (S. 233). Auf diese Weise setzt Schulze-Delitzsch politisch sein Konzept der Selbsthilfe durch, das die »Unterstützung von fremder Seite her, Subventionen aus öffentlichen Mitteln, Zwang und Einmischung der Staatsbehörden« ausschließt (S.235).

Erst seit der Diskussion um die Europäische Genossenschaft verliert in Deutschland die Ausschließlichkeit dieses Ansatzes (S.246). Die fremdnützige, altruistische Ausrichtung wird ein weiteres mögliches Prinzip genossenschaftlichen Handelns (S. 249). Tatsächlich wird eine Synthese von Selbsthilfe-Konzept und fremdnützig-sozialer Tätigkeit zur wachsenden Realität in Deutschland. Auch die aktuelle Entwicklung bei den Sozial- und Stadtteilgenossenschaften verdeutlichen dies. Der Beitrag von Reiner Schulze schafft durch seine Aufarbeitung der historischen Entwicklung hierfür eine wichtige Verständnisgrundlage, ähnlich wie die anderen skizzierten Artikel des Sammelbandes.●

Albrecht Cordes, Joachim Rückert, Reiner Schulze (Hg.): Stadt – Gemeinde – Genossenschaft. Festschrift für Gerhard Dilcher zum 70. Geburtstag, Berlin 2003, 49,80 Euro

Wohnungsgenossenschaften und Stadtentwicklung

Vor dem Hintergrund des Konzepts des aktivierenden Staates stehen Wohnungsgenossenschaften mitsamt ihrer Prinzipien Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung wieder im Blickwinkel der Wohnungs- und Städtebaupolitik. Im ExWoSt-Forschungsfeld »Modelle genossenschaftlichen Wohnens« wurden verschiedene Ansätze, Wege und Strategien zu innovativen Konzepten der Wohnraumversorgung sowie zur Stärkung des Genossenschaftsgedankens bei der Stadt- und Quartiersentwicklung und -stabilisierung erprobt. Ein wesentliches Ergebnis ist, dass genossenschaftliche Wohnquartiere Stabilitätsfaktoren für eine soziale Stadt darstellen können. Dies wird im vorliegenden Heft an konkreten Beispielen nachgezeichnet. Auch das Thema Stadtteilgenossenschaften als Netzwerk zur nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil ist am Chemnitzer Beispiel (siehe Artikel im Schwerpunkt) ausführlich thematisiert.●

Burghard Flieger

BBR (Hg.): Wohnungsgenossenschaften und Stadtentwicklung, Berlin IzR 4.2007, 6 Euro (zzgl. Versand), zu bestellen: selbstverlag@bbr.bund.de

SBS
Sozialer Betrieb Sulzbach eG

... die Sulzbacher Genossenschaft
sozial.kooperativ.lokal.

TAGUNGSHINWEIS

Stadtteilgenossenschaften und Stadtumbau

Kooperativer Stadtumbau und gemeinschaftliche Stadtentwicklung unter Einbindung von Stadtteilgenossenschaften sind Thema einer Tagung, die am 06. und 07. Juli 2007 in Chemnitz stattfinden wird. Auf der Tagung erfolgt eine Verortung der Stadtteilgenossenschaften im Rahmen der Kooperativen Stadtumbau- und der gemeinschaftlichen Stadtentwicklung sowie eine genauere Ab- und Eingrenzung potentieller und realisierter Aufgaben von Stadtteilgenossenschaften, indem ein möglichst breites Spektrum der bisher arbeitenden Beispiele und ihrer Akteure zu Wort kommen.

Winfried Haas, Red. Genossenschaften ● Wichtiges Merkmal gemeinschaftlicher Stadtentwicklungsstrategien ist, neue Formen der Entscheidungsfindung und Prozessgestaltung zu erproben und dabei außerhalb der öffentlichen Verwaltung kompetente Akteure zu finden: Damit werden neue sozialinnovative Institutionen angesprochen, die zwischen Gruppierungen und dem politisch-administrativen System vermitteln und zentrale Problemlagen als eigenes Handlungsfeld aufgreifen. Sie sind gegenüber den Initiativen, Gruppen und Bewohnern dafür verantwortlich, dass deren unterschiedliche Interessen, Bedürfnisse und Ideen auch berücksichtigt werden.

Projekte anstoßen

Hier stößt die Stadtteilgenossenschaft als potentielle Institution auf stark wachsendes Interesse, da sie stärker als andere Ansätze ökonomische und soziale Aufgaben parallel verfolgt und gleichzeitig den Anforderungen des Empowerment und der Partizipation uneingeschränkt entspricht. Zweck einer Stadtteilgenossenschaft ist die wirtschaftliche und soziale Förderung ihrer verschiedenen Mitglieder. Sie tut dies durch die Bündelung und Konzentration ihrer Kräfte und die nachhaltige Tätigkeit und Wirkung ihres genossenschaftlichen Geschäftsbetriebes in einem überschaubaren Raum.

Stadtteilgenossenschaften können ideale Organisationsformen bei der Umsetzung der gemeinsamen Ziele zur Umsetzung integrierter Stadtentwicklungskonzepte sein. Dies ist der Fall, wenn es gelingt, das hohe Identifikationspotenzial der Mitglieder mit ihrem Stadtteil mit Beschäftigungs- und Arbeitsplatzwirkungen zu verbinden. Auf der Tagung erfolgt eine Verortung der Stadtteilgenossenschaften im Rahmen der Kooperativen Stadtumbau- und der gemeinschaftlichen Stadtentwicklung. Die Vielfalt der in Stadtteilzusammenhängen entstehenden Projektansätze wird unter anderem durch die Einbeziehung von Vorhaben aus anderen europäischen Ländern verdeutlicht. Abschließend werden die Bedingungen für eine schnellere und erfolgreiche Verbreitung von Stadtteilgenossenschaften aufgezeigt und zwar sowohl durch Maßnahmen auf lokalpolitischer als auch auf bundespolitischer Ebene.

Gemeinsame Veranstaltung

Veranstalter der Tagung sind die innova eG in Zusammenarbeit mit dem Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. (BzFdG e.V.), dem Europäisches Netzwerk der Städte und Regionen f. Sozialwirtschaft (REVES) und der Stadt Chemnitz. Unterstützt wird die Veranstaltung zudem von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Handlungsfelder – Beispiele – Akteure – Weiterentwicklung werden als wichtige Themenmodule behandelt. Die Veranstaltung versteht sich in der Tradition der Alternativen Genossenschaftstage, die einst vom Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie gestartet wurde.●

BUNDESVEREIN ZUR FÖRDERUNG DES GENOSSENSCHAFTSGEDANKENS e.V.

Programm:

Freitag, den 06. Juli 2007 von 14 bis 18.30 Uhr

Vorträge und Diskussion

Stadtteilgenossenschaften als Chance für die Wohnungswirtschaft?
Iris Beuerle, Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V.

Gemeinschaftliche Stadtentwicklung in Deutschland – Implementationshürden und Lösungswege für die Entwicklung von Stadtteilgenossenschaften
Prof. Dr. Susanne Elsen, Fachhochschule München

Herausforderungen sozialer Stadtentwicklung – Stadtteilgenossenschaften in der »Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt«
Albert Ottenbreit, BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit, Sulzbach

Stadtteilgenossenschaften in Europa
Rainer Schlüter, REVES Brüssel

Abends Kultur und Kommunikation
Eröffnung des Bürger-Service-Zentrums der Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg eG

Sonnabend, den 07. Juli 2007 von 9 bis 15 Uhr
Moderierte Arbeitsgruppen mit VertreterInnen von Stadtteilgenossenschaften und externer Zuhörerkreis

Workshop 1

Stadtumbau und lokale Ökonomie – Stadtteilgenossenschaften im Spannungsfeld von Gemeinwesen- und Mitgliederförderung
Moderation: Dr. Sonja Menzel, innova eG

Workshop 2

Stabilisierung von Stadtteilgenossenschaften durch Kooperation und Vernetzung
Moderation: Dr. Winfried Haas, innova eG

Workshop 3

Finanzierung von Stadtteilgenossenschaften im Spannungsfeld zwischen Bürgerstiftung, öffentlichem Zuschuss und Umsatz
Moderation: Hans-Gerd Nottenbohm, innova eG

Vorträge und Diskussion

Politik und Promotion – Stabilisierung und Verbreitung von Stadtteilgenossenschaften durch Unterstützungsstrukturen
Dr. Burghard Flieger, innova eG, Freiburg

Stadtumbau für nachhaltige Stadtentwicklung – eine Herausforderung für alle Akteure
Gabriele Sterzenbach, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin

Information und Anmeldung:
innova eG, Konstantinstr. 12, 04315 Leipzig
Tel: (03 41) 681 09 85, Telefax 681 17 86
E- Mail: winfried.haas@innova-eg.de
Web: www.innova-eg.de

EINE IDEE, WIE WIR BESSER LEBEN KÖNNTEN

Solidarität GmbH statt Ich AG

Vor ungefähr sechs Jahren verabschiedete die damalige rot-grüne Koalition die Agenda 2010 – und sich selbst damit von der Idee, den Sozialstaat in die globalisierte neue Weltordnung hinüberzuretten. Nachdem wir inzwischen fast in dem namensgebenden Jahr angelangt sind, fehlt es nicht an Bestandsaufnahmen, was das Resultat der Reformen nun sei. Eigentlich fällt das leicht und lässt sich kurz mit »Operation gelungen, Patient tot« zusammenfassen. Denn gelöst ist keines der Probleme, die meisten sind im Gegenteil größer geworden.

Gunter Kramp, Darmstadt ● Grund genug, den Blick auf eine Alternative zu richten, die noch weitgehend im Verborgenen gedeiht: Die Solidarität GmbHs (www.solidaritaet-gmbh.de). Sie treten auf der klassischen politischen Bühne nie auf. Doch bei vielen Arbeitsagenturen hängen die auffälligen Anzeigen:

> **Arbeitslos? Ja ist die Welt denn schon fertig ?**
> Innovatives Unternehmen sucht für attraktive selbstbestimmte Arbeit mit hoher Lebensqualität verantwortungsvolle, selbstbewusste MitarbeiterInnen. Angemessene Bezahlung und viele Vorteile: Unterkunft und Verpflegung frei, Kinderbetreungs- und Altenpflegeeinrichtungen vorhanden, Mitarbeiteranteile am Unternehmen, gleichberechtigte Beteiligung.

Hinter diesen Anzeigen steckt nicht etwa ein geschäftstüchtiger Unternehmer, der die Verzweiflung der Menschen zu Nepp oder Lohndumping ausnutzt, sondern eine neue Art zu wirtschaften – ja zu leben. Ich hatte die Gelegenheit mit einer der BegründerInnen dieser interessanten Gesellschaften zu sprechen.

Ich treffe sie in dem Café, das zur ältesten und größten Solidarität GmbH in Dresden gehört. Ein entspannt aufgeräumter Ort, an dem zwei Dinge auffallen: Die meisten Gäste brauchen gar kein Geld und auch ich werde nur aufgefordert nach Selbsteinschätzung etwas in die Kasse zu tun. Dafür räumen alle selbst ihr Geschirr in die Spülmaschine und helfen immer ein wenig mit. So auch Ioanne, die ich beim Reparieren der Kaffeemaschine antreffe, obwohl sie, wie sie mir erzählt, Politikwissenschaften studiert hat. Sie passt auch sonst nicht in die klassischen Klischees: Wie die inzwischen wiedererstarkten Marxisten scheut sie sich nicht das Wort Kapitalismus zu benutzen und grundsätzliche Kritik zu üben. Andererseits wirkt sie alles andere als dogmatisch oder gar ewiggestrig. Für die neue alte Linke hat sie denn auch kritische Worte übrig:

»Obwohl damals mit der Linkspartei endlich wieder Kapitalismuskritik auf der politischen Tagesordnung stand, waren wir unzufrieden mit dem Bestehenden. Wir haben in der Anti-Atom-Bewegung, im Widerstand gegen Krieg und Globalisierung so viele gute Ansätze für herrschaftsfreie Zusammenarbeit kennengelernt. Immer wieder fragten wir uns, wie wir sie in unseren Alltag übertragen könnten.«

Anfangs träumten sie noch von der Revolution, doch später änderte sich das: *»Irgendwann merkten wir, dass das größte Hemmnis das selbst gesetzte Dogma von der Unmöglichkeit des richtigen Lebens im Falschen ist.«*

Sie hatten ja immerhin den Vorteil, von den Erfahrungen derer profitieren zu können, die auf verschiedenen Wegen versucht hatten an die Macht zu kommen: den Revolutionären und Reformern. John Holloway hatte bereits geschrieben: Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen. Nur wie sollte das konkret aussehen? Die Perspektivlosigkeit der Linken war und blieb das wichtigste Fundament des Neoliberalismus. Die spannenden Aufstände gab es an der Peripherie des Imperiums, etwa die zapatistische Erhebung im mexikanischen Chiapas. Doch neben universalen Ideen wie »Fragend voran« gaben die Zapatisten den Menschen in den Zentren auch eine schwierige Hausaufgabe: Ihren eigenen Weg zu finden statt immer nur »solidarisch mit den Unterdrückten« zu sein.

Konkreter als John Holloway wurde dann Christoph Spehr in seiner »Grundlegung der Freien Kooperation«. Das alles prägte die GründerInnen. Ioanne erzählt:

»Zugleich hatten wir auch die Möglichkeit diese Ideen praktisch zu erproben. Denn der Jugendumweltkongress JUKSS, ursprünglich von den Umweltverbänden organisiert, entwickelte sich in den neunziger Jahren immer mehr zu einem Experiment in Selbstverwaltung und freier Kooperation.«

Im Laufe der Jahre wurde dort ein Modell für die Selbstorganisation auch größerer Gruppen entwickelt. (siehe Kasten: Vereinbaren ...) *»Dort haben wir die Erfahrung gemacht, dass sich basierend auf dem Konzept der Freien Kooperation, Zusammenleben und Arbeiten organisieren lässt. Das war so beeindruckend, dass immer wieder TeilnehmerInnen den Wunsch nach 365 Tagen im Jahr JUKSS (Kongress der Jugendumweltbewegung zum Jahresende)* geäußert haben.«

Dementsprechend sahen sie sich existierende politische Kommunen an. *»Sie waren interessant, aber irgendwie hatten sie dem Lebensjob der 70er das Lebensprojekt gegenübergestellt«.* Das erschien ihnen zu statisch und zu abgeschlossen. Trotzdem war aus den Kommuneprojekten viel zu lernen, vor allem, dass es mehr als Idealismus braucht, um Alternativen zu verwirklichen. Nachdenklich meint Ioanne: *»Eine verlässliche Basis ist nötig, um den Menschen das Vertrauen zu geben, das sie für Experimente brauchen.«*

Schließlich sollen die Menschen sich mit allem was sie haben in die neu zu bauende Welt einbringen. Und nicht nur die, die ohnehin nichts mehr zu verlieren haben. *»Uns fehlte stets die richtige Balance zwischen Offenheit und Sicherheit. Wir wollten unsere Ideale ernsthaft zu leben versuchen – aber ohne einen alles-oder-nichts-Anspruch und ohne vermeidbare Risiken.«*

Dabei gab es eine weitere Erfahrungssphäre, von der profitiert werden konnte: Die Welt der freien Software. Ioanne erklärt: *»Deren Selbstorganisationsstrukturen ähnelten denen, die wir anstrebten. Vor allem aber gab es eine bemerkenswerte Idee: Das Copyleft – die Idee, mittels des Copyrights, welches das geistige Eigentum privatisieren sollte, dieses wieder zu befreien.«* Diese Idee wurde sozusagen in die reale Welt übertragen. *»Wir versuchten die Idee einer Gesellschaft von frei vereinbarenden Menschen in das existierende Rechtssystem zu übersetzen. Das geht sogar besser als erwartet, solange mensch immer alles daran setzt, Herrschaft zu verhindern, statt der Herrschaftslogik des Rechts zu verfallen.«*

Damit wurde die gesuchte verlässliche Basis geschaffen. Gleichzeitig war es damit möglich einen fließenden Übergang zu schaffen. Die Frage lautet nun nicht mehr: »Bist Du korrekt genug, um im Projekt mitzumachen?« – sondern: »Für welche Intensität von Vereinbarungen reicht mein Vertrauen in dich?« Statt ihr Leben mit einem Schlag umzukrempeln, können sich Menschen nun entscheiden, Teilbereiche ihres Lebens auf eine neue Basis zu stellen, und auch für einzelne Bereiche immer wieder neue Kooperationen eingehen. Es gab natürlich viele Details zu klären, bevor die erste Solidarität GmbH gegründet werden konnte.

Ioanne zählt auf: *»Ökonomische Modellrechnungen, wie viel Arbeitskraft brauchen wir zur Befriedigung von Bedürfnissen, welche Rechtskonstrukte nutzen wir wofür?«*

Deshalb gab es Ende 2005 zunächst ein Open-Theory-Projekt, in dem das Ganze konkretisiert wurde. Inzwischen haben sie ein klares Konzept, bei dem die Menschen, die auf ihre Anzeigen antworten, schnell verstehen, worauf sie sich einlassen. Trotzdem kann es sich weiterentwickeln, denn alle können es für sich verändern, unterschiedliche Gruppen können unterschiedlichste Formen von Vereinbarungen ausprobieren. Und davon gibt es inzwischen einige, zum Teil mit mehreren hundert Beteiligten. Eine Statistik darüber führt freilich niemand, auch wenn sonst in allen Lebensbereichen mit großer Sorgfalt Neues entsteht. Offenbar gab es bisher kein Bedürfnis danach, denn sonst wäre es schon längst befriedigt worden. Denn viele der Projekte stehen inzwischen auf sicheren Beinen und pflegen regen Austausch miteinander.

Fröhlich grinsend bilanziert Ioanne: *»Durch die Verlässlichkeit, die das Konzept bietet, können wir unsere Grundbedürfnisse selbstorganisiert befriedigen und sind nur noch in relativ geringem Maß auf das kapitalistische System angewiesen.«* (siehe Kasten: Subsistenz). Abschließend sagt sie: *»Nur wer erleben konnte, dass eine bessere, eine freie Gesellschaft möglich ist, wird dafür kämpfen! Statt nur dagegen zu sein, haben wir uns unsere Wut noch ein bisschen aufgespart, für den Zeitpunkt, wo wir Staat und Kapital wirklich gefährlich werden können.«*

Inzwischen nimmt auch die klassische Politik immer mehr Notiz. Vor allem linke Politiker betrachten den Ansatz mit einer Mischung aus Sympathie und Skepsis. Einige radikale Gewerkschafter in Betriebsräten angeblich unrentabler Unternehmen denken bereits darüber nach, diese in Solidarität GmbHs umzustrukturieren statt weitere Lohnkürzungen hinzunehmen. Anderen gefällt die Sache weniger: Der Bundesarbeitsminister äußerte sich kürzlich erstmals zur Sache: »Da hätten wir in Zukunft noch mehr Arbeitslose, wenn die ohne Politiker auskommen.«●

Vereinbaren statt Entscheiden

In den Solidarität GmbHs gibt es keine Gremien, die Entscheidungen fällen, die dann von Menschen befolgt werden sollen. Stattdessen treffen die Menschen Vereinbarungen darüber, was sie gemeinsam tun wollen. Diese Vereinbarungen binden niemand, der oder die sie nicht freiwillig akzeptiert hat, und sie sind auch jederzeit wieder auflösbar.

Dabei wird allerdings erwartet, dass mensch sich nach Möglichkeit an eventuell vorher vereinbarte Auflösungsbedingungen hält. Ebenso gilt es als rücksichtslos, Vereinbarungen einfach zu brechen, statt sie zu beenden. Wer solches grundlos tut, wird Mühe haben, weiterhin Menschen zu finden, die mit ihm Vereinbarungen treffen wollen.

Die Formen der Vereinbarungen können ebenso wie die Methoden sie zu treffen völlig informell bis sehr förmlich sein. Wichtige Vereinbarungen werden oft schriftlich dokumentiert, andere kommen sogar ohne Worte zustande.

Ein Beispiel dafür, wie Vereinbarungen gefunden werden können, sind Interessentreffen: Alle, denen ein Thema wichtig ist, treffen sich und erarbeiten, falls sinnvoll, im Konsens einen Vereinbarungsvorschlag. Die anderen können dann dieser Vereinbarung beitreten oder eine andere anregen.

Für Themen, bei denen viele persönlich mitreden wollen, gibt es Methoden, mit denen auch einige hundert Menschen auf einmal effektiv miteinander Vereinbarungen erarbeiten können, so etwa die für den Jugendumweltkongress entwickelte »Blüte« (www.jukss.de).●

Subsistenz als Basis der Dissidenz

Unser Leben hängt vom Funktionieren des Systems ab, also auch von unserem Funktionieren. Unser Wohlstand ist Resultat unserer Verstrickung und gleichzeitig ist er unsere Kette, denn wir haben viel zu verlieren.

Freie Kooperationen sind nur möglich, wenn mensch nicht auf eine spezielle Kooperation angewiesen ist. Christoph Spehr fordert basierend auf dieser Erkenntnis eine staatliche Grundsicherung. Diese hängt aber vom Funktionieren des Systems ab, dessen Verbrechen wir kritisieren. Sie ist nur möglich aufgrund des stetigen Zustroms von Arbeit und Rohstoffen in die Zentren des Imperiums...

Um unsere erzwungene Kooperation mit dem Kapitalismus einschränken zu können, müssen wir unabhängiger werden, daher ist Subsistenz ein wichtiger Aspekt der Solidarität GmbHs. Die Grundbedürfnisse Wohnen und Essen und die dafür nötige Ausstattung werden fast vollständig mit eigenen Produkten bestritten. Ein Vorteil ist dabei, dass der Kapitalismus, so effektiv auch seine Technik ist, für die wirkliche Befriedigung menschlicher Bedürfnisse ineffizient ist. Biologisches Gemüse von jemandem, den ich täglich besuchen kann, statt mit EU-Zertifikat ist auf dem Markt nicht für Geld zu haben.

Die Menschen werden für den Verzicht an Wegwerfkonsum überaus reichlich entschädigt: Mit Selbstbestimmung, weniger Arbeitsdruck und individuellen Produkten, die kein Mensch kaufen kann...●

(Aus einem Analysepapier der Gründergruppe)

Sozialversicherte Jobs statt 1-Euro-Jobs

Soziale Beschäftigungsunternehmen leben von einer aktiven Arbeitsmarktpolitik der Behörden, von Bund und Ländern und der Arbeitsagentur. Bürgerarbeit, Kombilohn, Mindestlohn sind Stichworte des Dritten Sektors, was regelmäßig sehr unterschiedliche Reaktionen auslöst. Arbeitszwang! ist die eine, soziale Einzelfallhilfe auf der Basis von Erwerbsarbeit ist die andere. Radikalere Positionen lehnen die staatliche Arbeitsmarktpolitik ab, die historische Linke ruft aber immer nach mehr aktiver Arbeitsmarktpolitik. Doch auch hier zeigt sich die Gradwanderung zwischen mehr Freiheit und mehr Zwang für Arbeitslose.

Soziale Unternehmen müssen jedoch noch eine weitere Hürde überwinden. Handwerksbetriebe und Mittelstand haben Angst vor einer geförderten Konkurrenz. Dieser Effekt im Marktgeschehen ist ja auch bei so genannten 1-Euro-Jobs zu spüren, was aber verdeutlicht, dass hier eine neoliberale Angst herrscht, und die sozialen Aspekte dabei an Bedeutung verlieren.

Soziale Beschäftigungsinitiativen haben eine soziale Aufgabe. Die sozialen Beschäftigungsunternehmen wirken damit auf einer weiteren Ebene des Wirtschaftens und helfen dabei auch, Strategien gegen die neoliberale Wirtschaft zu stärken.

Aber Vorsicht, die politischen Perspektiven kommen in diesem Buch erst an zweiter Stelle. Betriebliche Entwicklungsstrategien für soziale Unternehmen im Dritten System vorzustellen, ist der eigentliche Zweck des Buches. Von daher spricht der Band vor allem die betriebswirtschaftlichen Persönlichkeiten sozialer Unternehmen sowie kommunal Verantwortliche an.

Eine Förderung für sozialversicherte Arbeitsplätze Langzeitarbeitsloser zu erlangen, ist wichtigstes Ziel dieser Unternehmen. Dazu bedarf es einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit, die sich gegen die Stigmatisierung Langzeitarbeitsloser wendet und die eigene Arbeit öffentlich als eine wichtige Dienstleistung darstellt.

Die Autoren beschäftigten sich sehr wohl mit diesen politischen Perspektiven aber sie wenden ihren Blick hier speziell auf die eigene betriebliche Entwicklung. Hier geht es auch nicht um die kleineren alternativen Versuche einen eigenen Arbeitsplatz oder Betrieb zu gründen bzw. zu erhalten. Drei der beteiligten Betriebe haben um die 500 MitarbeiterInnen. So ist es schon nicht unerheblich, sich über betriebswirtschaftliche Instrumente Gedanken zu machen. Das Buch richtet sich damit direkt an die Praktiker in solchen Betrieben. Es gibt Hinweise auf Kennzahlen, Benchmarking, Balanced Scorecards, Sozial Audit, Wertschöpfung in sozialen Unternehmen, Gender Leitlinien, Personalentwicklung, Sozialbilanz, Social Value Added, und beschäftigt sich mit öffentlichen Auftragsvergaben nach sozialen Kriterien.

Der Herausgeber BEST 3S e.V. ist eine Equal-Entwicklungspartnerschaft, die sich, durch die EU gefördert, zwischen 2002 und 2005 mit dem Themenfeld »Betriebliche Entwicklungsstrategien für soziale Unternehmen im Dritten System« beschäftigte und als Ergebnis die genannten betriebs- und personalwirtschaftlichen Tools zur Steuerung von sozialen Beschäftigungsunternehmen entwickelte und testete.

Durch die Tools soll vor allem die Entwicklung interner Ressourcen gestärkt werden – damit in Zeiten von Hartz IV die finanziellen und politischen Abhängigkeiten in Gestalt von öffentlicher Finanzierung reduziert werden können, ohne dass dadurch die wichtigen sozialen Ziele dieser Unternehmen beschädigt werden.●

Dieter Koschek

BEST 3S e.V. (Hg.): Handbuch für soziale Beschäftigungsunternehmen – Betriebliche Strategien und betriebswirtschaftliche Instrumente für soziale Beschäftigungsunternehmen – Tools und Perspektiven. AG SPAK Bücher, Neu-Ulm, 2007, ISBN 978-3-930830-78-7, 259 Seiten, 22 EUR

Anzeige

5. LINKEBUCH TAGEBERLIN

22. bis 24. Juni 2007 in Berlin
Mehringhof, Gneisenaustr. 2a
http://linkebuchtage.de

Erinnern wir uns der Zukunft...

»Nur jenes Erinnern ist fruchtbar,
das zugleich erinnert, was noch zu tun ist«

Ernst Bloch

Erinnern wir uns der Zukunft – Die Kommune Niederkaufungen wird 20 Jahre jung (1986-2006)

Die Kommune Niederkaufungen beging im Jahr 2006 ihr zwanzigjähriges Jubiläum. Im Film über die Kommune Niederkaufungen e.V. wird dargestellt, wie Menschen, die Leben und Arbeiten als Ganzheit erleben wollen, diesen Prozess organisieren. Kollektive Autonomie und Nachhaltigkeit ist die Vision dieser Gemeinschaft mit basisdemokratischer Politik und Lebensweltbezug. Nachhaltigkeit hier gefasst als die Wahl von Wirtschafts- und Lebensweisen, die von allen ErdenbürgerInnen beansprucht werden können ohne das globale Ökosystem zu zerstören. Das Innovationspotential einer neuen Selbständigkeit mit Nachhaltigkeitsbestrebungen soll hier beispielhaft entfaltet werden.

Der Film beleuchtet Entstehung und Sein der Gemeinschaft und versucht Ausblicke in die nähere Zukunft zu zeigen.

Ein Film von Albert Koepfinger, BRD 2007 Farbe/DVD
Pal 46'43''/ 16,50 Euro
Verein für Ökologie, Gesundheit und Bildung e.V.
Wilhelmstrasse 7, D-34260 Kaufungen
Filmverbreitung : Albert Koepfinger
Tel. (0 56 05) 80 07 30
Kommune Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
albertkoepfinger@web.de
www.kommune-niederkaufungen.de

INTERVIEW MIT BUNDESTAGSBESETZERIN

»Der Bundestag ist gescheitert«

Am Freitag, 27. April, sprangen vier AktivistInnen in den Plenarsaal des Bundestages und der Slogan des Bundestages »dem deutschen Volke« wurde durch ein Banner von weiteren AktivistInnen mit der Aufschrift »der deutschen Wirtschaft« überdeckt. Die AktivistInnen der Gruppe »Geld oder Leben« warben für eine Bewegung für eine radikale Demokratie, da der Bundestag und damit der Parlamentarismus gescheitert sei, was sich besonders in der von den Parteien gepredigten Alternativlosigkeit zum Kapitalismus zeige. Nach der Räumung des Bundestages kam es zu lautem Jubel durch die Bundestagstouristen für die AktivistInnen. Ein Interview mit einer Aktivistin.

Wer seid ihr, was verbirgt sich hinter »Geld oder Leben«?

Wir sind eine heterogene Gruppe junger Menschen, aus verschiedenen Städten und unterschiedlichen Hintergründen. Wir haben uns Zusammengeschlossen mit dem Ziel politische Aktionen zu machen, wir haben den Bundestag als Plattform gewählt, denn wo, wenn nicht dort, können wir die Menschen fragen: Geld oder Leben!

Der Bundestag teilte mit, vier Menschen wären an der Aktion beteiligt gewesen, haben wir es dabei mit Superhelden zu tun?

Natürlich, die vier haben es geschafft, gleichzeitig vor der Tür, auf dem Dach und auf der Tribüne zu sein. Wahrscheinlich handelt es sich um die vier, die in den Plenarsaal des Bundestags gesprungen sind.

Es werden nicht nur Fehlinformationen verbreitet, sondern was euch wahrscheinlich mehr stören wird, der Inhalt der Aktion verkehrt sich zu einer Sicherheitsdebatte im Bundestag.

Damit haben wir gerechnet, es ist schade, doch zeigt es nur einmal mehr, wie die politische Debatte in Deutschland geführt wird: Es geht nicht um Inhalte, sondern darum, Feindbilder zu schaffen, um die drastische Verschärfung der Inneren Sicherheit und die »Terrorismusbekämpfung« zu legitimieren. Ob das Feindbild, Kritiker, Chaoten, Ausländer und/oder Terroristen sind, der Standpunkt der rational geführten Debatte wird vom politischen und medialen Mainstream permanent verlassen, mit Sprengstoff oder Waffen wären wir nicht in den Plenarsaal gekommen. Wer etwas in die Luftsprengen will, kann das immer, davor können wir uns mit keiner Überwachungsmaßnahme schützen. Das schürt Misstrauen unter den Menschen, die eigentlich als Gemeinschaft zusammen leben sollten. Hätten die Menschen so viel Angst vorm Klimawandel wie vorm Terrorismus, würden sie ihre Autos klimaneutral entsorgen.

Welchen Inhalt wolltet ihr denn eigentlich transportieren?

Wir fordern einen ehrlichen Diskurs über die Veränderung des bestehenden Systems. Die parlamentarische Demokratie ist gescheitert, der Kapitalismus hat seine Grenzen bereits überschritten.

Die Ressourcengrundlagen, die zu Privateigentum gemacht wurden, werden teilweise unwiderruflich zerstört. Wir können so, wie es ist, nicht weiter machen. Hunger, Armut, Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen können wir nicht tolerieren, wir können nicht verstehen, dass der Mensch sich scheinbar selbst zerstört. Wir brauchen einen bewussten Umgang mit unserer Welt und fordern eine kostenlose Grundversorgung, sprich Bildung, Gesundheit, Wohnraum, Lebensmittel und Kultur, um den Menschen ein freies und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Es darf nicht verboten sein, Alternativen und Utopien in Freiräumen zu entwickeln, erproben und zu leben. Der Mensch, darf nicht als Humankapital gesehen werden, dessen Aufgabe darin besteht, zu konsumieren, um die Wirtschaft anzukurbeln. Er darf nicht abstumpfen durch massenkompatibelen Journalismus, der als selbsternannt »kritisch« lediglich das bestehende System reproduziert.

Die meisten Menschen sagen, es gibt keine Möglichkeit der Veränderung, wenn ihr behauptet, unsere Demokratie und unser Wirtschaftssystem seien gescheitert, was bleibt dann noch?

Wie können Menschen die Möglichkeit zu einer grundlegenden Veränderung verneinen, wenn tagtäglich Menschenrechte mit Füßen getreten werden, die Erde als Lebensgrundlage des Menschen auf das perverseste zerstört wird. Dieser Raubbau an der Natur führt spätestens in 200 Jahren nicht nur zum Ende menschlicher Entwicklung, sondern seiner Existenz. Ich will mir als junger Mensch nicht vorschreiben lassen, nichts verändern zu können. Ich weiß, dass »unsere« Vorschläge dem System und seinen Gesetzen entgegenstehen, aber mein Verantwortungsgefühl sagt mir: dann müssen wir halt die »Gesetze« brechen.

Foto: Gruppe »Geld oder Leben«

Also werden weiter Aktionen von euch folgen.

Ich hoffe doch sehr, dass alle Beteiligten noch viele Aktionen machen werden. Und zwar agierende und nicht reagierende.

Was meinst du damit?

Wir wählen Zeitpunkt, Ort und Thematik selber und üben so Kritik, mit der wir denken, in gesellschaftliche Prozesse intervenieren zu können. Wir wollen nicht mehr einfach nur reagieren, um einen »alten« Zustand zurückzuerkämpfen. Wir wollen neue Wege beschreiten und das unkontrollierbar, mit Spaß und Vertrauen in uns selber. Bewegt euch, um Bewegung zu schaffen!

Das »Neue Deutschland« titelte »Kritiker fordern Volks- statt Wirtschaftswohl«, ist das deutsche Volk die Rettung?

Nein, auf gar keinen Fall. Auch wenn wir den Schriftzug »dem deutschen Volke« mit »der deutschen Wirtschaft« überhängt haben, wollten wir uns niemals auf eine völkische Idee beziehen. Wir lehnen den Begriff Volk ab, auch wenn wir die politische Praxis in dem hiesigen konstruierten Nationalstaat angegriffen haben. Wir wenden uns an alle.●

indymedia, waldi 30.04.2007

http://geldoderleben.blogsport.de/

DOKUMENTATION: FORDERUNGEN DER GRUPPE »GELD ODER LEBEN«

Junge politische Menschen setzen ein Zeichen vor und in dem Bundestag. Die Betitelung der Aktivisten als »Humankapital«, das Verstreuen von Geld und das Entrollen von Bannern mit Sprüchen wie »Die Wünsche der Wirtschaft sind unantastbar« sollen verdeutlichen, dass der Bundestag lediglich das Ausführungsorgan der großen Unternehmen ist und keine freiheitliche, demokratische Institution darstellt. Dieses Bild wird dadurch verstärkt, dass auf dem Dach des Reichstags der Schriftzug »Dem deutschen Volke« durch das Banner »Der deutschen Wirtschaft« ersetzt wird. Ziel dieser Aktion ist es, einen Diskurs anzustoßen, der die Scheindemokratie kritisch hinterfragt und mit Vehemenz gesellschaftspolitische Veränderungen durchsetzt. Wir fühlen uns durch die Größe der Probleme zu dieser Aktion genötigt.

Wir üben harte und tiefgreifende Kritik am bestehenden politischen System.

Schon in der Schule wird uns beigebracht, dieses System eine Demokratie zu nennen. Es soll eine Herrschaft aller darstellen. Diese Herrschaft beschränkt sich dann aber in der Praxis darauf, einmal in vier Jahren wählen zu dürfen. Eine Weiterentwicklung des Systems ist offenbar nicht angedacht. Diese parlamentarische Demokratie ist keine Demokratie, sondern eine Scheindemokratie: Die WählerInnen werden nicht als teilnehmendes Element am gesellschaftlichen Aufbau betrachtet, sondern nur als passive KonsumentInnen, die über unterschiedliche Marketingstrategien der Parteien zu urteilen haben.

Die Regierung hat kein Vertrauen in die Bevölkerung, sie kontrolliert sie, setzt sie immer stärker einem Allgemeinverdacht aus und schafft ein Klima der Angst. Die Parteien haben sich von weitergehenden Visionen verabschiedet und leben nur noch in einer engen Welt der Realpolitik. Die Menschen reagieren mit Politikverdrossenheit auf die zunehmende Ununterscheidbarkeit der Parteien. Politik fungiert nur noch als Verwalterin der Wirtschaft, als Ausführungsorgan der großen Unternehmen. Das liegt einerseits am massiven Lobbyismus der Unternehmen, welcher mit viel Geld betrieben wird, andererseits an der erstaunlichen großen Schnittmenge von Abgeordnetenmandaten und Aufsichtsratposten. Entscheidenden Problemen wie Klimawandel, Armut und Perspektivlosigkeit begegnet die Scheindemokratie mit staunender Unfähigkeit. Der eingeschlagene Weg der kleinen Reformen bewirkt, wenn überhaupt, negative Entwicklungen und dreht die Spirale des scheiternden Systems immer weiter.

Radikale Reform der Demokratie ist notwendig

Wir haben keine Hoffnung in die PolitikerInnen dieser Zeit, sie sind zu fest im System verankert, um über den Tellerrand blicken zu können. Sie unterstützen eine fatale Entwicklung. Die Entmündigung aller durch ihre sogenannten Vertreter muss zugunsten einer ständigen, politischen Einflussnahme der gesamten Bevölkerung abgeschafft werden. Es ist Schwachsinn, dass dieses System alternativlos ist. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen Politik leben und ein andauernder Diskurs grundlegende Veränderungen ermöglicht. Dafür ist eine radikale Form der Demokratie notwendig.

Statt der Entwicklung politischer Visionen zur Verbesserung der allgemeinen menschlichen Lebensumstände beherrscht ein unkritischer Wirtschaftsglaube das politische Handeln. Das heutige politische System hat das nationale Wirtschaftwachstum zum einzigen Maßstab politischen Erfolgs erkoren. Konsum gilt als Ausdruck individueller Selbstverwirklichung. Es handelt sich hierbei um ein System, das, in seiner einzig logischen Konsequenz, die Umwelt zerstören, soziale Ungleichheit verschärfen und das menschliche Leben in Formen pressen muss.

Der Mensch ist ein austauschbarer Funktionsträger in einer sinnlos wachsenden Wirtschaft, wer sich weigert oder scheitert, ist nur noch Abfall. In einer Gesellschaft, in der es wichtig ist, zu den Gewinnern zu gehören, bleibt immer eine Mehrheit von Verlierern übrig. Das Ideal des mobilen, flexiblen, motivierten und leistungsbereiten Menschen führt zu einer vereinzelten Gesellschaft, in der ein solidarisches Miteinander zugunsten eines wirtschafts-vergötternden Denkens dem Geld geopfert wird.

Foto: Gruppe »Geld oder Leben«

Kostenlose Grundversorgung

Gerade junge Menschen gestalten ihr Leben nur noch nach Bewerbungskriterien. Unter dem Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit ordnen viele ihr Leben scheinbar freiwillig der wirtschaftlichen Verwertbarkeit unter.

Wir brauchen die Entkopplung von Arbeit und materieller Grundausstattung. Eine kostenlose Grundversorgung – sprich Bildung, Gesundheit, Wohnraum, Lebensmittel und Kultur – ist notwendig, um den Menschen ein freies und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Die immer stärkere Einflussnahme der Wirtschaft auf Bildungseinrichtungen sowie die Orientierung vorgefertigter Lehrinhalte an ihrer ökonomischen Nutzbarkeit sind maßgeblich verantwortlich für eine geistige Verkümmerung und Normierung der Gesellschaft. Nicht soziales Denken, sondern Konkurrenz und Leistungsdruck bestimmen den Ausbildungsalltag. Ziel einer jeden freien und emanzipierten Gesellschaft muss es sein, die Entwicklung der individuellen Persönlichkeit und selbstbestimmten Meinungsbildung zu fördern. Dabei darf es Selektionskriterien wie solche nach sozialem Status, persönlichen Fähigkeiten, Geschlecht sowie religiösem, nationalem oder kulturellem Hintergrund, nicht mehr geben.

Während der Großteil der Weltbevölkerung in Armut lebt und durch transnationale Konzerne ausgebeutet wird, kaufen wir alle wesentlich mehr, als wir tatsächlich benötigen, als für uns ausreichend ist. Um den Menschen in eine den Rest der Welt und die Herstellung ihres Produkts ignorierende Kaufmaschine verwandeln zu können, bedient sich die Wirtschaft eines trickreichen Instruments: der Werbung. Werbung ist keine Produktinformation, sie ist Propaganda – subtile Propaganda, welche uns einen Lebensstil aufzwängen soll, der dem Unternehmen Gewinne beschert und der Volkswirtschaft gute Zahlen. Dass ein Geländewagen und Billigflüge den Klimawandel anheizen, Kleidung unter menschenrechtsverachtenden Zuständen entsteht, wird in dieser freundlichen Warenwelt nicht erwähnt. Wir lehnen Werbung ab. Die Öffentlichkeit muss einer politisierten Gesellschaft zurückgegeben werden.

Utopien leben

Die Wirtschaft wird immer mehr von größeren Subjekten bestimmt und unterwirft alles ihrem Streben nach Gewinn. Hier an das nicht vorhandene Verantwortungsdenken der Unternehmen zu appellieren, greift zu kurz.

Den Konzernen muss der politische Einfluss und die Beherrschung öffentlicher Räume entrissen werden. Dabei ist eine Zerschlagung aller Konzerne notwendig, darunter verstehen wir eine Zerteilung und Vergesellschaftung. Die Gesellschaft könnte somit wieder selbständig handeln, ihren politischen Rahmen selbst definieren.

Wir verlangen, Utopien leben zu dürfen. Die Menschen sollten auf ihre Art und Weise leben und an der Gesellschaft partizipieren dürfen. Die fortschreitende technische Entwicklung und Produktivitätssteigerung würde der Bevölkerung ermöglichen, weniger zu arbeiten für das Lebensnotwendige und insgesamt mehr Freiräume zu haben. Der Einzelne muss den Glauben an die Gesellschaft, an einen Sinn in seinem Leben außerhalb des Geldbeutels wiederfinden. Wir treten für eine Demokratie ein, die es Menschen gestattet, den politischen Rahmen und ihr Umfeld zu gestalten und mitzubestimmen. Wir treten für eine menschliche, ökologische und soziale Wirtschaft ohne Konzerne und eine solidarische, freie, emanzipatorische Gesellschaft ein.

Unsere Forderungen richten sich an keine herrschende Elite. Wir rufen zu einem öffentlichen Diskurs und zu einer neuen freien Bewegung auf. Mit dieser Aktion setzen wir ein Zeichen gegen das derzeitige System. Alle, die mit dem Bestehenden unzufrieden sind und die Hoffnung auf eine freie bessere Gesellschaft nicht aufgegeben haben, rufen wir auf, Widerstand zu leisten.●

Geld oder Leben

BOLIVIEN: GEWERKSCHAFTLICHE ORGANISIERUNG – EIN ÜBERBLICK

Die ArbeiterInnen von El Alto

»El Alto« bedeutet auf Spanisch »Der Hohe«, aber auch »Der Stopp«. Beide Bedeutungen passen zu der rund 400 Meter über der bolivianischen Hauptstadt La Paz gelegenen Stadt. »Der Hohe« liegt mehr als 4.100 Meter über dem Meeresspiegel. Und die Bevölkerung des »Stopp« ist eine der kämpferischsten der Welt. Regelmäßig kommt es zu Streiks, Blockaden und Straßenkämpfen mit der Staatsmacht.

Wladek Flaki, El Alto ● Im April tagte in El Alto der »Kongress der Regionalen Arbeiterzentrale« (COR), ein Dachverband lokaler Gewerkschaften. Auf dem Kongress ging es um Organisationsfragen. Statuten sollten geändert und neue Gewerkschaften integriert werden. Hintergrund ist, dass die Arbeitenden und Armen im »höchsten Slum der Welt« beginnen, sich zu organisieren. Die rund 800.000 Alteños sind in der Mehrheit Arbeitsmigranten aus dem Altiplano, dem Hochland der Region La Paz. Die meisten der ehemaligen Bauern sind Indigene, die die traditionelle Sprache Aymara sprechen. Heute betreiben sie Kleinstgewerbe: Sie verkaufen Produkte an kleinen Marktständen. Nicht zufällig beheimatet El Alto mit der »Feria del 16. de julio« den größten Markt Lateinamerikas, vielleicht auch der Welt.

In den vergangenen Jahren entwickelte sich auf Grundlage der billigen Arbeitskräfte eine Industrie. Kleine Fabriken und Werkstätten mit einigen Dutzend oder Hunderten Arbeitern schießen wie Pilze aus dem Boden. Sie produzieren Textilien oder Schmuck, die direkt in die USA exportiert werden. Schätzungen gehen von rund 100.000 Lohnabhängigen in El Alto aus – Tendenz steigend. Aber diese Beschäftigten sind kaum gewerkschaftlich organisiert. Die COR besteht nach wie vor hauptsächlich aus »Gremiales«, also Marktverkäufern, die sehr arm sind, aber ihre eigenen Stände und Waren besitzen.

Die neuen Gewerkschaften

Vor zwei Jahren gründete sich eine neue, kämpferische Gewerkschaft am internationalen Flughafen von La Paz, mitten in El Alto. Die 150 Angestellten arbeiten bei der Sicherheitskontrolle und auf der Landebahn für den spanischen Flughafenbetreiber SABSA. Einige »Unruhestifter« – ehemalige Bergarbeiter mit ihren starken syndikalistischen Traditionen – wollten eine Gewerkschaft auf die Beine stellen und begannen Gespräche mit den Kollegen zu führen. Drei Organisatoren wurden entlassen, aber mit lautstarken Aktionen in der Abflughalle – einschließlich Protestplakaten in diversen Sprachen – konnten sie die Anerkennung ihrer Gewerkschaft durchsetzen und fast 5.000 Euro für von der Belegschaft geleistete unbezahlte Überstunden kassieren. Jetzt dient SITRABSABSA (»die Gewerkschaft der Arbeiter von SABSA«, leicht abgekürzt) als Modell für die weitere Organisierung der verschiedenen Beschäftigtengruppen El Altos.

TEA war eine kleine Werkstatt, in der rund 90 Handwerker Goldketten für den Export in die USA herstellten. Als die Morales-Regierung am 1. Mai 2006 ein Dekret erließ, das gewerkschaftliche Rechte garantieren sollte, entschieden sich die TEA-Beschäftigen, etwas gegen die miserablen Arbeitsbedingungen in dem Betrieb zu unternehmen. Mit Hilfe der Aktivisten von SABSA bildeten sie eine Gewerkschaft – woraufhin alle 90 prompt entlassen wurden. Da sie von

ArbeiterInnen von THEA vor ihrem Streikzelt in La Paz

COR keinerlei Unterstützung erhielten – der Dachverband wollte lediglich 150 Euro für die Anerkennung der Gewerkschaft kassieren – wandten sie sich direkt an den Präsidenten. Mit einem spektakulären Auftritt während eines Feiertagsumzuges übergaben sie einen Brief an Evo Morales und sprachen mit Parlamentsabgeordneten der Regierungspartei. Hilfe erhielten sie dennoch nicht. »Sie bekommen mehr als 1.000 Dollar im Monat aber geben keine fünf Pesos für den Streikfonds«, empörte sich eine der betroffenen Arbeiterinnen über die Abgeordneten.

Mit öffentlichen Aktionen in La Paz, vor dem Parlament und der Universität, machten die Entlassenen – mit Unterstützung linker Aktivisten, von Künstlern und aus der Hiphop-Szene El Altos – auf ihren Kampf aufmerksam. Schließlich bekamen sie eine kleine Abfindung, die Entlassungen und die Schließung der Werkstatt waren jedoch nicht zu verhindern. Geblieben sind ein gewachsenes Selbstbewusstsein und eine starke Enttäuschung über Evo Morales. Der gleiche Prozess der Organisierung läuft in Duzenden Unternehmen in El Alto, z.B. bei den Müllmännern und -frauen der Stadt, bei den Beschäftigten einer Zementfabrik, bei einer Textilwerkstatt. Manchmal können die ArbeiterInnen ihre Forderungen durchsetzen und ihre Gewerkschaft wird anerkannt (wie bei SABSA), manchmal verlieren sie ihre Arbeitsplätze und landen auf der Straße (wie bei TEA), aber das ist letztendlich nicht entscheidend. Denn selbst von den entlassenen ArbeiterInnen bleibt ein nicht unbedeutender Teil aktiv, sucht einen neuen Job und fängt den Kampf für gewerkschaftliche Organisierung von vorne an.

Diese neuen Gewerkschaften sind radikal, selbst für die Verhältnisse in El Alto. Mitten im Organisierungsprozess steht die kleine trotzkistische Gruppe »Revolutionäre Arbeiterliga für die Vierte Internationale« (LORCI). Ihr Lokal, das »Haus der ArbeiterInnen und Jugend«, ist die Adresse für ArbeiterInnen, die vor einem Konflikt stehen (nicht etwa die lokale Gewerkschaftszentrale). Diese Gruppe steht der linken Regierung von Evo Morales ablehnend gegenüber – diese Regierung ist dem Privateigentum und der »Investitionssicherheit« der multinationalen Konzerne verpflichtet und deswegen nur ein weiteres Herrschaftsinstrument der Kapitalisten. Eine Umfrage vor wenigen Wochen ergab, dass 88% der Alteños mit der Arbeit von Evo Morales zufrieden sind, aber die AktivistInnen der LORCI sind sich sicher, dass die ArbeiterInnen eigene Erfahrungen mit dieser Regierung machen und sich immer mehr von ihr distanzieren.

Jetzt tagt die Konstituierende Versammlung, die eine neue Verfassung für Bolivien ausarbeiten soll. Sie hat acht Monate gebraucht, um das Abstimmungsverfahren zu regeln. Es gibt nun einen Pakt zwischen der linken Regierungspartei (mit einer 54%-Mehrheit in der Versammlung) und der rechten Opposition, der eine 2/3-Mehrheit für strittige Fragen vorschreibt und damit ein Vetorecht für die Opposition sichert. Allerdings gilt der Pakt nur bis zum 2. Juli, bis alle strittigen Artikeln der neuen Verfassung durch eine Volksabstimmung geklärt worden sind. Die meisten Menschen in El Alto – die meisten armen, indigenen Menschen in Bolivien überhaupt – haben große Hoffnungen, dass die Constiuyente die strukturelle Ungerechtigkeit im Land, die die indigenen Bevölkerung seit 500 Jahren unterdrückt, aufheben wird.

Die LORCI und die ihr nahestehenden Gewerkschaften haben eine »Arbeiterpetition« an die konstituierende Versammlung aufgestellt, die den sozialistischen Charakter des Regierungslagers anhand von konkreten Forderungen auf den Prüfstand stellen soll. Es geht um Forderungen nach verfassungsmäßigen Garantien der Arbeiterrechte, z.B. des 8-Stunden-Tages oder der Arbeiterkontrolle in allen Betrieben. Die Trotzkisten glauben nicht, dass solche Artikel ihren Weg in die neue Verfassung finden. Vielmehr geht es darum, dass die Arbeiterklasse nicht einfach passiv die Versammlung beobachtet, sondern sich eigenständig einbringt. Javo von der LORCI meint dazu: »Wir müssen den Unterstützern der Petition klar machen, dass es nichts bringen wird, wenn nicht 2.000 Arbeiter mit Dynamit in der Hand die Versammlung umzingeln, um für diese Forderungen Druck zu machen.«

ArbeiterInnen vor dem Arbeitsministerium in La Paz

Protest am Eingang des Flughafens von El Alto

Die Stadt und die Geschichte

El Alto ist eine riesige Urbanisierung, die sich auf dem Altiplano ständig weiter ausdehnt. Dieses endlose, flache Hochland fällt abrupt in das Tal des Choqueyapu-Fluss, das die Metropole La Paz bis zum Rand ausfüllt – in den letzten Jahrzehnten sind die Armen quasi über diesen Rand gedrängt worden.

Der Kontrast könnte kaum größer sein: in La Paz geht jede Straße nach oben oder unten, mit ständigen Kurven, aber El Alto ist ein flaches Schachbrett. La Paz beheimatet viele klassischen Gebäude aus der Kolonialzeit, aber die Häuser in El Alto, aus roten Betonwerksteinen oder Adobe-Backsteinen, sind alle in den letzten 10 oder 20 Jahren gebaut worden. Laut der Stadtverwaltung sind 60% von ihnen illegal, ohne Genehmigung oder Rechte aufs Grundstück entstanden. »Es existiert kein Staat in Bolivien« pflegt man zu sagen.

El Alto begann als ein paar Häuser neben dem Flughafen, aber in den 80ern und 90ern führten Schließungen der ehemals staatlichen Bergwerke und der US-amerikanische Kampf gegen den Cocabau zu einer Massenumsiedlung in Bolivien. El Alto gilt als die am schnellsten wachsende Stadt Lateinamerikas, die für viele BesucherInnen einer Ameisenkolonie gleicht: eine Stadt die sich ständig bewegt und ständig ihre Struktur verändert. Die Armut steht in krassem Widerspruch zu den fantastischen Blicken auf La Paz – im Gegensatz zu allen anderen Städten Lateinamerikas wohnen die Reichen weiter unten, ohne den tollen Blick aber dafür mit mehr Sauerstoff.

Die MigrantInnen, Coca-Bauern aber auch nicht wenige BergarbeiterInnen, brachten ihre Kampftraditionen nach El Alto mit. »El Alto auf den Füßen, niemals auf den Knien!« ist der Schlachtruf, den jeder bolivianische Polizist hasst und fürchtet. Auch bei kleinen Sachen – etwa wenn der LKW mit dem Gas zu wenige Flaschen hat – kommt es schnell zu Blockaden.

Bei den Protesten des »Gas Krieges« im Oktober 2003 haben die Alteños wochenlang die Hauptstadt von der Außenwelt abgeschnitten. Ein militärischer Konvoi, mit dem die Regierung die Hauptstadt mit Benzin versorgen wollte, traf auf heftigen Widerstand und ließ zahlreiche Tote hinter sich. Den Opfern dieses »Todeskonvois« wird immer noch gedacht, vor allem mit der Forderung nach der vollständigen Verstaatlichung der Gasressourcen im Land. Diese Forderung birgt unvorstellbares Konfliktpotential mit der noch beliebten Morales-Regierung, die mit dem Versprechen der entschädigungslosen Verstaatlichung an die Macht kam, sich jedoch auf das Aushandeln neuer Verträge mit den multinationalen Konzernen beschränkt hat. Denn auf dem frierenden Altiplano – in dem Land mit den größten Gasreserven des Kontinents – ist Gasknappheit keine Seltenheit.

In dieser Situation macht die Arbeiterklasse El Altos erste Schritte auf die politische Bühne. Bisher waren die Proteste durch die »juntas vecinales«, Nachbarschaftsräte, organisiert. Aber beim Kongress der COR kamen rund zehn neue Gewerkschaften in diese Institution. Der regionale Gewerkschaftsdachverband wurde in den 80ern gebildet und seine Strukturen repräsentieren überwiegend die Straßenverkäufer. Der »Arbeiter- und Volksblock« (ein Zusammenschluss verschiedener politischer Gruppen, die sich für eine bessere Vertretung der Lohnabhängigen in der COR einsetzen) beklagt, dass z.B. die Journalistengewerkschaft El Altos, mit lediglich 44 Mitgliedern, über 12 Delegierte beim COR-Kongress und 4 Sitze im Exekutivkomitee verfügt, während die Gewerkschaft der Müllmänner (und -frauen!), mit über 450 Mitgliedern, eineN einzigeN DelegierteN stellen darf.

Dieser Block hat einen Kongress erzwungen, um die Statuten und diese ungerechten Proportionen zu ändern. Niemand sagt, man soll die neuen Gewerkschaften außen stehen lassen, aber die »Gremiales«, die seit Jahren die COR-Führung stellen, geben ihre Rolle natürlich ungern auf. So gab es beim Kongress lange und hitzige Debatten darüber, wer wie viele Delegierte bekommt, wer im neuen Exekutivkomitee sitzt und wer überhaupt eine Gewerkschaft ist und wer nicht.

Die Bergarbeiter und die Veränderungen

Seit der Revolution von 1952 bilden die Bergarbeiter die Speerspitze der bolivianischen Arbeiterbewegung. Die Statuten des Gewerkschaftsdachverbandes schreiben vor, dass nur ein Bergarbeiter Vorsitzender werden darf. Aber ihr politisches Gewicht schrumpft zusammen mit der Bedeutung der Bergwerke in der bolivianischen Wirtschaft. Bei der nächsten sozialen Krise – angesichts der Ineffektivität der Konstituierenden Versammlung und der Instabilität der Morales-Regierung eigentlich nur eine Frage der Zeit – wird das Alteño-Proletariat eine große Rolle spielen.●

www.revolution.de.com

Wladek Flakin ist Mitglied der kommunistischen Jugendorganisation REVOLUTION

Dieser Artikel wurde Mitte April in El Alto geschrieben. Er erschien in sehr gekürzter Form in der jungen Welt vom 8. Mai 2007: »Enttäuscht von Morales«
www.jungewelt.de/2007/05-08/007.php

Neutralismus, Pazifismus & die DVZ

Dirk Mellies untersucht in seiner als Buch veröffentlichten Magisterarbeit das »personelle Spektrum der neutralistisch-pazifistischen Opposition in der frühen Bundesrepublik«. Unter diese Personengruppe fasst der Autor diejenigen, die sich gegen die Westbindung der Bundesrepublik und für ein blockfreies entmilitarisiertes Gesamtdeutschland aussprechen. Der Autor hat in einer Netzwerkstudie die AutorInnen der im Juni 1953 gegründeten *Deutschen Volkszeitung* (DVZ) untersucht und so das personelle Netzwerk konstruiert. Die *DVZ* war, neben den Ende 1956 gegründeten *Blättern für deutsche und internationale Politik*, das wichtigste Organ eines sehr breiten politischen Ansatzes, der sowohl kommunistische, nationalneutralistische, linkskirchliche und dann zusehends auch demokratisch-sozialistische AkteurInnen umfasste. Über etliche Zwischenstationen und Fusionen entstand aus der *DVZ* schliesslich die Wochenzeitung *Freitag*, die ja bis heute erscheint.

Zwei Organisationen spielen in diesem Milieu eine wichtige Rolle: Im Mai 1953 wurde der *Bund der Deutschen für Einheit, Frieden und Freiheit* (BdD) gegründet, der als Organisation dann faktisch die *DVZ* trug, obwohl die *DVZ* formal unabhängig vom *BdD* war. Die *DVZ* wurde, so Mellies, in der gesamten Zeit ihres Bestehens bis 1989 von Kommunisten dominiert, obwohl sie sich definitiv an ein nicht-kommunistisches Publikum wandte. Ihre Anbindung an die *Deutschen Kommunistische Partei* (DKP) wurde ab deren Gründung 1968 stärker als vorher an die illegale KPD. Im Dezember 1960 schließlich wird im Hinblick auf die Bundestagswahl 1961 die *Deutsche Friedensunion* (DFU) als Partei gegründet, in der der *BdD* aufgeht. Sie tritt zuerst für die »Schaffung einer kernwaffenfreien und militärisch verdünnten Zone in Europa« ein und streitet dann später für die »militärische Neutralisierung unseres zwischen Ost und West zerrissenen Landes«. Analog zu den außenpolitischen Zielen der DDR geht sie im Programm von 1968 von der (friedlichen) Ko-Existenz zweier deutscher Teilstaaten aus. Diese Kongruenz zu den außenpolitischen Kurskorrekturen der DDR wird auch für andere Strömungen oder Organisationen des neutralistisch-pazifistischen Milieus nachgewiesen.

Mellies gibt einen Überblick über die Vielzahl der Personen und Klein- und Kleinstorganisationen, die in diesem Milieu anzutreffen waren und untersucht ihre politischen Positionen. Diese sind aus heutiger Warte als befremdlich anzusehen, erinnern doch Aussagen wie die 1953 von Joseph Wirth getroffene »eine verantwortungslose Mehrheit des Bundestages (habe sich) dem Lebenswillen unseres Volkes entgegengestellt« an alles andere, als ein emanzipatorisches Programm.

Mit diesem Band, der trotz seines Titels nicht zur dumpfen antitotalitären Literatur der Extremismusforschung gehört, liegt eine Untersuchung zur Vorgeschichte von »1968« vor. Sie zeigt eindringlich, wie wenig das hier untersuchte Milieu mit dem Selbstverständnis, den Inhalten und Aktionsformen der »Studentenbewegung« genannten Sozialrevolte anfangen konnte, und wie dies zu ihrem Niedergang beitrug. Die deutsch-deutsche Entspannungspolitik der 1970er Jahre und die zunehmende Nähe zur dogmatischen *DKP* machten ihm vollends den Garaus, zumal diejenigen, die sich noch aus der Weimarer Zeit kannten, als Knotenpunkte des Netzwerkes ausfielen, weil sie mittlerweile verstorben waren.●

Bernd Hüttner

Dirk Mellies: Trojanische Pferde der DDR? Das neutralistisch-pazifistische Netzwerk der frühen Bundesrepublik und die Deutsche Volkszeitung, 1953-1973; Peter Lang Verlag 2007, 181 S. (39 EUR)

125 Jahre Schweizer Gewerkschaftsbund

Die Arbeit hat eine Geschichte und die Bewegung der Arbeitenden auch. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) wurde 1880 gegründet. Aus Anlass seines 125-jährigen Jubiläums erzählt nun eine unabhängige (!) Gruppe von Historikerinnen und Historikern seine Geschichte neu: Das vorliegende Buch ist keine brave Festschrift, sondern ein lebendiger aber auch kritischer und selbstkritischer Blick zurück auf mehr als ein Jahrhundert Kampf für bessere soziale Bedingungen, für bessere Arbeitsverhältnisse, für ein besseres Leben der arbeitenden Bevölkerung. Es berichtet in zahlreichen Geschichten vom Wert der Arbeit und vom Selbstwert der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Wie sie sich organisieren, sich für gemeinsame Anliegen einsetzen, wie sie sich wehren und ihre Würde verteidigen. Das Buch ist in sechs Zeitabschnitte untergliedert. Diese werden jeweils mit einem einführenden Text zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Schweiz und einem chronologischen Bericht zu diesem Zeitraum begonnen. Danach werden jedem Kapitel einzelne Ereignisse oder Personen in weiteren Beiträgen vorgestellt.

Ein Geschichtsbuch also und ein Buch mit Geschichten, zudem auch ein eindrücklicher *Bilder*bogen für alle, die sich für Sozial- und Alltagsgeschichte in der Schweiz interessieren, mit thematischen Aufsätzen, exemplarischen Geschichten und Miniaturen und dem einzigartigen historischem Bildmaterial von Roland Gretler, dem Bildarchivar der schweizerischen Arbeiterbewegung. Es macht deutlich, dass es auch in der »idyllischen« oder »verschlafenen« Schweiz Arbeitskämpfe gab, vor allem in der ersten Hälfte der bisherigen Existenz des SGB. Es zeigt ebenso, dass die Schweiz schon seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ein Ziel von Arbeitsmigration war und wie sie ihre Arbeitslosigkeit durch deren rigide Kontrolle und Steuerung rassistisch regulierte. Heute sind in der Schweiz 70 Prozent der Beschäftigten in den unüberschaubaren Sparten des Dienstleistungsbereichs tätig, eine Entwicklung, die auch einen Bedeutungsverlust für die Gewerkschaften mit sich brachte.●

Bernd Hüttner

Valérie Boillat, Bernard Degen, Elisabeth Joris, Stefan Keller, Albert Tanner, Rolf Zimmermann (Hrsg.): Vom Wert der Arbeit. Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichten; mit 368 Fotografien; 368 Seiten, 28 EUR, Rotpunktverlag, Zürich 2006

Das Elend der Welt

Sowohl die Anzahl der Slums als auch die Anzahl seiner BewohnerInnen hat in den letzten Jahrzehnten rasant zugenommen. Mike Davis, der Autor von *Planet der Slums*, vermutet, dass es weltweit ca. 200.000 von ihnen gibt, in denen rund eine Milliarde Menschen lebt. Manche beherbergen ein paar Hundert Menschen, andere Millionen. Wobei Megaslums ein Phänomen sind, das es erst seit den 1960er Jahren gibt. Völlig falsch ist mittlerweile die Annahme, SlumbewohnerInnen würden freies Land besetzen und sich damit Kosten für Grundstückserwerb oder Miete sparen. Die Kommerzialisierung informeller Wohnmöglichkeiten ist heutzutage eher der Normalzustand als die Ausnahme. Barackensiedlungen werden vergrößert und Hütten ausgebaut, die Ärmen vermieten an die noch Ärmeren und diese haben als MieterInnen noch weniger Rechte als die BesitzerInnen der Hütten, die im Falle von Umsiedelungen etc. wenigstens eine kleine Chance auf Kostenersatz haben und manchmal auch die Möglichkeit haben, ihr Grundstück zu verkaufen. Der unterschiedliche, auf den Eigentumsverhältnissen gründende Status der SlumbewohnerInnen verhindert in großen Slums oft auch die Solidarität untereinander: Die Interessen zwischen BesitzerInnen und MieterInnen sind nicht identisch.

Eine der Ursachen für das starke Wachstum der informellen Siedlungen sieht Davis im Kolonialismus: Die Kolonialverwaltungen verhinderten lange Zeit den Zuzug der Landbevölkerung in die Stadt und ließen Viertel der Einheimischen verkommen. Das Ende des Kolonialismus und die nationalen Befreiungskriege trieben viele Menschen in die dafür nicht vorbereiteten Städte: »Mehr noch als Hunger und Schulden wirkten Bürgerkrieg und Aufstandsbekämpfung als gnadenlose und effiziente Hebel informeller Urbanisierung in den 1950er und 1960er Jahren.« Eine weitere Ursache für den starken Zuzug in die Städte war der Bedarf an billigen Arbeitskräften für die Industrie, der wie ein Magnet auf die verarmende Landbevölkerung z.B. Mexikos wirkte.

Die Versprechen der nationalen Befreiungsbewegungen, die die Macht in den postkolonialen Staaten übernahmen, blieben oft genug leere. Von neuen Wohnbauten profitierte meist nur die Mittelklasse – und nicht die Armen. In Ländern, in denen auch für die Armen Wohnraum geschaffen wurde, wie z.B. in China, beklagten die nun in Hochhäusern am Stadtrand wohnenden »[...] die erhebliche Einschränkung ihrer sozialen Kontakte, der Kommunikation mit den Nachbarn, der Zeit, die mit den Kindern verbracht wird, sowie die zunehmende Isolation und Einsamkeit alter Leute.«

Ab den 1970er Jahren wurden IWF und Weltbank zu den wichtigen Playern bei Stadtentwicklungsmaßnahmen: Im Vordergrund standen Selbsthilfeprojekte und Slum-Modernisierungsprogramme, die der Autor kritisiert, weil Slums nicht modernisiert, sondern durch angemessenen Wohnraum ersetzt werden sollten. Laut Davis sind mehr oder weniger alle Programme Fehlschläge, sogar diejenigen, die mit Preisen ausgezeichnet wurden. Leider ist Davis hier die Masse der Beispiele wichtiger als die genaue Darstellung von ein, zwei Projekten, was vielleicht mehr zum Verständnis dazu beigetragen hätte, warum die Programme zum Scheitern verurteilt waren.

In weiteren Teilen seines Buches geht Davis auf das Phänomen der *Gated Communities* in den zunehmend segregierten Dritte-Welt-Städten, die immer zahlreicher werden und gerne Namen wie z.B. Beverly Hills tragen, und deren ökologische, ökonomische und Verkehrsprobleme ein. Besonders wichtig ist ihm die Kritik an den SchönrednerInnen der informellen Ökonomie. Als Lieblingsfeind hat er sich dafür den neoliberalen, peruanischen Ökonomen Hernando de Soto ausgewählt.

Davis Bücher zeichnen sich stets durch enormen Faktenreichtum aus, bei *Planet of Slums* gerät das aber nicht immer zum Vorteil. An manchen Stellen wird das Thema von Zahlen fast zugeschüttet, die nichts mehr zum besseren Verständnis des Themas beitragen. Ein Anhang mit Zahlen und Fakten wäre wahrscheinlich übersichtlicher gewesen und würde den Text selbst von dieser Last befreien. Hoffnung auf eine Besserung der Lage lässt Davis dem/der Leser/in keine. Alle Maßnahmen und Programme scheitern fast überall und unter allen Regimes. Die Zustände sind katastrophal und werden täglich noch schlimmer; und eine Wende ist nicht in Sicht. Man möchte fast hoffen, dass die von Davis in *Planet der Slums* präsentierte totale Ausweglosigkeit nur eine Werbung für sein nächstes Buch ist, das er im Nachwort ankündigt: es soll darin um die Geschichte und die Zukunft(!) des in den Slums verwurzelten Widerstands gegen den globalen Kapitalismus gehen – ich bin gespannt.●

Christoph Laimer

Mike Davis: HYPERLINKPlanet der Slums, Berlin, Hamburg: Assoziation A, 2007, 247 Seiten, 20 EUR

Nachdruck aus dérive, der in Wien erscheinenden Zeitschrift für Stadtforschung, Heft 27, www.derive.at

Köln erbärmlich

Zum ersten Jahrestag der Besetzung des »Barmer Viertels« in Köln Deutz erschien jetzt eine reich bebilderte Broschüre als – so das Vorwort – »Lektion über Stadtentwicklung, Ratspolitik und außerparlamentarischen Widerstand«. 260 gute und preiswerte Wohnungen des Barmer Blocks waren drei Monate besetzt, um den Abriss ins Blaue zu verhindern und die Wohnungsnot in Köln zu mindern. Ohne Bauplanung, ohne Investorzusage wurde dann geräumt und abgerissen, obwohl von einer Wohngenossenschaft in Gründung ein Kaufangebot vorlag. Dokumentiert, erinnert und kommentiert wird aus Sicht der BesetzerInnen und deren UnterstützerInnen.

Die Dokumente, darunter viele Infos der »Initiative Barmer Viertel«, spiegeln das Geschehen von der Annonce günstiger 3 bis 6-Zimmer-Wohnungen in »Toplage in Messenähe« im Kölner Stadt-Anzeiger vom 11.3.2006 (da waren teils denkmalgeschützte Wohnungen seit acht Tagen besetzt) über Transparente wie »Kein Abriss für Parkplätze« und das Zitat eines Bauarbeiters: »In Leipzig habe ich solche ähnlichen Häuser saniert und in Köln werden sie abgerissen« bis zur Bilanz des Punkers Mathias Eis: »Raus ja, aber nicht noch weiter runter«. Denn ein Ergebnis der fast drei Monate währenden Besetzung der einstigen Genossenschaftsbauten war, dass 25 zuvor obdachlose HausbesetzerInnen von der Stadt Köln gemeinsame Wohnstätten erhielten. Aktionen während der Fußball-Weltmeisterschaft mit dem Slogan »Die Welt zu Gast bei Obdachlosen« hatten dabei geholfen.

Nachzulesen ist, wie die Häuser- und Bäume-Rettung an Business-Interessen und politischer Ignoranz scheiterte. Nachzulesen ist auch, wie sich unterschiedlichste Gruppierungen und Einzelpersonen von Punkern über AusreißerInnen und Behinderte bis zu StudentInnen zusammenraften und Konzerte, Lesungen und Ausstellungen organisierten. »Wir sind Deutzland« hatte ein ironisch-programmatisches Transparent eine Alternative zum dumpfen Deutschland-Hype verkündet.

Die aufwändige Räumung ohne Räumungstitel (mehrere Hundertschaften Bereitschaftspolizei plus Sondereinsatzkommando SEK, teils maschinenpistolenbewaffnet, führten 40 BesetzerInnen ab) war als »Begehung zur Überprüfung der Einhaltung von Brandschutz und der hygienischen Zustände« seitens des Ordnungsamts deklariert worden. Solche Untaten sind in der Tat denkwürdig. Überhaupt ist die Broschüre als Denkzettel für Demokratie- und Rechts-Beugung zu begreifen. Sie veranschaulicht die skrupellose Umwandlung von mehr als 200 erschwinglichen Wohnungen in den »teuersten Parkplatz der Republik«. In seinem Ausblick bringt Rainer Kippe von der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim (SSM) diese Geschichte von Pokern und Punk auf den Punkt: »Zukunft muss nicht nur jenseits von Markt und Staat, sondern auch jenseits von deren Parteien gesucht werden.« Und: »Der Funke des Widerstandes wird immer wieder neu aus dem Stein des Anstoßes geschlagen.«●

Ariane Dettloff

Die Broschüre (DIN A4, 68 Seiten) ist für 5 (wenig Begüterte) oder 7 (Verdienende) oder 10 EUR (Förderpreis) erhältlich über das Institut für Neue Arbeit, Düsseldorfer Str. 74, 51063 Köln. Zur Illustration kann der 50minütige Film von Martin Schulte: »Barmer Viertel – Die Geschichte von Deutschlands teuerstem Parkplatz« im günstigen Bundle-Preis mit bezogen werden.
Nähere Infos zum Bezug unter
http://barmerviertel.ina-koeln.org

Zwischen Rebellion und Utopie

Am 14. Juni 2006 wurde in der Stadt Oaxaca im gleichnamigen mexikanischen Bundesstaat das Protestcamp der streikenden Lehrer geräumt, die für bessere Löhne und soziale Verbesserungen für ihre Schüler kämpften. Diese brutale Räumung führte zu einer breiten Solidarisierung der Bevölkerung Oaxacas, die sich in der APPO (Volksversammlung der Völker Oaxacas) organisierte. Die APPO fordert nicht »nur« die Absetzung des für die Repression verantwortlichen Gouverneurs Ulises Ruiz Ortiz, sondern hat weit reichende Vorschläge für eine neue Verfassung und Reformen erarbeitet. Der Film »Oaxaca – zwischen Rebellion und Utopie« zeigt den Kampf der APPO und den Alltag in den Camps, lässt Menschen der verschiedenen Sektoren zu Wort kommen, die von ihren Gründen sich dem Kampf anzuschließen berichten, aber auch von ihren Hoffnungen und Plänen für die Zeit nach Ulises. Er zeigt aber auch die brutale Repression, der sich die sozialen Bewegungen Oaxacas ausgesetzt sehen und die schon mehrere Todesopfer gefordert hat.●

diego

Oaxaca – zwischen Rebellion und Utopie, Dokumentarfilm, Mexico/BRD 2006/07, Regie: Miriam Fischer, 78 min.
Bezug über: oaxaca-film@gmx.net

Eine andere Welt ist pflanzbar!

Urbane Gemeinschaftsgärten sind ein weltweit vorkommendes Phänomen. Auch in Berlin kommen immer mehr Menschen zusammen, um gemeinsam ihre Umgebung zu gestalten und ökologische Nahrungsmittel anzubauen. Im Zentrum des Films stehen die AktivistInnen aus drei innerstädtischen Gemeinschaftsgärten, ihre Gärten und Visionen.

Sie berichten darüber, wie und warum ihre Gärten nicht nur grüne Oasen mitten in der Stadt sind, sondern Projekte, durch die sie »eine andere Welt« verwirklichen. Raumaneignung und Stadtgestaltung von unten, Stadtökologie, Umweltverantwortung, ökologische Nahrungsmittel- und Heilpflanzenproduktion, nachbarschaftliche Selbstorganisation über kulturelle Unterschiede hinweg, solidarische und feministische Aktionsräume sind nur einige der Ideen, die hier umgesetzt werden.●

ub

»Eine andere Welt ist pflanzbar! II« – Gemeinschaftsgärten in Berlin 2006, Dokumentarfilm, 38min. DVD, von Ella von der Haide und Alexander Puell
Mehr Infos auf www.eine-andere-welt-ist-pflanzbar.de

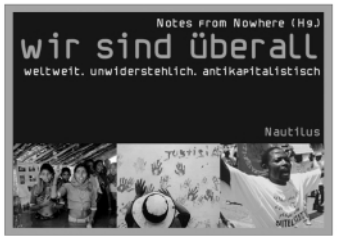
Der Sicherheitsdiskurs

Etwas chaotisch in der Struktur, aber eine Fundgrube bemerkenswerter Gedanken, Zusammenstellungen, Vergleiche, Quellen und Blickwinkel: Der Autor stellt die tragenden Diskurse der inneren Sicherheit brillant zusammen. Immer wieder verlässt er den Kanal des dominanten Diskurses und betrachtet das Geschehen wohltuend aus der Vogelperspektive. Da fällt auf, dass auch die meisten KritikerInnen der autoritären Sicherheitspolitik sich ausgerechnet auf Recht und Ordnung beziehen. Statt dem Kontrollwahn ein Gegenmodell entgegenzustellen, organisieren sie den Kampf um die bessere Ordnung und das bessere Recht. Wo aber alle im gleichen Kanal bleiben, macht autoritäre Politik aus ihren GegnerInnen nur noch mehr VerfassungspatriotInnen. Wer in diesem Thema mitdiskutiert, sollte dieses Buch lesen. Wahrscheinlich werden es viele nicht tun, weil sie ihre Scheuklappen längst liebgewonnen haben.●

Jörg Bergstedt

Thomas Kunz: Der Sicherheitsdiskurs. 2005, transcript in Bielefeld, 420 S.

Anzeige



Notes from Nowhere (Hg.)
WIR SIND ÜBERALL
Ein inspirierendes Handbuch des globalisierungskritischen Protestes.
»*Wir sind überall* ist das erste Buch, das die sprudelnde Kreativität und das radikale Denken der weltweiten Protestbewegungen wahrhaftig einfängt und darstellt.« *Naomi Klein*
»Für alle, die sich nach Alternativen sehnen oder Lösungen für gesellschaftliche Probleme suchen, bietet das Buch Anregungen.« *Raphaela Kula, Frankfurter Rundschau*
Broschiert, 580 Seiten, illustriert, € 19,90

Horst Stowasser
ANARCHIE!
Idee. Geschichte. Perspektiven
Von der Utopie einer freien Gesellschaft. Eine umfassende Einführung in die weitläufige Ideenwelt und kämpferische Geschichte des Anarchismus.
Broschiert, 512 Seiten
reichhaltig illustriert
€ 24,90

Subcomandante Marcos
BOTSCHAFTEN AUS DEM LAKANDONISCHEN URWALD
Das politisch-literarische Werk des »Shakespeare des lakandonischen Urwalds«. Berichte zum Aufstand der Zapatisten in Chiapas-Mexiko, über den Neoliberalismus, soziale Gerechtigkeit und Freiheit. 4. Auflage
Broschiert, 352 Seiten
€ 14,90

weltweit, unwiderstehlich, antikapitalistisch ■ Mehr zum Programm: www.edition-nautilus.de
Beweglich im Büchermeer : Edition Nautilus

PROJEKTE

Linkes Land-Wohnprojekt sucht Verstärkung! Hier gibt es viel Platz, vegan/vegetarische Küche, sympathische Menschen & (genug) nette Tiere.
✆(0 25 54) 64 04 (AB)
laerifari@yahoo.de

Das Kommunespiel:
Für Gruppen und Interessierte Leute spiele ich mit Euch das Kommunespiel: »Wir gründen eine Kommune!«. Unterkunft bei uns im Seminar- und Ferienhaus. Jeweils von Freitag abend bis Sonntag mittag. Kostenbeitrag: 70 Euro / Person.
Informationsmaterial bitte anfordern.
Uwe vom der Kommune Olgashof
Seminar- und Ferienhaus Olgashof, D-23966 Olgashof, Haus 1
✆(0 38 41) 36 08 81, Fax: 79 33 38

Auch dieses Jahr gibt es wieder ein Workcamp in unserem utopischen Selbstversorgungs-Experimentier-Waldgarten vom 06.08.-16.8.06 in Verden/ Niedersachsen.
Mit Gärtnern, Bauen, Sensen, Diskutieren, Lagerfeuer, Goldruten-lagen, Zelten, Kochen (vegan) und anderen schönen Sachen verbringen wir hoffentlich sonnige Tage auf unserem Gelände! Für nähere Infos melde dich einfach:
allmendeperma@web.de
oder ✆(0 42 31) 90 50 30
oder www.davyd.de/allmende/

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
✆ (06221) 16 24 67
E-Mail: contraste@t-online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ✆ (03 51) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de; 06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ✆ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ✆ (0 30) 612 38 27, E-Mail: info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ✆ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de; 18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ✆ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; 22769 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ✆ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ✆ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, 28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland, Götz Paschen, Große Str. 81, ✆(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ✆ (0551) 488 62 27; 51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ✆ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ✆ (0221) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org; 60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail: uwe.weppler@paritaet.org; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@t-online.de; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ✆ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de; 71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ✆ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de; Portugal: Dieter Poschen, ✆ 00351-289 793 560, E-Mail: contraste@t-online.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ✆ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ✆Fax (06 21) 30 38 13, E-Mail: nrschindler@aol.com; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ✆(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: joerg@projektwerkstatt.de; Selbstorganisation im Alltag, 35447 Reiskirchen-Saasen, Patrick Neuhaus, Ludwigstr. 11, E-Mail: piratenutopie@uni.de; Verkehr, Lothar Galow-Bergemann, ✆(0711) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de; Subversive Klangwelten, Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ✆ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
✆ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@t-online.de

IM E-MAIL-POSTFACH

Betr.: Ausgabe Nr. 272
Ich möchte mich für das Schwerpunktthema 2. Juni 1967 bedanken. Bisher waren die dekadischen Jahrestage mir immer rechtzeitig bewusst gewesen. Diesmal hätte ich den Jahrestag vermutlich verpennt.

Am 2. Juni 1967 war ich Student in der »Provinzstadt« Mainz, unabhängiges Mitglied des Studentenparlaments (wie es damals genannt wurde) und 21 Jahre alt. Der Tod von Benno Ohnesorg hat mich politisiert. Als erstes habe ich eine Tageszeitung gesucht, die halbwegs objektive Informationen zu den Ereignissen brachte. Das führte zu einem Abonnement der FR. Aus ihr entnahm ich auch die Informationen zu anderen politischen Ereignissen, die ihr in der Magical History Tour geschildert habt.

Nach der Gründung der ersten Fachschaft an der Universität Mainz Ende 1967 habe ich folgerichtig ein schwarzes Brett für mich im Namen der Fachschaft beschlagnahmt, um Informationen zu verbreiten (vor allem Zeitungsartikel zum politischen Geschehen).

Zum Tod von Benno Ohnesorg hat in Mainz die bisher größte Demo der Universität stattgefunden. Die Professoren haben die Demo unter der Auflage unterstützt, dass es sich um einen Trauermarsch handelt, der nicht zur Werbung für irgendeine Hochschulgruppe benutzt wird. Folgerichtig wurde ich damals als Unabhängiger zum Ordner bestellt.

Im Zusammenhang mit den damaligen Ereignissen ist eine Broschüre zu erwähnen, die damals (wann ist nicht festgehalten) von der Süddeutschen Zeitung herausgegeben wurde: Student 67; Vom Hörsaal auf die Straße. Darin wurde u.a. ein Artikel vom 10. Juli 1967 abgedruckt mit einer Bildüberschrift »Demonstrierende Studenten in den Straßen Erlangens: Ist das Engagement der Unorganisierten ein letztes Aufbegehren oder ein neuer Anfang?«.

Für mich war es ein neuer Anfang!
Günter Greuel

Betr.: Ausgabe Nr. 271,
Bibelzitate in CONTRASTE

Liebe FreundInnen,
als ich – mit einigem Verzug – die letzte Nummer von CONTRASTE gelesen habe, wollte ich eigentlich sofort schreiben, kam aber nicht dazu.
Deshalb will ich jetzt hier in aller Kürze meine Unterstützung für eine offene Diskussion von theologischen Aspekten alternativen Engagements ausdrücken. Diese Offenheit muss auch den Abdruck von religiösen Überzeugungen und Bibelzitaten einschließen (im Rahmen des üblichen redaktionellen Umfangs). Auch engagierte Christen gehören meines Erachtens zur alternativen Projektbewegung und sollten deshalb in CONTRASTE ein Sprachrohr finden. Sollte dies nicht möglich sein, wäre dies für mich allerdings ein Grund, mein Abo zu kündigen.

Mit solidarischen Grüßen
Martin Weicker

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
alle Preise zzgl. 16% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 24.-26.8.2007
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
✆(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail:
info@kommune-niederkaufungen.de

JAHNISHAUSEN

Auch in diesem Jahr lädt die Lebens(t)raum Gemeinschaft Jahnishausen wieder Menschen ein, die auf Gemeinschaftssuche sind und die Gemeinschaft kennenlernen wollen. Wir bieten Info-Wochenenden an, wo wir ausführlich über unsere Ziele, Planungen, Möglichkeiten zur Mitgliedschaft etc. reden. Im Anschluss daran bieten Kennenlernwochen eine Chance mit uns zu leben und zu arbeiten.
Die nächsten Termine:
30.06. bis 01.07.07 (Sommerfest für Freund/-innen und Unterstützer/-innen)
13.07. bis 15.07.07 (Info-WE)
16.07. bis 20.07.07 (Kennenlernwoche)
12.08. bis 18.08.07 (Sommercamp)
Information & Anmeldung:
Gut Jahnishausen eG, Jahnatalstr. 4a,
D-01594 Jahnishausen
✆(0 35 25) 51 78 51
www.ltgi.de

SOMMERCAMP

Her mit dem schönen Leben!
Liebe Luxus Anarchie
Das A-Camp 2007 findet vom 20.-29.7.2007 im nördlichen Niederösterreich statt. Einen Monat vor Beginn des Camps (also Mitte Juni) gibt es auf der Internetseite www.a-camp.info einen genauen Anfahrtsplan und Informationen über die (sehr spärlichen) lokalen Verkehrsverbindungen.
Das anarchistische Camp 2007 in Österreich hat zum Ziel, Menschen aus unterschiedlichen Ländern/Gegenden und mit verschiedensten Erfahrungen zusammen zu bringen, um anarchistische Theorie und Praxis miteinander zu verknüpfen. Herrschaftslose Gesellschaftsalternativen können nicht aus Büchern in die Wirklichkeit übertragen werden. Sie müssen im »richtigen Leben« entwickelt, erprobt oder auch verändert werden. Das praktische Zusammenleben und »miteinander Handeln« beim Camp kann uns Erfahrungen mit Selbstorganisation bieten, die auch für unseren (sozialen und politischen) Alltag nützlich sind. Auf der anderen Seite fördert die gemeinsame Auseinandersetzung mit anarchistischen Theorien und herrschaftskritischen Ideen wiederum die Möglichkeit, das eigene Handeln zu hinterfragen oder neue (Denk-)Ansätze zu entdecken.
Gemeinsam ein Camp zu gestalten bedeutet nicht, kritiklos im »Gemeinschaftsgefühl der Szene« aufzugehen (schließlich sind wir ja die Guten!). Es ist wichtig, Widersprüche aufzuzeigen und Kritik einzubringen, damit wir voneinander lernen und unser Verhalten hinterfragen können. Und es ist in Ordnung, miteinander zu streiten! Dabei sollte der Umgang untereinander bei einem anarchistischen Camp jedoch von Solidarität und Respekt geprägt sein, was die Akzeptanz unterschiedlicher Ansätze und Herangehensweise mit einschließt.
Mehr dazu auf www.a-camp.info

SOZIALFORUM

2. Sozialforum in Deutschland
Seit wir uns erstmals zu einem Sozialforum in Deutschland getroffen haben (Erfurt, Juli 2005) sind zum einen die politischen, sozialen, ökologischen und globalen Probleme weiter gewachsen: Kriege wurden neu begonnen und weiter geführt, Armut, soziale Spaltungen und politische Repression haben erneut drastisch zugenommen, vor Ort, in Deutschland, in der Europäischen Union, in Europa und in der Welt. Die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen schreitet weiter voran.
Zum anderen haben jene, die gegen diese Tatsachen und Tendenzen protestieren und nach Alternativen zur herrschenden neoliberalen Politik suchen, neue Erfahrungen in ihrem politischen Alltag und ihren Kämpfen gewonnen: Teilweise konnten Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen verhindert werden, waren BürgerInnenbegehren und -entscheide erfolgreich, haben Streiks und Demonstrationen stattgefunden, wurde der ursprüngliche Entwurf einer Dienstleistungsrichtlinie im EU-Binnenmarkt gekippt, sind weitere WTO-Verhandlungen gescheitert, haben sich zahlreiche Menschen vielfältig in Politik eingemischt – für Frieden, Demokratie, sinnvolle Arbeit, soziale Sicherheit – daher Solidarität, für zukunftsfähige Bildung, kulturellen Reichtum, intakte Natur.
Für Fortschritte in gemeinsamem Handeln für ein anderes Deutschland und ein anderes Europa in einer anderen Welt sind die verschiedenen Sozialforen wichtig geworden – auf lokaler, regionaler, staatlicher, europäischer und globaler Ebene. Die Arbeitsgrundlage hat sich bewährt: Die Charta von Porto Alegre, die u. a. Mitglieder von Parteien zur Teilnahme einlädt, Parteien jedoch nicht.
Wir sollten also wieder zusammen kommen, um das Gespräch über das Hier und Heute und über Wege in eine lebenswerte Zukunft zu führen, um Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen zu erneuen und neu zu knüpfen, um Freude im kulturellen Zusammensein zu erleben und um Verabredungen zu weiteren Vorhaben zu treffen.
Termin: 18.-21.10.2007, Cottbus
Information: Initiative Sozialforum, Organisationsbüro Sozialforum, c/o Gewerkschaft ver.di, Bezirk Cottbus, Calauer Straße 70, D-03048 Cottbus
✆(03 55) 478 58 52, Fax: 478 58 24
info@sozialforum2007.de
www.sozialforum2007.de

JUNGE LINKE

Der Reichtum, der die Armut schafft
Seminar zur Kritik des Kapitalismus (Drohende) Arbeitslosigkeit, ein Arbeitsplatz, an dem man einiges an körperlichem und psychischem Stress auszuhalten hat, und eine Freizeit, in der man zu fertig ist oder zu wenig Geld hat, um sie für sich zu nutzen; dies alles sind Sachen, mit denen die meisten Menschen irgendwann mal Bekanntschaft machen. Warum gibt es neben dem Reichtum in den kapitalistischen Gesellschaften soviel Armut? Im Gegensatz zu manch anderen »Kapitalismuskritikern« meinen wir, dass all das nicht von Managementfehlern oder Heuschrecken mit schlechten moralischen Grundsätzen herrührt, sondern dass es die notwendigen Resultate einer Produktion für den Markt sind.
Bei der fortschreitenden Technik springt für die Leute, die mit ihrem Einkommen kalkulieren müssen, wenig heraus. Viele werden entlassen und diejenigen, die noch dabei sein dürfen, werden noch härter ran genommen – die teure Maschinerie muss sich ja rentieren. Zusehend, wie alles bei gleichem Aufwand in größeren Massen hergestellt werden kann, sollen heute die Lohnabhängigen endlich einsehen, dass ihr Lohn ständig zu hoch ist, für das Glück, beschäftigt zu sein. Trotz des rasanten Fortschritts in der Produktion heißt es, dass man sich bestimmte Sachen, z.B. in der Gesundheitsversorgung, einfach nicht mehr leisten könne. Manche meinen, dass der Staat den freien Markt zügeln müsse, damit alles besser wird. Auf dem Seminar wollen wir deshalb über die ökonomischen Fragen hinaus diskutieren, warum der angeblich rettende Einsatz des Staates für die Bedürftigen in dieser Gesellschaft immer so dürftig ausfällt. Nicht der Mangel, sondern der Überfluss ist einigen Kapitalismuskritikern in der Linken ein Dorn im Auge.
Konsumterror, Werbung, Image, kurz die »Konsumgesellschaft« ist für sie das zentrale Problem. Was die Unterscheidung von »eigentlichen« und »künstlichen/fremden« Bedürfnissen bringt, wird ein weiterer Diskussionspunkt auf dem Seminar sein.
Termin: 15.-17.6.2007, Berlin

Desintegration!
Wochenendseminar zu Integration und dem »Scheitern von Multikulti«
Mittlerweile ist es parteiübergreifender Konsens, dass »Deutschland ein Einwanderungsland« sei. Die Kanzlerin hat Integration zur Chefsache erklärt und lobt den Integrationsgipfel im Sommer letzten Jahres als ein »fast historisches Ereignis«. Parteifreund und Bundesinnenminister Schäuble wiederum lädt Vertreter des muslimischen Glaubens zu einer Konferenz, weil »der Islam ein Teil unseres Landes ist«.
Doch nicht jede Äußerung, die ausländische MitbürgerInnen betrifft, fällt so anerkennend aus. Demnach machen sich Parallelgesellschaften in Deutschlands Städten breit, das Projekt Multikulti wird für gescheitert befunden und scheinbar angepasste Araber deponieren Bomben in deutschen Zügen. Neue Wege in der bundesrepublikanischen Ausländerpolitik stehen also nicht für eine Abkehr vom grundsätzlichen Misstrauen gegenüber all jenen, die keinen stolzen Greif auf ihrem Pass präsentieren können. Von diesem Standpunkt aus wird Integration dann auch betrieben: Integrationskurse, Sprach- und Wissenstests sollen eines sicherstellen: das ultimative Bekenntnis zum deutschen Arbeitsmarkt, zur deutschen Verfassung und zur deutschen Kultur.
Damit ist die Sache aber noch nicht gegessen. Aus verschiedenen Ecken sind kritische Fragen zu hören: Wer stellt denn sicher, dass das Ja zu Deutschland am Ende nicht bloß Heuchelei ist? Was hat das Wissen um deutsche Flüsse und Mittelgebirge mit unserer tollen Verfassung zu tun? Wie viel an Zwang und Strafandrohung darf man den zu Integrierenden zumuten?
Wir wollen mit Euch die Gemeinsamkeiten dieser verschiedenen Standpunkte in der Politik, den Medien, NGOs und dem »kleinen Menschen von der Straße« herausarbeiten, diskutieren und kritisieren.
Termin: 29.6.-1.7.2007, Berlin

Bild Dir keine Meinung
Wochenendseminar zu Journalismus und Presse
Abfällig schauen gebildete Mitbürger auf Boulevardzeitungen wie die BILD, die ein unpolitisches, unanständiges Machwerk sei, hinter dem garantiert kein kluger Kopf stecke. Verschiedene Linke dagegen prangern die manipulative und selektive Berichterstattung dieser Zeitung an und wittern hinter der systematischen »Volksverdummung« den Grund für das Mitläufertum der Massen.
Wir meinen dagegen, neben den Unterschieden zwischen BILD und »seriösen« Tageszeitungen auch eine ganze Menge Gemeinsamkeiten zu entdecken, die wir mit euch analysieren wollen. Obwohl in demokratischen Gemeinwesen wie der BRD normalerweise keine Zensur stattfindet, meinen wir wesentliche Standpunkte in verschiedenen Zeitungen immer wieder zu finden. Wir wollen daher mit euch zusammen klären, was für eine pluralistische Meinungsvielfalt auf Grundlage der »Pressefreiheit« tatsächlich entsteht. Wie kommt es, daß eine freie Presse sich einen »Pressekodex« für saubere, neutrale journalistische Arbeit auferlegt, und was bedeuten die verschiedenen Richtlinien darin?
Wir wollen mit euch einige Zeitungen lesen und herausfinden, welche Funktionen die verschiedenen Rubriken erfüllen. Wozu gibt es neben der Berichterstattung über das Weltgeschehen auch noch davon getrennte Kommentare sowie Rätselseiten und Glamourbereiche? Was wird aus welchem Grund überhaupt in den Rang einer Nachricht erhoben? Was z.B. soll an sportlichen Ereignissen das Berichtenswerte sein?
Warum bieten verschiedene Blätter verschiedene politische Identifikationsangebote von linksliberal (SZ, FR) bis rechtskonservativ (FAZ, Welt), obwohl es die Selbstverpflichtung der Presse auf Neutralität gibt? Neben den etablierten gibt es noch eine Reihe alternativer Zeitungen, die in Opposition zum journalistischen Mainstream gegründet wurden. Worin weichen taz, junge Welt und Jungle World davon ab?
Termin: 13.-15.7.2007, Göttingen
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29
D-30424 Hannover
✆(05 11) 838 62 26
www.junge-linke.de

BREMEN

Forum Moderne Linke 2:
Gegenkultur als neue Regierung?
Frisst der Kapitalismus seine Kinder? Nein, er verstrickt sie in Projekte. (Luc Boltanski)
Wie oft im wirklichen Leben, ist es paradox. Im Diskurs der linken Partei sind gegenkulturelle und alternativökonomische Ansätze von Aneignung, Autonomie und Selbstverwaltung unterrepräsentiert beziehungsweise gar nicht vorhanden. Es wäre zu begrüßen, wenn die politische Linke auch diese Vorstellungen als unverzichtbaren Bestandteil linker Tradition anerkennen würde.
Gleichzeitig ist aber nicht zu übersehen, dass diese Vorstellungen mittlerweile als Bestandteil des Postfordismus kritisch zu hinterfragen sind. In und durch die sozialen Bewegungen der letzten 30 Jahre wurde das Normalarbeitsverhältnis, soweit es bestand, durch Kämpfe von unten und Strategien von oben aufgekündigt. Zu fragen ist weiter, inwiefern diese Prinzipien nicht zu einer neuen Form der Ausbeutung und Selbstbeherrschung beigetragen haben, und wie dies geschah.
Die Hegemonie des Neoliberalismus besteht heute eben auch darin, dass er Bedürfnisse von unten (nach Geschlechtergerechtigkeit, Flexibilität in der eigenen Lebensgestaltung etc.) aufgreift und in seine Sprache übersetzt und transformiert.
Diese Veranstaltung fragt danach, inwieweit (ehemals?) gegenkulturelle und alternativökonomische Ansätze – wie etwa Netzwerke, Team- und Projektarbeit, Empowerment, Selbsthilfe, Dezentralisierung oder das Einbringen von Subjektivität in die Arbeit – mittlerweile Eingang in »normale« Arbeitsverhältnisse und in staatliche Strategien gefunden haben. Das Streben nach »Autonomie« und Selbstbestimmung hat heute zu einer neuen Form der Selbstregierung und damit zu einer Verfeinerung von Herrschaft beigetragen. Die Fragen liegen in aller Widersprüchlichkeit auf dem Tisch: Was wären zeitgemäße linke politische Strategien angesichts dieser Veränderungen der Arbeits- und Lebensverhältnisse? Welche gegenkulturellen Praktiken gibt es heute? An welche wäre ggf. mit emanzipativen Strategien positiv anzuknüpfen? Was ist mit der solidarischen Ökonomie heute? Ist sie Bestandteil einer linken Utopie? Welche Organisationsformen gibt es beim Zusammengehen von alten und neuen sozialen Bewegungen (Gewerkschaften, EuroMayday, horizontale Formen der Zusammenarbeit, Social Movement Unionism)? Und welche Rolle spielen die Gewerkschaften?
Mit Arndt Neumann (Historiker, Hamburg), Peter Birke (Historiker, Gruppe Blauer Montag, Hamburg), Gisela Notz (Frauenforscherin, Bonn), Volker Donk (Mitarbeiter Netzwerk Selbsthilfe e.V., Bremen), Ulrich Steinmeyer (Betriebswirt, mittelständischer Öko-Unternehmer und Mitglied des Stadtrats für Neue Ökologische Linke in Verden/Niedersachsen)
Termin: 30. Juni 2007, 14 bis 18 Uhr,
Haus der Wissenschaft, Sandstraße 4/5,
28195 Bremen
Weitere Information unter
www.rosa-luxemburg.com/?p=87
Aktueller Literaturtip:
Luc Boltanski: Leben als Projekt. Prekarität in der schönen neuen Netzwerkwelt
www.s173721806.online.de/frontend/osition.php
www.solidarische-oekonomie.de

SELBSTHILFE

Empowerment-Kongress
Durch den Empowerment-Kongress, der die Selbstbemächtigung der Bürger auf lokaler Ebene anstrebt, soll eine breite Diskussion auf wissenschaftlicher und professioneller Ebene entfacht werden, auf welche Art sich die Bürgergesellschaft durch Selbsthilfe und Selbstunterstützung im Sinne einer solidarischen Ökonomie (»Think global, act local!«) nachhaltig und konvivial organisieren kann. Hier werden Ideen, Konzepte und Umsetzungsvorschläge für die Bereiche soziale Arbeit, Gesundheit, Psychotherapie und bürgerschaftliches Engagement, wie auch für die öffentliche und private Wirtschaft und Verwaltung konkretisiert und konzentriert.
Der Kongress richtet sich an Professionelle aus den Bereichen Soziale Arbeit, Gesundheit, Bildung, Psychotherapie und bürgerschaftliches Engagement ebenso wie Studierende und engagierte Laien, Vertreterinnen und Vertreter aus der Politik und den Verbänden sowie aus Profit- und Non-Profitunternehmen.
Termin: 19.- 21.9. 2007, Magdeburg
Information & Anmeldung:
Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen,
Breitscheidstr. 2,
D-39114 Magdeburg
✆(03 91) 668 42 73, Fax: 668 42 93
www.kongress2007.de
info@konfress2007.de

WÖRGL

Das Wörgler Freigeld Modell heute
Wieweit kann das Modell Wörgler Freigeld heute in der regionalen Entwicklung sowie in der Entwicklungshilfe eingesetzt werden? Diesen Fragen geht Dr.in Margareth Gfrerer, Beraterin an der Wirtschaftsuniversität von Indonesien, Jakarta, in ihrem Vortrag und Workshop im Tagungshaus Wörgl am 29. und 30. Juni 2007 nach.
Die Veranstaltung möchte Finanzierungsmodelle vorstellen, die es Interessensgemeinschaften und sozialen Gemeinschaften ermöglichen, aktiv in die Gestaltung der Infrastruktur ihres Lebensraumes einzugreifen. Beispiele aus diesem Vortrag beziehen sich vor allem auf Entwicklungshilfemodelle aus dem südostasiatischen Raum. Im Workshop geht es darum, einen europäischen Ansatz für die Erhaltung und Entwicklung der Infrastruktur im ländlichen Raum zu finden.
Vortrag: Freitag, 29. Juni 2007,
19.30 bis 22 Uhr
Eintritt: freiwillige Spenden
Workshop: Samstag, 30. Juni 2007,
9 bis 17 Uhr, Beitrag: 8 Euro
Anmeldung für den Workshop bis
23. Juni 2007 im Tagungshaus in Wörgl
www.tagungshaus.at
✆0043-(0)5332/74146
oder info@tagungshaus.at

MEDIEN

Webseiten bauen mit Dreamweaver
Multimediales Arbeiten am PC ist Inhalt dieses Workshops: die Integration von Bild-, Text- und Sound-Dateien. Sie lernen ein professionelles Online-Angebot zu erstellen: Sie arbeiten mit geteilten Bildschirmen (Frames), gestalten einen Bildaustausch (Rollover), anklickbare Bilder (Imagemaps), mehrere Ebenen (Layers) und vieles mehr.
Termin: 7.-8.07.07
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.,
Oberanger 38/1, D-80331 München
✆(0 89) 260 90 06, Fax 280 90 07
E-Mail: bsp@baysem.de
Internet: www.baysem.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !

☐ Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg